

noch 420 K Steuer hätte bezahlen müssen, dann wäre jeder bei den heute in Geltung stehenden Löhnen und Gehältern hart getroffen worden. Aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten würden hart getroffen worden sein, sondern auch die kleinen Landwirte, die dann doppelt besteuert worden wären. Jene, die kein Getreide produzieren, und das ist die Mehrheit in Steiermark, die hätten beim Einkauf des Mehles und des Brotes die Mehlssteuer zu bezahlen, gleichzeitig aber außerdem noch die Umlage auf die Grundsteuer. Der größte Teil der Landwirte in Steiermark wäre durch die Sanierungspläne des Herrn Finanzdechanten Prisching doppelt hart getroffen worden. Wir haben rundweg erklärt, wir lassen uns auf eine Diskussion über diese Steuer gar nicht ein, sondern wir werden alle Mittel aufwenden, um es unmöglich zu machen, daß dieses Steuerprojekt Gesetz wird, daß in Zukunft in Steiermark eine Verbrauchssteuer eingeführt wird. Nun kommt der Herr Abg. Kandler und sagt, nicht wir haben diesen Erfolg herbeigeführt, sondern einzig und allein die Einsicht des Herrn Finanzdechanten Prisching. Dann ist der heilige Geist etwas zu spät über den Herrn Finanzdechanten gekommen oder er hat ihn auf einige Zeit verlassen gehabt. Denn schon früher hätte diese Einsicht kommen müssen, daß zu produktiven Ausgaben des Landes und zum Ankauf von Stewegaktien Kredit in Anspruch genommen werden muß, nicht aber, daß für produktive Arbeiten oder zum Ankauf von Stewegaktien die Bevölkerung durch ein Steuer diese Gelder ausbringen soll.

Aber, Herr Kollege Kandler, Sie sind nicht der einzige, der uns den Erfolg streitig macht. Schon am nächsten Tag, nachdem der Herr Finanzdechant von seinem Steuerprojekt Abstand nahm, haben die Großdeutschen in ihrer unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Zeitung erklärt, daß ihnen allein der Erfolg zuzuschreiben sei. (Zwischenruf: „Ist ja keiner da!“) Schon am nächsten Tag haben diese Großdeutschen in ihren Zeitungen erklärt, daß ihnen dieser Erfolg zu verdanken ist, dieselben Großdeutschen, die im Finanzausschuß kein Wort gegen diese Steuer gesprochen haben. (Spak: „Das stimmt nicht, das ist nicht wahr!“ — Steiner: „Das ist nicht wahr!“) Einen Moment, Herr Kollege Steiner. Ich weiß recht gut, daß Sie erklärt haben, die Steuer ist unangenehm und ist auch hart zu tragen. Man kann aber solche Reverenzen immer machen, bevor man einer nicht hübschen Frau einen Kuß gibt. So ist es auch hier, so haben Sie es gemacht. Sie haben dem Finanzreferenten Ihre Reverenz gemacht und erklärt, wie unangenehm diese Steuer zu bezahlen ist, aber schließlich haben Sie gesagt, das Land braucht Geld und damit haben Sie sich abgefunden. Sie haben dann, um der Öffentlichkeit zu zeigen, welch mitleidiges Herz Sie haben, beantragt, daß nicht 420 K, sondern nur 320 K Steuer für 1 kg Mehl bezahlt werden soll. (Steiner: „Das klingt ganz anders!“) Was heißt das, Herr Kollege Steiner? Das heißt, in einem simplen Steuertone gesprochen, daß Sie dafür gestimmt haben, daß Sie vorher nur einen kleinen Tanz aufgeführt haben, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß das unangenehm ist. Aus diesem Grunde möchte ich sagen, daß

Sie genau so anmaßend sind wie Kollege Kandler, wenn Sie erklären, daß es ausschließlich Ihnen zu verdanken ist, daß der Finanzreferent auf diese gute Idee gekommen ist, diese Steuer nicht einzuführen, während Sie selbst das Hölzl geworfen haben und ihm durch Ihren Antrag erst die Möglichkeit gegeben haben, die Steuer in etwas vermindertem Maße einzuhoben. Sie sehen, daß auch Abg. Kandler hier im Hause für sich oder seine Partei etwas in Anspruch genommen hat, worauf er gar kein Recht hatte. Wenn diese Steuer zurückgezogen wurde, so können wir sagen, daß es nur der Erfolg unserer Partei ist, die erklärt hat, unter gar keinen Bedingungen diese Steuer annehmen zu können. (Spak: „Aber gar keine Rede!“)

Aber Herr Kollege Spak, warum regen Sie sich auf? Sie haben es nicht notwendig, auf uns herüberzubeißen. Es wird innerhalb Ihres Klubs infolge der Gegensätze genügend gebissen und es ist gut, wenn Sie sich Ihre Zunge für diese Tätigkeit innerhalb Ihres Klubs aufsparen. Dort, das wissen Sie, stehen Sie mit Ihrer Auffassung über die Steuerfrage in ganz gewaltigem Widerspruche mit der Auffassung der in Ihrem Klub vertretenen Bauern. Vor allem hat sich das bei der Beratung der Grundsteuer gezeigt, welche ungeheuren Differenzen da in Ihrer Partei bestehen. Die Beratung über die Grundsteuer hat aber auch jedem gezeigt, daß es langsam bei den Bauern in Ihrer Partei zu leuchten beginnt, dort drüben sich die Bauern sagen, daß in einer Volkspartei, in der die Vertreter der Banken sitzen, die Interessen der Kleinbauern nicht gewahrt werden können. Bei der Beratung der Grundsteuer trat das sehr lebhaft zu Tage. Bei der Beratung der Grundsteuer haben wir darauf verwiesen, daß Sie für die Sanierung des Herrn Seipel waren, haben sich für diese eingesetzt, haben Lobeshymnen auf diese Sanierung gesungen. Uns haben Sie angefeindet und wiederholt erklärt, daß wir die Feinde des Volkes seien, weil wir der Sanierung nach der Methode Seipels nicht zustimmten, jene Sanierung, die Ihnen heute selbst nicht mehr paßt, die Sie gerne abschütteln möchten. Und vielleicht kommt noch eine Zeit, wo Sie in Ihren Zeitungen erklären werden, nicht Seipel und die christlichsoziale Partei hat diese Sanierung angestrebt, sondern die Sozialdemokraten forderten die Sanierung, die Seipel abgelehnt hat. Damals aber, wie wir im Finanzausschuß über die Grundsteuer beraten haben, haben wir erklärt, wenn Sie die Gebäudesteuer um 100 Prozent erhöhen, dann erhöhen Sie auch die Grundsteuer in demselben Ausmaße. Gehen Sie hinaus zu den Bauern und verantworten Sie Ihre Finanzpolitik, es ist Ihre Sache, wenn die Bauern damit nicht zufrieden sind. Wir haben aber gleichzeitig einen anderen Weg vorgeschlagen. Wenn Sie es wirklich ernst mit den Kleinbauern meinen, der ehrlichen Auffassung sind, daß der kleine Wirtschaftsbesitzer diese Steuerlast nicht mehr ertragen kann, die Gefahr besteht, daß es zu einer Agrarkatastrophe kommt, dann müssen die großen Besitzer einen größeren Teil dieser Steuerlasten auf sich nehmen, um damit den Kleinen zu retten. Sie geben sich doch als Schutzengel der Kleinbauern aus und erklären, daß Sie als Christlichsoziale das Monopol haben, den kleinen



Mann zu retten und sind stolz, Ihre Partei als eine Volkspartei zu bezeichnen. (Zwischenruf: „So ist es!“) Sie werden sehen, wie diese Volkspartei in sich zusammenfällt, wie diese Partei zernagt wird, weil die Interessengegensätze mit jedem Tage größer werden müssen. Als wir den Antrag einbrachten, daß die Grundsteuer nach der Höhe des Katastralreinertrages abgestuft werden soll, haben wir gesehen, daß die Kleinbauern in Ihrer Partei für diesen Antrag sehr viel Verständnis hatten. Wir hofften auch bei Ihren nichtbäuerlichen Parteigenossen Verständnis für unseren Antrag zu finden, vor allem, nachdem erklärt wurde, man würde sich sehr gerne darauf einlassen. Ihr Kollege Peintinger hat gehörig auf Sie, Herr Kollege Spak, hingebissen, als Sie ihm erzählt haben, daß Sie als Gewerbetreibender noch mehr Steuern bezahlen müssen, obwohl vorher Abg. Schreckenthal uns eine Berechnung über die Belastung der Landwirtschaft vorlegte. Kollege Peintinger hat recht gehabt, wenn er sagte, Sie würden unter den Verhältnissen auf dem Lande nicht einen Tag arbeiten. Die Gegensätze unter Ihren Parteigenossen, die rein wirtschaftlichen Interessen entspringen, sind gewaltige und kamen im Finanzausschusse sehr stark zum Ausdruck. Sie haben sich dann zu einer Beratung zurückgezogen und wir haben wirklich geglaubt, vielleicht wird der Herr Kollege Peintinger siegen, vielleicht wird Peintinger seiner Auffassung zum Durchbruche verhelfen. Als Sie wiederkamen, haben Sie alle zusammen den Steuervorschlag des Finanzdechanten geschluckt. Aber Sie werden es zu verantworten haben. Als Arbeiterpartei ist das nicht unsere Sache, auf alle die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die daraus den Bauern erwachsen. Ich wollte Ihnen nur aufzeigen, welche Gegensätze bei Ihnen sich auf tun und wie diese Gegensätze aus ganz natürlichen Ursachen mit jedem Tage sich steigern müssen, je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb Osterreichs infolge dieser Finanzpolitik, die im Bunde von Seite Ihrer Parteigenossen betrieben wird, verschlechtern.

Nun haben Sie auch bei einer Rede, ich glaube, es war Herr Landeshauptmann Dr. Uhrer, die Äußerung gemacht, daß wir Sozialdemokraten der Regierung und unseren gestellten Aufgaben sehr wenig Interesse entgegenbringen. Er hat da vor allem unsere Genossen gemeint, die als Landesräte in der Regierung sitzen und hat gesagt, daß es nicht möglich ist, eine Regierungssitzung abzuhalten, weil dann immer erst in die Mariengasse, am Lendplatz oder in die Annenstraße usw. telephoniert werden muß. Wir wissen selbst, daß dem nicht so ist und einer unserer Parteigenossen Landesräte wird Herrn Landeshauptmann Dr. Uhrer auf diese Anschuldigung schon die entsprechende Antwort geben. Im Finanzausschusse wurde auch darüber gesprochen. Nicht von unseren Parteigenossen, sondern von Seite Ihrer Parteigenossen wurde bei der Beratung des Kapitels Landeskultur die Klage erhoben, daß es unmöglich ist, Regierungssitzungen abzuhalten, weil die führenden Regierungsmänner nicht da sind. Es handelte sich um die Pauschalierung der Versicherungsbeiträge für die kleinen Landwirte bei der Ar-

beiter-Unfallversicherungsanstalt in Graz. Unser Genosse Gföller hat dabei dem Herrn Landesrat Riegler einige Vorhaltungen gemacht und hat auf gezeigt, daß scheinbar Herr Landesrat Riegler von seinem Referenten sehr schlecht beraten worden ist, da viele Wochen verstrichen sind, ehe von Seite jenes Ressorts, das Landesrat Riegler vertritt, der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt eine Entscheidung zugekommen wäre. In seiner Antwort hat uns Herr Landesrat Riegler erklärt, daß es nicht möglich gewesen ist, rascher eine Antwort zu erteilen, weil 9 Wochen lang keine Regierungssitzung stattgefunden hat. Wenn wir da erfahren, daß innerhalb 9 Wochen keine Regierungssitzung stattgefunden hat, die Herren der Regierungspartei so wenig Interesse aufbringen, sich um die Geschäfte des Landes zu bekümmern, so ist das für uns schon verständlich. Die Herren werden halt allzuviel von den Geschäften der Steirerbank und der Jenzschens Vieh- und Feuerversicherung in Anspruch genommen. Unter solchen Umständen ist es verständlich, daß die Geschäfte des Landes leiden, daß dann nicht nur die Akten für die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt wochenlang liegen bleiben, sondern auch jene, die die Gemeinden interessieren und worunter dann die Gemeinden zu leiden haben. Wir haben durch die Erklärung des Herrn Landesrates Riegler einen glänzenden Einblick in die Geschäfte der Landesregierung bekommen, das heißt erfahren, welchen Fleiß die Landesräte von Seite der regierenden Parteien gegenüber den Geschäften des Landes aufbringen.

Die Bevölkerung hat ein Recht zu verlangen, daß, wenn die Herren kein Interesse an den Regierungsgeschäften haben, sie anderen Platz machen. Ich glaube auch, es würde sich viel besser verhandeln lassen, wenn an Stelle der Führer der Banken, führende Männer der Bauern sitzen würden, Männer, die das Wirtschaftsleben aus eigener Erfahrung kennen, am eigenen Körper zu verspüren bekommen, würde es sich viel leichter verhandeln lassen. Sie würden nicht mit Spitzeldiensten die Zeit verhandeln, sondern würden sich für jene Geschäfte, die zur Förderung der Interessen des Gesamtvolkes notwendig sind, einsetzen.

Von Herrn Landeshauptmann Dr. Uhrer wurde auch erklärt, daß wir ja immer weniger werden, daß unsere Partei schon langsam im Absterben begriffen ist. Diese Entdeckung wurde uns nicht erst im Landtag gemacht, sondern wird immer wieder in jeder Versammlung den Besuchern dasselbe vorgelesen. Immer wieder hören wir, die Genossen glauben selbst nicht mehr an die Sozialdemokratie, sie verlassen in Scharen die Organisation und es wird die Zeit nicht lange auf sich warten lassen, wo es keine Sozialdemokraten mehr geben wird. (Wallisch: „Da lebt aber Dr. Uhrer auch nicht mehr!“) So lange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, die sie sich mit jedem Tag mehr und mehr entwickelt und die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital vergrößert, so lange auf einer Seite die allmächtigsten Geldbesitzer stehen und in Überfluß leben, auf der andern Seite die Lage der Arbeiter und Angestellten immer unhaltbarer und verzweifelter wird, so lange also diese kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, wird die sozialdemokratische Partei



wachsen, sollte sich auch der Herr Dr. *Ahrer* darüber zu Tode ärgern. (Rufe: „Sehr richtig!“ — *Wallisch*: „Kein Schaden um ihn!“) Sie wird wachsen, weil es in der Natur dieser Gesellschaftsordnung liegt, weil mit dem Wachstum des Kapitals jene Schichten zunehmen, die zu den Proletariern gehören und die ihre Befreiung nur in der Beseitigung des Kapitalismus erblicken, um eine neue, bessere Gesellschaftsordnung an seine Stelle zu setzen.

Ich habe schon gestern aufgezeigt, mit welchen schmutzigen politischen Kampfmitteln von allen bürgerlichen Parteien gegen uns gekämpft wird und wir haben hier in dem Brief des Großdeutschen Dr. *Hübler*, der uns hier vorgelesen wurde, ein Beispiel dafür bekommen, daß dieser Herr vor keiner noch so schmutzigen Handlung zurückschreckt, wenn es gilt, die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu bekämpfen. Wenn wir in den vergangenen Wochen oder in den letzten Tagen nach Deutschland blicken, wo der schwere politische Wahlkampf ausgefochten wurde, wo sich auf dem Misthaufen des Zusammenbruches eine Masse reaktionärer Parteien gebildet hat, die alle gegen die Arbeiterschaft, gegen die Angestelltenschaft Sturm laufen, um die Sozialdemokraten niederzukämpfen, so sehen wir, daß trotz dieses gewaltigen Kampfes, der mit den schmutzigsten Mitteln geführt wurde, die Sozialdemokraten wieder als die stärkste Partei aus dem Kampf hervorgegangen sind, und daß wir nach einigen Jahren der Klärung, nach Überwindung der Inflationspolitik es in Deutschland erleben werden, wenn der Zwiespalt, der in der Arbeiterklasse heute besteht, beseitigt sein wird, daß auch in Deutschland eine Arbeiterregierung an der Spitze stehen wird, wie wir sie in Dänemark und gegenwärtig in England haben. (Dr. *Engel*: „In England aber mit zweifelhaftem Erfolg!“) Wer die wirtschaftlichen und politischen Dinge betrachtet, der weiß, daß diese Arbeiterregierung in England sehr viel heilsamen Einfluß auf den Gang der politischen Verhältnisse genommen hat und daß, wenn sich in Deutschland das Verhältnis gegenüber Frankreich etwas geklärt hat, so haben wir es nicht zuletzt dem Einfluß der englischen Arbeiterregierung zu verdanken.

Ich möchte nun zum Schlusse kommen. (Rufe: „Das ist höchste Zeit!“ — *Wallisch*: „Das geht Euch auf die Nerven, so lange die Wahrheit anhören zu müssen!“) Ob es höchste Zeit ist, das überlassen Sie uns. Die Wäsche, die bei Ihnen zu waschen ist, ist so schmutzig (Dr. *Engel*: „Leichin ist ein schlechter Wäscher!“), daß ich noch 7 Stunden sprechen könnte. Auf diese Mätzchen lassen wir uns nicht ein. Wir haben Material genug, um auf alle die Dinge, die sich während der letzten Zeit ereignet haben, einzugehen. Es ist notwendig gewesen, einiges aufzuzeigen, wie ich es gestern getan habe, mit welchen schmutzigen Mitteln Sie gegen die Arbeiterschaft kämpfen und wie Sie es versuchen, alles mögliche gegen die Arbeiterschaft auszunützen, alle Schuld den Arbeitern zuzuschreiben. Es ist kein schlechter Witz, wenn in der Zeitung mitgeteilt wurde, daß in Deutschland die bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten auch die Schuld an dem strengen Winter gegeben haben. Nur deshalb sollten wir einen so harten Winter gehabt haben, weil uns der

liebe Gott wegen des bedeutenden Einflusses der Sozialdemokraten in Deutschland bestrafen wollte. Wir hätten Ursache und Stoff genügend, um noch einige Stunden zu sprechen. Die Zeit, die ich dazu aufzuwenden hätte, könnte ich noch mit weiteren 7 Stunden bemessen und es würden Ihnen die Haare zu Berge steigen, wenn ich Ihnen aufzählen würde, wie Sie es immer versucht haben, gegen die Republik anzukämpfen. Aber ich glaube, es wird noch Gelegenheit sein. Wir haben noch die Spezialdebatte (Dr. *Engel*: „Wieder 7 Stunden?“ — *Wallisch*: „14 Stunden, vielleicht noch länger!“) und die Frage der Bedeckung, und bei dieser Spezialdebatte und der Frage der Bedeckung werden wir Ihnen noch manche harte Nuß zum Aufknacken geben, werden Gelegenheit nehmen, aufzuzeigen, wie Sie die Interessen des Volkes in der Steiermark vertreten (Dr. *Engel*: „Inzwischen sind ja die Gemeindevahlen vorbei, dann ist das ja zwecklos!“), wie Sie Ihre Herrschaft dazu benützen, um Ihren parteipolitischen Bestrebungen Geltung zu verschaffen. Es wird uns ein leichtes sein, in der Spezialdebatte auf alle diese Dinge einzugehen. Vielleicht wird es Ihnen nun doch langsam aufdämmern, daß wir uns diese Art Politik von Seite Ihrer Partei, diese Art der Verwaltung, die von Seite der Landesregierung ausgeübt wird, diese Art der politischen Betätigung von Seite des Landeshauptmannes gegenüber uns auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß wir versuchen werden, uns dagegen zu wehren. Einen kleinen Vorgesmack davon, daß wir auch das durchsetzen werden, haben Sie schon bekommen. Wenn wir etwas beginnen, dann werden wir es auch durchführen. Wir sind gewohnt zu kämpfen. Wir haben immer wieder dem Gegner im zähen Kampfe das abzurufen versucht, was er uns zu Unrecht verweigerte, und wir werden Ihnen auch zeigen, daß wir auch Sie noch etwas knicken, Ihnen die Kourage abkaufen und das durchsetzen werden, was Recht und Gesetz ist. Mehr verlangen wir nicht. Wir verlangen nur, daß Sie die Gesetze einhalten (*Wallisch*: „Sehr richtig!“), daß Sie die Gesetze nicht mißbrauchen und daß Sie nicht Terror üben. (*Spak*: „Sie haben es notwendig, von Terror zu sprechen!“ — Beifall bei den Sozialdemokraten und auf der Galerie.)

**Präsident**: Ich muß die Galerie aufmerksam machen, daß es strengstens untersagt ist, irgend welche Beifallskundgebungen in Szene zu setzen. (Zwischenrufe *Tausk*.) Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen, mich nicht zu kritisieren.

Das Wort hat nunmehr der Herr Abg. Dr. *Oberegger*.

**Dr. Oberegger**: Hohes Haus! Die Ausführungen der meisten Redner in dieser Budgetdebatte stellten fest, daß der Voranschlag 1924 unter dem Eindrucke (*Wallisch*: „Christlichsoziale Herren zum Schutze!“) — mit Ihnen werde ich auch allein fertig — der Fortsetzung der Sanierung in den öffentlichen Haushalten stehe. Im Sinne dieser Sanierung ist es natürlich gelegen, daß Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht werden und die Herstellung dieses Gleichgewichtes bringt für alle Berufsstände gewisse Lasten mit sich, die hauptsächlich deshalb drückend wirken,



da die schwere Wirtschaftskrise die Knappheit der verfügbaren Mittel in allen Schichten der Bevölkerung wesentlich vermehrt hat. Unter solchen Umständen ist es notwendig, nach Mitteln zu suchen, das Budget des Landes mit möglichst geringer Belastung der Bevölkerung zu erstellen und schließlich vielleicht Geldquellen zu erschließen, aus denen man schöpfen kann, ohne die Bevölkerung weiter zu belasten.

Bei der Berechnung unseres Fehlbetrages, durch Steuern und Ertragsanteile an gemeinsamen Steuern nach dem Abgabenteilungsgesetz, wird den letzteren ein vermehrtes Augenmerk zuzuwenden sein. Die bisherigen Besprechungen des Finanzreferenten der Länder mit dem Finanzminister scheinen von letzterem vor allem in das Geleise gebracht, um welchen Beitrag der Anteil der Länder gekürzt werden soll. Ich halte es aber für eben so wichtig, dafür Sorge zu tragen, daß die Ertragsanteile aller Steuern, die mittelbar und unmittelbar in der Steiermark aufgebracht werden, auch tatsächlich in der Steiermark bleiben, daß das, was durch den Fleiß, die Mühe und die Arbeit der steirischen Bevölkerung geschaffen wird und dadurch die Grundlage der Besteuerung abgibt, nicht außer Landes gehen und nach einer geradezu unsinnigen Verteilungsmethode in der Bundeshauptstadt, in Wien, die Kassen füllen helfe. Alle Steuern, die auf Produktion, Handel und Verkehr, auf den Verbrauch in der Steiermark gelegt sind, haben, insoweit sie nicht Bundessteuern sind und zur Erhaltung der Aufgaben des Bundes dienen, tatsächlich in unserem Lande zu bleiben. Dann wird es möglich sein, manch nützliche Einrichtungen zu schaffen, die man heute sich noch versagen muß, oder aber beträchtliche Erleichterungen in der Belastung unserer Bevölkerung eintreten zu lassen, oder aber auch die finanzielle Lage der Gemeinden beträchtlich zu verbessern. Ich behalte mir vor, in der Spezialdebatte dem hohen Hause folgende Entschliessung zu unterbreiten (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen mit dem Finanzminister über das Abgabenteilungsgesetz dahin zu wirken, daß die Ertragsanteile aller direkt oder indirekt aus der Steiermark fließenden gemeinsamen Steuern auch tatsächlich im Lande bleiben.“

Ich hoffe, daß alle Parteien des hohen Hauses die Richtigkeit dieses Grundsatzes anerkennend sich seiner Durchsetzung nicht entgegenstellen werden, denn es handelt sich keineswegs darum, dem Lande Wien etwas wegzunehmen, was ihm gebührt, oder das Land Wien in irgend einer Weise zu schädigen, sondern es handelt sich nur darum, eine gerechte Grundlage zu erstellen und uns in der Steiermark — und dazu sind wir ja als Angeordnete gleichmäßig verpflichtet — entsprechend Luft zu schaffen. Ich befone bei dieser Gelegenheit und unterstreiche dies, daß ich diesen Standpunkt ohne Rücksicht auf den Umstand einnehme, daß Wien von einer sozialdemokratischen Mehrheit geleitet wird, wenn es auch natürlich gerade in dem Augenblick verlockend ist, als die Sozialdemokratie zur Erfassung verschiedenster Bevölkerungsschichten für die Stimmenmehrheit im Bunde, Lande und in den Gemeinden sich vorbereitet, den Unterschied aufzuzeigen, der zwischen

Sozialdemokratie in der Mehrheit und Sozialdemokratie in der Minderheit besteht. (Regner „Steht unter Zensur!“)

Namentlich von Wien ist dies ganz besonders verlockend, weil Wien nicht so, wie Sie glauben, aus den verschiedenen sozialistischen Färbungen seine Mehrheit zusammensetzt, sondern weil Wien lediglich von Sozialdemokraten regiert wird, dort von diesen eine Herrschaft angetreten wurde, die im Jahre 1919 begründet und im Jahre 1923 auf Grund einer Einheitsliste neu-befestigt wurde. — Freilich, diese Einheitsliste in Wien ist eine solche gewesen, daß sie aus Sozialdemokraten und Tschechen bestanden hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das paßt Ihnen eben nicht! In jenem Bundesgebiet also, wo unzweifelhaft der Vorstoß der Tschechen an der Donau am deutlichsten zum Ausdruck kommt, haben die Sozialdemokraten einen Pakt zur Befestigung ihrer politischen Macht mit den Fremdnationalen abgeschlossen. (Berzauer: „Das ist eine unnötige Schinderei der Stenographen!“) Es ist klar, daß diese Begründung der Macht nicht allein durch die Überlassung einiger Mandate gesichert erscheinen sollte, sondern, wir wissen ja, daß ein reich ausgestattetes tschechisches Schulwesen mit 6 K o m e n s k y Kindergärten, 22 Volksschulen, 4 Bürgerschulen, 4 Fach- und Mittelschulen gegenüber 3 Kindergärten und einer Volksschule im Jahre 1918 unter Glöckels Leitung als Stadtschulratspräsident stehen, und daß keineswegs der Brünner Vertrag ausreicht, diese Schulanzahl zu erklären, sondern, daß nicht weniger als 66 Schulklassen über die Verpflichtungen des Brünner Vertrages hinaus, offenbar der Preis für die Einheitsliste gewesen sind. (Resel: „Wir sind entdeckt!“) Wenn auch nicht gerade entdeckt, aber neuerdings festgenagelt!

Und es macht ja dieses Vorgehen auch schon Schule bei kleineren Leuten, so zum Beispiel bei den Gemeinderatswahlen in Roslegg im ehemaligen Abstimmungsgebiet, wo eine gemeinsame Liste der Sozialdemokraten und Slowenen bestand. Indes möchte ich mich nicht zu breit verlieren in diesen Beispielen. Die Herren haben ja entsprechend den etwas geänderten Verhältnissen in dieser Hinsicht zum Teil einen anderen Ton angeschlagen, so daß ich in der Besprechung des Unterschiedes zwischen Sozialdemokraten in der Mehrheit und in der Minderheit ein anderes auf dem wirtschaftlichen Gebiete liegendes unterschiedliches Beispiel aufzeigen möchte.

Die Wohnungslosenfrage ist ein Kapitel, in welchem sehr viele Redner der linken Seite des hohen Hauses die Wohnungslosenfürsorge in Wien in den blendendsten Farben dargestellt haben. Aber wie behandelt nun die sozialdemokratische Mehrheit in Wien die Wohnungslosen?

Als einen interessanten Beleg dafür, wie mit den Wohnungslosen unter Umständen verfahren wird, werde ich einen Versammlungsbericht vom 29. April 1925 zur Kenntnis bringen, da er seiner Kürze wegen nicht besonders aufhält (liest):

„Die Organisation Wohnungsliga, eine Vereinigung von Wohnungslosen, veranstaltete gestern abends eine Versammlung, in der gegen die Verschleppung der



Reformvorschläge und gegen das Wiener Wohnungsamt Protest erhoben wurde. Es entstand eine große Schlägerei, da die Mitglieder der sozialdemokratischen Ordnerwehr in den Saal eindrangen und die Versammlung sprengen wollten."

Ein solches Verfahren mit den Wohnungslosen wird angewendet, wenn ihnen die Sache nicht besonders in den Kram paßt. Wir sehen also, daß doch ein gewisser Unterschied besteht zwischen Sozialdemokraten der Mehrheit und der Minderheit.

Da möchte ich noch ein anderes Beispiel anführen. Es ist dies eine sehr wichtige Angelegenheit, in der der richtige Weg von den Sozialdemokraten nicht gefunden wurde und die Art und Weise der Behandlung der Frage auf eine Zeit zurückgreift, in der sie allein in der Macht waren, in der sie wiederholt darauf hingewiesen haben, daß sie als Schäferhunde die bürgerliche Hammelherde dorthin getrieben haben, wohin sie wollten. Einzelne Redner der sozialdemokratischen Partei führten Klage über die Behandlung der Landesvertretungen der Bundesangestellten. Diese an sich wichtige Frage möchte ich mit der Frage beantworten, wo waren Sie eigentlich zu der Zeit, wo Sie offenkundig nach Ihren eigenen Worten die Macht in diesem Staate in Händen hatten? Warum schufen Sie keine Landesvertretungen (Rosenwirth: „Sind ja vorhanden, aber Sie ruinieren sie ja und heben sie ungeseklich auf!“), die den öffentlich Angestellten die Möglichkeit gegeben hätten, sich selbst genügend Schutz zu bringen? Warum haben Ihre verantwortlichen Männer damals die Sache hinausgeschoben und warum haben Sie auch, nachdem die eigentliche Regierung in andere Hände übergegangen ist, nicht fördernd in dieser Frage eingegriffen? Was sagen Sie dazu, daß der Abg. Deutsch nicht einmal den Ausschuß einberufen hat, der die Sache behandeln soll? Wenn es Ihnen aber wirklich ernstlich darum zu tun sein sollte, eine kräftige und zielbewußte Landesvertretung der öffentlich Angestellten zu schaffen, und zwar eine solche, die nicht der Unterstützung von irgend einer Seite bedarf, sondern die sich selbst genügt, so haben Sie jetzt wiederum Gelegenheit, in Wien aus Anlaß der Verhandlung des Antrages Graier und Genossen über die Kammern öffentlich Angestellter zu beweisen, was Sie in dieser Richtung wirklich denken. Aber wenn Ihnen die Sache nicht paßt, dann machen Sie die Sache eben nicht. Sie haben dies seinerzeit nicht durchgeführt, ebensowenig wie Sie es durchgeführt haben, Grundlagen der Besoldung der öffentlich Angestellten zu schaffen, die deren Mehrzahl befriedigt hätte, anstatt alle unzufrieden zu machen.

Die wichtigen Dinge, die augenblicklich in dieser Frage in Wien vor sich gehen, erfordern auch unser höchstes Interesse von unserem Standpunkt als Land aus, schon deshalb, weil das Geschick unserer Landesangestellten und unserer Lehrer von dem Ausgange der Behandlung dieser Frage unmittelbar abhängig ist. Von diesem Gesichtspunkte aus haben auch meine Klubgenossen wie ich wiederholt in dieser Session Anfragen an den Herrn Landeshauptmann gestellt, und ich wiederhole es auch bei dieser Gelegenheit, daß die ganze Bevölkerung ein großes Interesse daran hat, wie

diese Frage erledigt wird. Eine wohlgeordnete Staatsmaschinerie erfordert eine zufriedene Beamtenerschaft, und es ist namentlich auch für die übrigen Bevölkerungskreise selbst in wirtschaftlicher Hinsicht von größter Bedeutung, daß die Beamtenerschaft die notwendigen Mittel erhält, ein Standpunkt, der sich ja wohl auch durchzusetzen beginnt, wie die über Antrag des Kammerrates Kandl gefaßte Entschliesung der Wiener Handelskammer beweist. Die Beamtenerschaft hat ja stets trotz ihrer finanziellen Notlage das Mögliche geleistet, und ich bedauere es, wenn in diesem hohen Hause gelegentlich einer Rede behauptet wurde, daß die Beamten einer Bezirkshauptmannschaft, es handelte sich um Bruck, in Zeiten der Gefahr alle bis auf einen davongelaufen wären. Meine Herren! Die Bezirkshauptmannschaft Bruck hatte damals drei Konzeptbeamte. Einer war also zugegen, einer war erkrankt und wenn sich nun der dritte für derartig schwierige Verhandlungen nicht für geeignet hielt, so stellt sich die Sache eben anders dar. Ich möchte darauf hinweisen, daß diese Behandlung der Angestellten, wie sie von der linken Seite des Hauses geübt wird, keineswegs dazu beiträgt, ihre angeblichen Grundsätze auch hochzuhalten. Wenn wir davon sprechen, wie Sie die Beamten behandeln, dann brauchen wir ja nur hinüber zu schauen nach Oberösterreich, was Ihr Parteigenosse Gruber gemacht hat. (Resel: „Was hat er denn gemacht?“) Er hat die ganze Beamtenerschaft beschimpft, ist aber durch Ihren Parteibeschluß gedeckt worden. Diese ständigen Angriffe sind durchaus nicht geeignet, jenes Maß von Wohlwollen glaubhaft zu machen, welches Sie zur Schau tragen. Ich bitte, wir hatten ja gestern Gelegenheit, über einen ganz unglaublichen Vorfall sprechen zu hören, und ich bedaure nur, daß in diesem Hause der Versuch gemacht wurde, durch die Rede des Kollegen Ruschak Beamte aus ihrer Stellung zu verdrängen, wie Sie es gemacht haben in den Fällen Weißler, Mallescher. Wir sehen, das ist eine Methode, die in der alten Zeit einmal vorgekommen ist (Lebhafte Zwischenrufe von Seite der Sozialdemokraten. — Dr. Hübler: „Der alte Wallische Salat!“ — Resel: „Reden nur Sie nichts! Ich würde mich doch anstandslos eine Zeitlang genieren!“), auch von diesen Bänken ist es ausgegangen, ganz Graz ist in Erregung gewesen und Sie haben sich darüber aufgehalten, was einmal geschehen ist. Aber heute glauben Sie, die Hüter der Kleinen und Schwachen zu sein und suchen, Beamte aus ihrer Stellung zu drängen. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die unglaublichen Angriffe gegen einen höheren Beamten dieses Landes, auf den Finanzlandesdirektor Dr. Pflieger, die seitens des Herrn Abg. Leichin gefallen sind, geradezu alles bisher Dagewesene übersteigen. Daß er seine Pflicht, die er beschworen hat, nicht erfüllt, einem Beamten ohneweiters vorzuwerfen, ohne jeden Beweis — denn die Wahrheit der Beschuldigungen hat sich nicht herausgestellt —, die Berechtigung dazu kann unter gar keinen Umständen die Ausübung eines Mandates geben. (Unruhe. — Oberzaucher: „Vielleicht reden wir noch einmal über den Herrn Präsidenten Pflieger!“ — Dr. Enge: „Haben Sie einen Dolch im Gewande?“)



Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch, daß ich in aller Kürze einiges auf die Ausführungen bemerke, welche gestern der Herr Abg. Leichin — wenn er auch momentan nicht da ist, er wird jetzt wahrscheinlich ermüdet sein — in verschiedenen Zusammenhängen mit dem Kriege gebracht hat. Ich möchte nur zwei Dinge herausgreifen, und zwar zunächst die erste Angelegenheit, die Sache mit dem Dolchstoß. Und da hat der Herr Kollege Leichin behauptet, es sei eine elende Demagogie, wenn man behauptet, die Arbeiter hätten die Front von rückwärts erdolcht. Das ist auch eine elende Demagogie, wenn das jemand behauptete. Aber das behauptet auch niemand, aber Sie behaupten, daß Sozialdemokrat gleich Arbeiter ist, man behauptet lediglich, die Sozialdemokraten haben die Front von rückwärts erdolcht. Das ist ein Unterschied, und wenn Sie den Unterschied nicht verstehen, so kann ich Ihnen nicht helfen, aber der Unterschied besteht einmal.

Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß Sie selbst zugeben, wie auch unzweifelhaft richtig ist, Ludendorff oder Gröner hat am 31. Oktober behauptet, die Front stehe noch so, daß man einen halbwegs ehrlichen Frieden schließen kann. Nun, was meinen Sie, wenn Ebert am 27. Oktober im Reichstage behauptet: „Diesmal werden wir es nicht zulassen, daß Deutschland seine Fahnen zum letztenmal siegreich zurückbringt!“, was meinen Sie, wenn man mit roten Fahnen hinter der Front herumsahrt, ob das nicht hinreichend, ein Heer von innen kaputt zu richten? (Oberzaucher: „Da müssen Sie den Beweis erbringen!“) Nun, das macht natürlich nichts, auf das kommt es nicht mehr so an. — Ich habe noch eine zweite Sache, das ist die von der Kriegsschuldfrage. Die Kriegsschuldfrage ist dasjenige, was für unseren Staat überhaupt die Grundlage seiner ganzen derzeitigen elenden Lage abgibt. Wenn Sie das nicht glauben sollten, so bitte, einmal die Gelegenheit zu ergreifen und die Friedensverträge zu lesen. Das sind Bücher, welche sehr nützlich sind, auch für Abgeordnete. (Zwischenruf: „Wir haben Sie gelesen!“) Nun, das freut mich. Im Artikel 177 heißt es folgendermaßen: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Österreich erkennt an, daß Österreich und seine Verbündeten als Urheber für die Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten aufgezungenen Krieges erlitten haben.“ Sie sehen, meine Herren, Sie sind die Verteidiger jener Behauptungen, die durch die Ententestaaten tatsächlich aufgestellt wurden. Und da möchte ich auf eine Bemerkung des Herrn Abg. Leichin zurückkommen. Nehmen wir an, es wäre so, daß Sie zugegeben, sondern angenommen, es wäre so, da hat Herr Abg. Leichin vom ehemaligen Kaiser Wilhelm gesagt, daß er immer alles auf der Zunge getragen habe, was er gedacht hat. Nun ist ganz klar, daß auch bei jedem anderen, der seine Worte auf der Zunge trägt, derselbe Erfolg eintritt. Denn unsere Gegner sind keine solchen Phantasten, sondern ziehen aus unseren Äußerungen ihre Konsequenzen. Und da hat Herr Abg. Leichin als Wortführer noch

folgende Bemerkung gemacht: „Welcher Arbeiter oder Angestellte, welcher Kleinbauer hätte einen Vorteil vom Krieg, wenn wir gesiegt hätten?“ Ich selbst mag Ihnen die Antwort nicht geben (Wallisch: „Unterrichten Sie Ihre Kinder!“), aber andere Leute möchte ich doch an meiner Stelle zu Ihnen sprechen lassen. Zuerst vielleicht möchte ich die Ruhrarbeiter zu Ihnen sprechen lassen, und zweitens möchte ich gern reden lassen die deutschen Frauen und Mädchen am Rhein, auf die man die Schwarzen und Marokkaner losgelassen hat (Wallisch: „Wer ist schuld, daß es soweit gekommen ist?“), und als drittes, verehrte Herren, möchte ich noch eine Erzählung bringen, die sicher sehr unterhaltend ist. Sehen Sie, ein guter Freund von mir, der hat in Hamm bei diesen Absperrungsmaßnahmen folgendes erlebt: Dort ist das ganze Land durch Stacheldraht abgesperrt, dort hat er zugehört, wie die Bevölkerung sich das Paßvisum holen wollte. Und da ist ein kleiner Junge in einen Schrebergarten hineingelaufen, sofort ist ein französischer Offizier auf ihn los, hat ihn mit Ohrfeigen und Fußtritten traktiert und hat dann noch in diese Bevölkerung, Frauen, Kinder und Männer, mit der Reitpeitsche hineingehaut. (Kessel: „Was wollen Sie damit beweisen?“) Und da habe ich mir gedacht, hochverehrter Herr Landesrat (Leichin: „Dieselben Lumpen wie bei uns!“), da habe ich gedacht, wenn der Herr Kollege Leichin unter diesen Leuten gewesen wäre und wenn Ihnen dieser kleine, parfömierte, giftige Franzose so recht und aus Leibeskraft mit der Reitpeitsche etwas hineingehaut hätte (Kessel: „Sie hätten nichts empfunden, denn bei Ihnen sind wir ja keine Deutschen!“), dann hätte ich sehen wollen, ob Sie dann auch hier im Landtag aufgestanden wären und behauptet hätten, daß wir, da wir tatsächlich den Krieg verloren haben, schuld an seinem Ausbruche sind. Ich kann nur sagen, daß diese Kriegsschuldfrage etwas ist, was man in einem mächtigen Staate als Hochverrat bezeichnen muß. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Aber in diesem hohen Hause bezeichnet man das nicht als Hochverrat, in diesem hohen Hause bezeichnet man das höchstens als eine Beschmutzung des eigenen Nestes.

Meine sehr verehrten Herren! (Leichin: „Was hat der Landesrat Hübler gemacht? Das ist eine Schmutzfrage!“ — Große Unruhe.) Diese Methode ist es deshalb auch, meine Herren, die doch, langsam freilich, für Sie noch nicht merklich, da Sie nur von Todesabnungen für andere Parteien und Gruppen erfüllt sind, diese Methode ist es, die doch so langsam die Leute erkennen. Und wenn Sie heute sagen und sich gerühmt haben, daß Sie gut abgeschnitten haben bei den reichsdeutschen Neuwahlen, so kann ich sagen, daß 92 Mandate Verlust auch nicht von Pappe sind. Wir müssen erst die neuen Nachrichten abwarten, aber vorläufig stehen wir 99 zu 99, und warten Sie ab, wohin das Zünglein an der Wage neigt. (Widerspruch. — Leichin: „Die Hakenkreuzler mit den Bomben in der Hand!“) 99 gegen 99, da hilft Ihnen kein Schimpfen und gar nichts. (Leichin: „In der Zeit der größten Lüge, da blühen Sie auf!“ — Unruhe.) Mein Gott, mit einem Schimpfskonzert kann man alles bestreiten. Das gleiche ist in der Tschechoslowakei zu



beobachten, und in Oberösterreich sehen wir auch schon dieselbe Wirkung. Nord und Süd im Deutschen Reich haben das gleiche bereits gesehen.

Und wenn ich nun in diesen Ausführungen noch auf eines hinweisen möchte, dann möchte ich noch auf einen gewissen wirtschaftlichen Grundsatz hinweisen, den Sie neulich durch einen Ihrer prominentesten Vertreter haben verkünden lassen, um die Verteidigung des republikanischen Schutzbundes vorzunehmen. Sie haben klipp und klar erklärt — dem Sinne nach —, wenn ein privater Verein für uns Sozialdemokraten wertvoll und notwendig ist und wenn für diesen privaten Verein Privatgeld uns nicht zur Verfügung steht, so halten wir es für recht und billig, öffentliches Geld für diesen privaten Verein aufzuwenden. Das ist durch Ihren Genossen Pichler geschehen. Sie erklären offen, wo Sie die Macht haben, öffentliches Geld für private Einrichtungen zu verwenden, und wundern sich dann, wenn man Ihnen vorhält, daß öffentliche Gelder nicht so verwendet werden dürfen und können, weil dieses Prinzip eine unmögliche Sache ist, und Sie wundern sich, wenn der schärfste Widerstand einer solchen Verwaltungskunst entgegengesetzt wird. Dieses Grundsatzes willen haben wir uns zur Aufgabe gemacht, Ihren Bestrebungen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, und wenn Sie auch noch so oft hervorheben, daß wir klein an Zahl sind, so seien Sie versichert, daß wir umso fester und entschiedener die Interessen dieser Minderheit, die wir sind, gerade dort, wo Sie in der Mehrheit sind, vertreten werden und wenn es auch gegen Ihre im übrigen sehr geschätzte Wohlmeinung sein sollte. (Lebhafter Beifall in der Mitte und auf der rechten Seite des Hauses.)

**Präsident:** Es ist bereits  $\frac{3}{4}$  1 Uhr. Um 1 Uhr soll nach dem Beschluß der Obmännerkonferenz die Sitzung geschlossen werden. Es ist also die Zeit für einen neuen Redner nicht mehr vorhanden. Ich unterbreche daher die Sitzung. Die Fortsetzung derselben findet nachmittags um 3 Uhr statt mit Fortsetzung der Tagesordnung.

(Die Sitzung wird am 6. Mai um 12 Uhr 50 Minuten mittags unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl um 3 Uhr 5 Minuten nachmittags wieder aufgenommen.)

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung des hohen Hauses wieder.

Mitteilungen habe ich, daß sich entschuldigt haben die Abg. Riegler, Peintinger, Hornik und Dr. Kammerer.

Eingebracht wurden zwei dringliche Anfragen, und zwar:

Dringliche Anfrage der Abg. Hartleb, Winkler, Schreckenthal und Genossen an den Landeshauptmann wegen Belästigung bäuerlicher Besitzer durch Wiener Bankfirmen und den Versuch, durch übermäßig hohe Einlagezinsen Kapital aus den Ländern nach Wien zu ziehen.

Weiters:

Dringliche Anfrage der Abg. Wallisch und Genossen an den Landeshauptmann wegen der von einer Reihe von Wählern der Gemeinde Breitenau bei der

Landesregierung eingereichten und bisher noch nicht erledigten Beschwerde gegen den Bürgermeister Johann Koller in Breitenau.

Die erste dringliche Anfrage weist nur fünf Unterschriften auf. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage. (Nach einer Pause.) Die Unterstützung ist gegeben.

Die zweite Anfrage weist die erforderlichen 10 Unterschriften auf; ich werde diese beiden dringlichen Anfragen nach Anwesenheit des Herrn Landeshauptmannes zur Verhandlung bringen.

Wir schreiben nunmehr in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag weiter.

Zum Worte gelangt der Herr Abg. Wolf.

**Wolf:** Hohes Haus! Schon der erste Redner der sozialdemokratischen Partei, Herr Landesrat Resel, und auch in weiterer Folge der Herr Abg. Leichin haben darauf verwiesen, daß in diesem Budget, in dem Voranschlag des Landes Steiermark für 1924, von der Regierungspartei dieses Hauses kein System zu erblicken ist. Ich pflichte dem vollständig bei. Dieser Voranschlag erscheint als ein Sammelsurium, wie es sich gerade aus laufenden Akten ergibt. Man kann trotz aufmerksamem Studiums keine Richtlinien herausfinden, den Willen der regierenden Partei nicht erkennen. Es ist aber auch festzustellen, daß trotz dieser Systemlosigkeit, die vorhanden ist, doch nach einer Richtung ein klares Bestreben an den Tag tritt, wenn wir die Ziffern anschauen, die auf das Schulwesen Bezug haben. Wir sehen da aus allen möglichen Posten zusammengesetzte Erhöhungen und Abstreichungen für das Schulwesen, aber durchwegs eine Verringerung, keine ansteigende Ziffer. Meine Damen und Herren! Zu den hohen Ziffern, die der Herr Finanzreferent für das Schulwesen hier immer und immer wieder anführt, wenn er behauptet, daß die höchste Post in dem Budget das Schulwesen betrifft, muß ihm entgegengehalten werden, daß es die erste und vornehmste Aufgabe des Landes ist, für das Schulwesen des Landes Sorge zu tragen. Es wäre meiner Meinung nach falsch, wenn man lediglich die Ziffern allein in Betracht ziehen würde. Notwendig für die Beurteilung ist wohl die Steigerung, also das Verhältnis zu den übrigen Ziffern dieses Budgets, und da müssen wir erklären, daß die Landesregierung mit der christlichsozialen Mehrheit durchaus bestrebt ist, die Ziffern für das Schulwesen möglichst niedrig zu halten, die Entwicklung des Schulwesens in diesem Lande zu hemmen, zu unterbinden, zu sparen, abzubauen und zu zerstören, was andere Jahre vorher aufgebaut haben. Der Hinweis auf die schwierige Finanzlage kann nicht genügen, wenn wir gleichzeitig sehen, daß die übrigen Bedürfnisse des Landes einen Ausbau erfahren haben. Ich möchte vermieden haben, von der Gegenseite durch einen späteren Redner zu hören, daß wir andere Steigerungen mit Mißgunst verfolgen. Wir sind bereit, alle Ziffern des Budgets, wenn sie auch bedeutende Steigerungen erfahren haben, anzuerkennen. Wenn ich die Ziffern des Schulwesens vorführe, so zu dem Zwecke, um der christlichsozialen Mehrheit dieses Hauses vorzuführen, daß es falsch und unwahr ist, wenn hier behauptet wird, man tue für die Schule reichlich genug, man bemühe sich, dem Schulwesen dieses Landes alle Sorgfalt angedeihen zu lassen,



man sei kulturfreundlich. Gerade das Gegenteil ist Wahrheit. Alle Ziffern für das Schulwesen werden abgebaut, man bleibt weit hinter den übrigen Ziffern zurück, die Relation zeigt uns, daß das Schulwesen dieses Landes herabgeführt wird, daß es einer Verelendung zugeführt wird, und darin liegt System. Ich will mich bemühen, das mit einigen Ziffern zu beweisen. Ich möchte anführen, daß ich dabei die Ziffern des Voranschlages benütze, wie sie von der Landesregierung, vom Herrn Finanzreferenten, vorgelegt worden sind. Es sind die eigenen Ziffern der christlichsozialen Partei, also sind sie wohl nicht anzuzweifeln.

Für die Polizei wurden im Jahre 1923 900.945.000 K ausgegeben. Im Voranschlage 1924 sind vorgesehen 1.202.725.000 K, mithin beträgt die Steigerung von 1923 auf 1924 301.780.000 K, also insgesamt 33·4 Prozent.

Für Verkehrswesen und öffentliche Bauten wurde im Jahre 1923 vorgesehen ein Betrag von 4.892.050.000 K, im Jahre 1924 7.400.000.000 K, also eine Steigerung von 2.507.950.000 K oder 51·2 Prozent.

Für Landeskultur ist die Ziffer im Jahre 1923 von 6.202.515.000 K im Jahre 1924 auf 17.444.525.000 K gestiegen, also um 11.242.010.000 K oder 181·2 Prozent.

Für das Bildungswesen werde ich mir gestatten, die Ziffern, die im Budget ganz allgemein unter dem gemeinsamen Titel „Bildungswesen“ angeführt sind, zu trennen nach den angegebenen Ziffern in „Allgemeines Bildungswesen“, „Landwirtschaftliches Bildungswesen“, „Gewerbliches Bildungswesen“ und „Landes-Taubstummenanstalt“, sowie „Allgemeine Volks- und Bürgerschulen“.

Für „Allgemeines Bildungswesen“, einschließlich der „Landes-Bürgerschulen“, wurden im Jahre 1923 vorgesehen rund 2.161.000.000 K, im Jahre 1924 will man ausgeben 2.815.000.000 K, also eine Steigerung um 654.000.000 K oder 30 Prozent.

Für „Landwirtschaftliches Bildungswesen“ wurde vorgesehen im Jahre 1923 ein Betrag von 5.800.000.000 K, für das Jahr 1924 wird präliminiert ein Betrag von 9.800.000.000 K, also eine Steigerung von 4.000.000.000 K oder 67·2 Prozent.

Für „Gewerbliches Bildungswesen“ im Jahre 1923 851.000.000 K, im Jahre 1924 1.202.000.000 K, also eine Steigerung von 351.000.000 K oder 41·2 Prozent.

Für die Taubstummenanstalt dieses Landes im Jahre 1923 69.000.000 K, für 1924 778.000.000 K, also für 1924 eine Steigerung von 16·2 Prozent.

Für das „Allgemeine Volks- und Bürgerschulwesen“ dieses Landes hat die Budgetziffer im Jahre 1923 betragen 83.388.300.000 K, für 1924 95.516.440.000 K, also eine Steigerung um 12.128.140.000 K oder 14·5 Prozent.

Für „Wohltätigkeits-, Sanitäts- und Fürsorgeanstalten“ betrug die Ziffer im Jahre 1923 rund 69.000.000.000 K, im Jahre 1924 rund 87.000.000.000 K, also eine Steigerung von 18.000.000.000 K oder 26·7 Prozent.

Wollen wir aus der Vermehrung dieser vielen Ziffern nun unseren Schluß ableiten, so müssen wir unser Augenmerk auf die prozentmäßige Erhöhung des

Voranschlages 1923 auf 1924 lenken, und da ist Tatsache, daß die Steigerung für die Volks- und Bürgerschulen dieses Landes lediglich 14·5 Prozent beträgt. Alle übrigen Budgetziffern, wie sie in den Ziffern des Finanzreferenten ausgewiesen sind, zeigen eine bedeutend größere Steigerung. Ich führe zur Illustration an, daß die Beträge für Landeskultur eine Steigerung von 181·2 Prozent zeigen, daß die Post für Verkehrswesen eine Steigerung von 51·2 Prozent beinhaltet und für landwirtschaftliches Bildungswesen 67·2 Prozent Steigerung angeben sind. Wenn nun in diesen Verhältnissen festgestellt werden muß, daß die Erhöhung für die allgemeinen Volks- und Bürgerschulen lediglich 14·5 Prozent beträgt, und wenn wir weiter wissen, daß die Indexsteigerung des vergangenen Jahres 20 Prozent betragen hat, so ist doch einzig und allein der Schluß abzuleiten, daß im Budget ein Schulabbau vorgesehen ist. Es ist nicht nur richtig, wenn die sozialdemokratische Partei feststellt, daß nach dem vorliegenden Budget für das Schulwesen dieses Landes nicht genügend Vorsorge getroffen worden ist, sondern auch richtig, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß die christlichsoziale Mehrheit dieses Hauses allen Ernstes darangeht, das Schulwesen dieses Landes abzubauen und zu zerstören. (Dr. Enge: „Sie werden ja vom Abbau nicht betroffen!“) Herr Dr. Enge, ich spreche nicht für meine Person, sondern bin als Mandatsträger der sozialdemokratischen Partei hier. Sie werden mir die Achtung, die ich Ihnen als Abgeordneter entgegenbringe, nicht verjagen können. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. In Ihrer Weise könnten wir hier sehr schwer verhandeln. Meine Damen und Herren! Diese Ziffern sind hier, sie sprechen meiner Meinung nach eine beredte Sprache. Ich werde mich freuen, wenn mir das Gegenteil bewiesen werden kann. Es ist nicht meine Absicht, unbedingt eine nörgelnde Kritik zu üben, sondern die Ziffern erscheinen leider so im Budget, und es ist die Sorge unserer Partei, daß das Schulwesen des Landes gedeihen und sich noch entwickeln möge. Die Ziffern zeigen das Bild, das ich Ihnen vorgeführt habe. Ich habe nichts unternommen, das Bild künstlich zu konstruieren. (Ing. Paul: „Aber die Schlüsse, die Sie daraus ziehen, sind falsch!“) Das glaube ich nicht. Wenn die Indexsteigerung 20 Prozent beträgt, wenn beim Schulwesen aber nur eine Steigerung von 14·5 Prozent angeführt ist, muß ich doch annehmen, daß nicht einmal der gleiche Zustand erhalten geblieben ist. Es muß also so sein, daß ein wirklicher Abbau erfolgt ist. Es kann entgegengehalten werden, daß auf manchen Gebieten des Schulwesens tatsächlich Ersparungen vorgenommen werden können, ohne das Schulwesen besonders zu treffen. Wenn wir aber andererseits feststellen, daß die Steigerung aller anderen Budgetziffern bedeutend über die Indexsteigerung hinausgeht, wenn für Landeskultur und andere Zweige noch bedeutend höhere Steigerungen nachzuweisen sind, so muß ich es zurückweisen — und das habe ich schon anfangs gesagt —, daß hier immer wieder vom Finanzreferenten des hohen Hauses die Behauptung aufgestellt wird, daß das Schulwesen dieses Landes das Budget in Unordnung bringe und daß bei diesem Schulwesen in erster Linie Abstriche herbeigeführt werden



müßten. Tatsache ist, daß bereits Abstriche erfolgt sind und daß das Schulwesen am stiefmütterlichsten behandelt worden ist. Zur Vermeidung von Irrtümern führe ich noch einmal ganz deutlich an. Wir anerkennen, daß für Landeskultur, für bäuerliche Bildungszwecke, für alle andern Bedürfnisse des Landes selbstverständlich auch gesorgt werden muß, wir wissen, daß alle diese Ausgaben ebenso im Interesse der Volkswirtschaft notwendig sind. Was wir aber feststellen wollen, ist, daß das Schulwesen des Landes nicht die gleiche Fürsorge erfährt, wie die übrigen Zweige sie erfahren. Das möchte ich Ihnen durch mein Ziffernmaterial tatsächlich bewiesen haben. Damit können wir uns natürlich nicht zufrieden geben. Wenn man das Land nicht kennen, wenn jemand Fremder diesen Voranschlag zur Hand nehmen würde und aus den Blättern auf das Gesüge des Landes und die Zusammensetzung der Bevölkerung Schlüsse ziehen müßte, so glaube ich nicht, daß er zu dem Eindruck käme, daß im Lande eine so große Industrie und eine so starke gewerbetreibende Bevölkerung vorhanden ist, sondern er würde sich ein Bild machen, als ob das Land eine rein bäuerliche Zusammensetzung hätte. Ich verstehe sehr wohl, daß viele Bedürfnisse der Industrie nicht in den Aufgabenkreis des Landtages gehören, aber die Bedürfnisse des Schulwesens erscheinen vernachlässigt. Warum wir als Sozialdemokraten darauf besonders hinweisen? Die Schule ist ein großes Bedürfnis der Arbeiterbevölkerung. Der Arbeiter ist nicht imstande, seiner nachfolgenden Jugend ein Vermögen, eine sichere Existenz, zu hinterlassen. Das einzige, was er seinem Kinde als Gut mitgeben kann in die Welt, ist eine halbwegs gute Schulbildung, das Vermögen, selbständig zu denken und zu überlegen. Wir sind daher wachsam darüber, daß das Schulwesen des Landes gefördert wird. Es ist wirklich eine Sorge der sozialdemokratischen Partei, wenn wir sagen, daß bei der Budgeterstellung gerade dem Volks- und Bürgerschulwesen des Landes nicht die genügende Sorgfalt zugewendet wird. Wenn der Herr Finanzreferent wirklich anfangs der Meinung war, er müsse die Bedeckung für die Voranschlagsziffern aus einer Mehl- und Getreideabgabe holen und er müßte diese Abgabe ausgerechnet „Schulabgabe“ nennen, so ist dieser Vorfall nicht das erstemal zu verzeichnen. Ich erinnere, daß man seinerzeit eine Bierauflage als Schulaufgabe einführen wollte. Sie werden sagen, das ist ein Streit um einen Namen, daran liege nichts. Darauf muß ich sagen, es liegt eine Absicht dahinter, daß man eine drückende Steuer für die Bevölkerung gerade mit der Schule in Verbindung bringen will, das Schulwesen des Landes verantwortlich machen wollte für die hohe Steuer, die am drückendsten in Erscheinung tritt. Man will das Schulwesen, das in der weiten Bevölkerung des Landes vielfach durch die christlichsozialen Vertreter nicht immer volle Würdigung erfährt, in den Augen dieser Bevölkerungsschichten als schuldigen Teil hinstellen und das Schulwesen herabsetzen, will seine feste Verankerung in der Bevölkerung untergraben und freie Bahn schaffen für den weiteren Abbau des Schulwesens. Die sozialdemokratische Partei hat darüber keine weiteren Verhandlungen angeknüpft, um diesen Namen zu beseitigen.

Aber es ist ihr gelungen, diese Abgabe aus dem Budget überhaupt zu entfernen. Ich will nur sagen, welche tiefere Absicht gerade die Bezeichnung „Schulabgabe“ gehabt hat. Wenn uns wieder einmal der Herr Finanzreferent sagen wird: „Was wollt Ihr? Für das Schulwesen geschieht alles, wir haben ein blühendes Schulwesen“, so werden wir uns gestatten, immer und immer wieder auf dieses beredte Material, auf die beredten Ziffern des Budgets hinzuweisen, dem Herrn Referenten zu sagen, das Schulwesen des Landes hat unter seiner Herrschaft von 1923 auf 1924 keinen Aufbau, keine Förderung, keine Entwicklung erfahren, im Gegenteil: das Schulwesen ist in den Ziffern des Budgets herabgesetzt worden. Wir möchten also ein für allemal gesagt haben, daß derartige Argumente bei uns auf taube Ohren stoßen, daß wir uns nicht von Worten beeinflussen lassen, sondern uns nur an die klaren Ziffern des Budgets halten. Wir werden weiter unsere Aufgabe darin sehen, alles zu verhindern, was eine weitere Verschlechterung des Schulwesens herbeiführen könnte. Wir werden über jede einzelne Klasse des Landes, über jede Schule, jede Schulverkleinerung wachen, wir werden es mit der ganzen Kraft der Partei zu verhindern trachten, daß das Schulwesen dieses Landes zerstört wird.

Aber auch in anderer Hinsicht zeigt das Verhalten der Regierungsmehrheit, daß das Schulwesen nicht mit der Aufmerksamkeit und nicht mit jenem Ernst im Lande betreut wird, wie es für dieses vornehmste Gut unseres Landes notwendig ist. Es sind Ziffern im Budget eingeseht, die durchaus unzulänglich sind. Wenn zum Beispiel ursprünglich im Entwurfe für Sonderentlohnungen im Lehrdienste 1.080.000 K eingeseht sind, so möchte ich sagen, daß mit dieser Million alle Nebentunden in ganz Steiermark honoriert werden sollen. Jeder Lehrer, der über 30 Schulfstunden, und jede Lehrerin, die über 26 Schulfstunden Unterricht in der Woche erteilt, hat Anspruch auf eine besondere Entlohnung. Jeder Unterricht in einer fremden Sprache oder in Stenographie ist hier einbezogen. (Ing. Paul: „Sie irren sich, Sie wissen nicht, was es heißt, das ist alles nicht wahr!“) Was denn dann? Wir haben die Hinauffstellung der Ziffern beantragt und es sind 25 Millionen angenommen worden. Für Bezirkslehrerkonferenzen sind keine Ziffern eingeseht im Landesvoranschlag. Tatsache ist es aber, daß die Landesregierung zur Einberufung der Bezirkslehrerkonferenzen verpflichtet ist, und zwar nach dem Reichsvolksschulgesetze, das bestimmt, daß alljährlich eine Bezirkslehrerkonferenz stattzufinden hat. Das Land hat in das Budget keine Mittel eingeseht gehabt. (Ing. Paul: „Auf Grund eines Übereinkommens!“) Auf Antrag der Sozialdemokraten ist dann ein Betrag von 22.000.000 K eingeseht worden. (Ing. Paul: „Das ist auch nicht wahr, das habe ich beantragt, nicht Sie!“) Das ist möglich, daß das aufgegriffen wurde. Ich stelle fest — und das wird der Herr Schultreferent zugeben —, daß das Budget, als es dem Budgetausschusse vorgelegt wurde, keine Ziffer für die Abhaltung von Bezirkslehrerkonferenzen enthalten hat. (Ing. Paul: „Auf Grund eines Übereinkommens!“) Das ist Tatsache, Sie können das nachlesen. Ich konstatiere weiter, daß die



22 Millionen Kronen in dem Nachtrage aufgenommen erscheinen. Ich konstatiere weiter, daß die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei im Budgetausschusse dieses Verlangen gestellt haben, und ich kann mit Freuden konstatieren, daß der Herr Schulreferent auf Anregung der Sozialdemokraten sich dazu entschlossen hat. (Ing. Paul: „Auf Grund einer Zuschrift des Landesschulrates wurde das eingesezt!“) Jedenfalls, Verehrte, es mag ein Mangel von Sorgfalt sein, aber keine Vergeßlichkeit, denn es steht sehr wohl im Budget, aber mit Null. Es ist keine Vergeßlichkeit, sondern meiner Meinung nach Absicht, vielleicht auch ein Parteiübereinkommen, aber nicht ein Parteiübereinkommen mit Einschluß der sozialdemokratischen Partei. (Schreckenthal: „Auch das war es!“) Ebenso sind weitere Ziffern durchgesezt worden. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei haben im Budgetausschusse auch verlangt, daß für Koch- und Haushaltungslehrerinnen Beträge eingesezt werden sollen. Warum wir dieses Verlangen gestellt haben, findet seine Erklärung darin: Die Christlichsoziale Mehrheit hat bereits Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß auch Arbeiter ihre Kinder in die Klosterschulen schicken. Ich begreife das und will es nicht in Abrede stellen, wir wissen aber auch den Grund dafür. Die Klosterschulen sind imstande, durch Haushaltungskurse, Kochkurse, Unterricht in den weiblichen Handarbeiten den Mädchen eine spezifisch weibliche Ausbildung im höheren Maße zu erteilen, als das bei den unzulänglichen Mitteln für das öffentliche Volks- und Bürgerschulwesen möglich ist. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Zwischenruf: Wir danken für die Anerkennung!) Das stellen wir fest. Wir als sozialdemokratische Partei müssen sagen: Wir verlangen, daß für das öffentliche Volksschulwesen die gleichen Möglichkeiten geschaffen werden. Es ist nicht die Affinität zu den klerikalen Schulbestrebungen für die Arbeiter entscheidend, daß sie ihre Kinder in die Klosterschulen schicken, nicht die Liebe zu Ihrer Weltanschauung, sondern das Plus, das sie den Klosterschulen dadurch verschaffen, daß sie ihnen die Möglichkeit geben, gegenüber den öffentlichen Volksschulen diese spezifisch weiblichen Unterrichtszweige dem Bedürfnisse der Mädchen entsprechend besser auszugestalten. Und wenn Sie abermals für die Privatschulen Beträge verlangen, so erkennen wir darin das Bestreben, die Konkurrenz zwischen den Klosterschulen und den öffentlichen Schulen noch stärker herauszukehren. Sie versuchen es, die Beträge dem öffentlichen Schulwesen vorzuenthalten, die Gelder einseitig anzulegen und Sie werden natürlich Ihre parteipolitischen Geschäfte entsprechend erledigen lassen. (Riemelmoser: „Vergleichen Sie wieder nach Prozenten die Beträge für die öffentlichen und für die Privatschulen!“)

Wir verlangen, daß dem öffentlichen Schulwesen dieses Landes alle Sorgfalt zugewendet werde. Wir werden immer dagegen sein, daß man ausgerechnet den konfessionellen Schulen eine besondere Sorgfalt auf Kosten des Landes angebeihen läßt und Sie werden hier den heftigsten Widerstand der sozialdemokratischen Partei auf Unterstützung dieser Schulen finden. Das

ist unser Standpunkt in dieser Sache. Der Herr Schulreferent wird zugeben, daß manche Erfordernisse des Schulwesens sehr dringend sind und diese wurden trotz eines Antrages der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht berücksichtigt. Wenn der Herr Schulreferent gemeint hat, daß die Kosten für die Bezirkslehrerkonferenzen in den Voranschlag eingesezt worden sind, so ist dies ja erfreulich, aber wir können auch Posten anführen, die nicht enthalten sind, trotz Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten im Finanzausschusse nicht durchgesezt werden konnten. Das ist ein Beweis dafür, daß die Schulen des Landes im Besiztande der christlichsozialen Mehrheit unserer Meinung nach nicht genügend geborgen sind. (Ing. Paul: „Welche Anträge haben Sie denn gestellt, Herr Kollege?“) Zum Beispiel ist für die Bezirkslehrerbibliotheken ein Betrag von 500.000 K eingesezt. Mit diesem Betrage wird es natürlich unmöglich sein, daß man für 45 Bezirke dieses Landes irgend welche, auch nur kleine Nachschaffungen machen kann. Nun aber besteht für das Land nach § 44 des Reichsvolksschulgesetzes die Verpflichtung zur Erhaltung der Bezirkslehrerbibliotheken, und die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Finanzausschusse auch die Forderung erhoben, diesen geringen Betrag von 500.000 K auf 50 Millionen Kronen zu erhöhen. Es ist dies immerhin ein äußerst bescheidener Betrag mit Rücksicht auf die tatsächlichen schwierigen Finanzverhältnisse des Landes. Aber dieser Antrag wurde abgelehnt und ist nun von unserer Partei als Minderheitsantrag eingebracht worden. Für die Jugendbücherei der Stadt Graz ist ein Betrag von 500.000 K eingesezt. Aber die Bedeutung von Jugendbüchereien werde ich in diesem hohen Hause wohl nicht zu sprechen haben, denn ich bin der Ansicht, daß sämtliche Mitglieder des hohen Hauses die Notwendigkeit guter Jugendbücher voll anerkennen. Ich meine, es ist nicht nur Aufgabe, dem Schulkinde das Lesen beizubringen, daß es die Buchstaben miteinander verbinden kann, das „Lesenkönnen“ hebt über den Zustand des Analphabetentums nicht hinaus, sondern es ist auch Aufgabe der Volks- und Bürgerschulen, die Kinder so zu erziehen, daß sie über den Zustand des Analphabetentums hinaus Interesse für selbständige Lektüre haben, ohne Zwang, ohne Schulmeisterei. Und da erscheint mir nun dieser Betrag von 500.000 K für die Grazer Jugendbücherei ungenügend, und deshalb haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten im Finanzausschusse bemüht, daß diese Ziffer entsprechend erhöht werde. Wir haben vorgebracht, daß es nicht genüge, für Graz allein eine solche Unterstützung zu geben, daß man auch den anderen Bezirken dafür Mittel zur Verfügung stellen soll. Mit Rücksicht auf die miffliche Finanzlage des Landes, die wir ja anerkennen, wurde lediglich hiesfür ein Betrag von 50 Millionen Kronen insgesamt beantragt. Aber auch dieser Betrag konnte keine Mehrheit im Finanzausschusse finden und wir haben ihn daher als Minderheitsantrag angemeldet. Daraus ersehen wir die Tendenz, dem Schulwesen die nötigen Mittel vorzuenthalten. Für die Suppen- und Beköpfungsanstalten ist ein Betrag von 500.000 K ausgeworfen. Ich möchte mir nur die Frage gestatten, wen sollen wir im Lande Steiermark mit diesen



500.000 K „besuppen“, „beköstigen“? Das ist einfach unmöglich, da ist nichts zu machen. Wenn man sich schon bemüht hat, einen Betrag, der etwas bedeutet hätte, im Rahmen dieses Milliardenbudgets unterzubringen, dann hat sich der Herr Kollege R i e m e l m o s e r immer bemüht, im Interesse der christlich-sozialen Partei zu protestieren. Ich würde mich als Lehrer in Ihrer Stellung — Herr Kollege, ich kenne ja Ihre schwierige Stellung in Ihrer Partei — dann, wenn es sich um Schuldinge handelt, wenn es sich um die Schulbekämpfung handelt, an Ihrer Stelle etwas vorsichtiger verhalten. Der Herr Kollege R i e m e l m o s e r bemüht sich, sich im Interesse der Partei zu prostituieren. Das ist Servilität, Byzantinismus. Ich würde dabei ruhig sein, Herr Kollege müssen es nicht übelnehmen, wenn ich sage, daß Sie sich dann vordrängen als Lehrer, wenn es sich um das Schulwesen handelt. Das wäre ja korrekt. Aber nur dann herauszutreten und sich einzuschmeicheln und Ihre Unterwürfigkeit zu steigern, wenn es sich um Schulförderung handelt, das halte ich für überflüssig. (R i e m e l m o s e r: „Behalten Sie Ihren guten Rat für sich. Schimpfen Sie weiter, ist doch gescheit!“) Ich bleibe dabei, mir erscheint dies als Servilität und Byzantinismus. (R i e m e l m o s e r: „Ob Sie dabeibleiben oder nicht, ist mir gleich!“) Ich muß es einmal sagen, wie es mir am Herzen gelegen ist. Sie können ja später das Wort nehmen, ich werde mich Ihnen mit Vergnügen zur Verfügung stellen. (R i e m e l m o s e r: „Das Vergnügen wird auf meiner Seite sein!“) Wenn nun in diesem Budget 500.000 K für Suppen- und Beköstigungsanstalten eingestellt sind, so meine ich, daß dieser Betrag viel zu gering ist, um auch nur einige Schulen zu betreiben. Es ist mir wirklich darum zu tun, daß das Budget eine Gestaltungsform annimmt, welche den Bedürfnissen des Landes entspricht, aber mit diesem Betrage von 500.000 K für die Suppen- und Beköstigungsanstalten kann sich das Land nur lächerlich machen, da dieser Betrag nichtsagend ist und nur eine Schwäche aufzeigt. Die Abgeordneten unserer Partei haben nun im Finanzausschusse den Antrag gestellt, einen Betrag von 100 Millionen Kronen einzusetzen. Wir wissen ja genau, daß damit auch keine Erledigung der Sache gefunden werden kann, aber es wäre immerhin eine achtungsvolle Verbeugung vor der Notwendigkeit der Errichtung von Suppen- und Beköstigungsanstalten. Warum ich dies anführe? Deshalb, um damit zu beweisen, daß wir der Meinung sind, daß das Schulbudget in den Händen der christlichsozialen Partei nicht genügend geborgen ist und nicht jene Sorgfalt und Liebe für das Schulwesen vorhanden ist, die wir auch bei Ihnen sehr gerne finden würden. Wir würden uns über jede Verbesserung freuen. Solange aber Ihre Förderung so aussieht, bleibt uns nichts anderes übrig, als Sie des Mangels an Fürsorge für das Schulwesen anzuklagen.

Wenn der Herr Referent dem Schulwesen im Lande alle Förderung angeheihen lassen, wenn er wirklich mit Liebe sein Amt verwalten würde, wie es die große Sache verdient und wie wir es wünschen, so müßte er auch natürlich alle Fürsorge aufbringen für jene Gemeinden, bei welchen die Erbauung eines Schulhauses

in Frage kommt. Wir haben eine Reihe von Gemeinden, wo es notwendig ist, neue Schulhäuser zu bauen, aber sie können einfach nicht bauen, weil ihnen die nötigen Barmittel nicht zur Verfügung stehen. Sie können aber auch nicht die Lasten der Amortisation und Verzinsung eines Darlehens auf sich nehmen, weil sie dazu außerstande sind. Ich glaube nun, es würde wirklich eine Tat der Landesregierung sein, wenn sie daranginge, im Rahmen eines allgemeinen Baufonds, von dem hier schon gesprochen wurde, auch einen Betrag von 5 bis 8 Milliarden Kronen einem Schulbaufonds zur Verfügung zu stellen. Das Land würde sich damit gar keine Lasten auferlegen, sondern hätte lediglich seine größere Kreditfähigkeit den Schulgemeinden zur Verfügung zu stellen. (R u s c h a k: „Siehe Neuberg!“) Neuberg, Koffenmann usw. Ich meine, wenn man irgendwo einen Rückstand, dabei aber den guten Willen sieht, vorwärtszukommen, aber seitens der Landesverwaltung nichts geschieht, um diesen Übelständen im Schulwesen abzuwehren, dann kann man schon bestimmt ableiten, daß nicht die Absicht vorhanden ist, zu helfen, daß daher das Schulwesen des Landes nicht in den besten Händen ist. Das haben wir auch immer erfahren bei den Lehrergehalten. Allerdings sind hier hohe Ziffern, deshalb hoch, weil sehr viele Lehrer in diesem Lande sind. Ja, soll man denn die Kinder erschlagen (P r i s c h i n g: „Aber nicht zwei Kinder in einer Klasse!“), oder ich weiß nicht, in irgend einer Art die Lehrergehalte abbauen? Daran ist doch nicht zu denken. Ich meine im Gegenteile, wir müssen uns für die Erhöhung aussprechen. Ich meine, die Post „Lehrergehalte“ ist weitans die erste Aufgabe des Landes, es hat eben für das Schulwesen aufzukommen. Ich verstehe auch nicht, daß man immer mit Mißgunst diese Ziffern erwähnt und sagt, daß zu viel gebraucht wird. Ich glaube, es müßte für die Schulverwaltung des Landes und den Finanzreferenten, wenn er seine Aufgabe ernst nimmt, wenn er den kulturellen Fortschritt wünscht, eine gewisse Freude sein, festzustellen, daß für das Schulwesen so hohe Beträge ausgegeben werden. Sie werden es nicht verneinen, wenn ich sage, daß die Befoldung der Lehrkräfte mit den Leistungen derselben in innigem Zusammenhange steht, daß ein gut bezahlter Lehrerstand höhere Schulleistungen hervorbringen wird. Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß, wenn die Lehrer weniger bezahlt bekommen, die Leistungen nicht darunter leiden. Wir haben hier im allgemeinen jetzt nicht die Leistungen einzelner Lehrpersonen, sondern haben den ganzen Stand zu beurteilen, und da werden Sie Ursache und Wirkung nicht abstreiten können. Ich glaube, wenn der Herr Finanzreferent immer wieder darauf hinweist, daß die Post für Lehrergehalte eine so beträchtliche ist, so wissen wir doch, daß diese Post, die sich umsetzt in Kulturarbeit, für die heranwachsende Jugend, nicht unproduktiv ist, sondern eine produktive Post im besten Sinne des Wortes. Ich meine, nur so könnte man als Schulreferent und Finanzreferent die Posten für das Schulwesen betrachten. Die Lehrerschaft kann sich ja über allzugroße Fürsorge nicht beklagen. Ich gebe zu, daß es dem Schulreferenten ganz gewiß nicht an manchem guten Willen fehlt, ich gebe zu, daß er davor zurückscheut, besondere Härten zu schaffen,



daß er bemüht ist, auszugleichen. Ich will kein allgemeines Urteil abgeben. Ich würde mir nicht anmaßen, die Person unseres Schulreferenten einer persönlichen und abfälligen Kritik zu unterziehen. Ich bekenne mich dazu, daß es mir vor einem Verwalter des Schulwesens, wie es der Herr Landesrat Paul ist, übel anstehen würde, hier in einem abfälligen oder tieferen Tone zu sprechen, aber ich muß feststellen, daß seine Stellung in der Partei, die ganze Richtung der Partei es ihm verwehrt, es ihm unmöglich macht, sich durchzusetzen. Sie sind ein Gefangener der Partei, Sie können nicht hinaus. Ein anderes Bild wurde uns noch nirgends gegeben, in keinem Lande Österreichs mit christlichsozialer Mehrheit. Es wäre ein Novum, wenn es gerade in Steiermark jemandem, auch wenn er die Qualitäten unseres Schulreferenten hätte, gelingen würde, sich über die christlichsoziale Partei zu erheben. Einzig und allein nur so sind bei voller Anerkennung aller Bemühungen des Schulreferenten die Ziffern des Budgets zu bewerten. Die Lehrerschaft wird in den nächsten Tagen wieder Gelegenheit haben, die Fürsorge des Herrn Finanzreferenten kennen zu lernen. Sie wissen, daß die Bundesbeamten in Wien, aber auch schon die Landesbeamten, in Anerkennung der Notlage Notstandsauhilfen bekommen haben. Die Lehrerschaft ist ebenfalls um Aushilfen eingekommen. Der Landtag dürfte noch einige Zeit beisammen sein (Prising: „Wir hoffen!“), es wird noch Gelegenheit sein, und ich werde mit Freude konstatieren können, daß der Herr Finanzreferent den Beweis erbringt, hier an einem ganz praktischen Beispiel, wie ernst es ihm um die Förderung des Schulwesens ist, daß er diese Notstandsauhilfen, die meiner Ansicht nach in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind, der Lehrerschaft zugute kommen läßt. Ich werde dies mit Freude konstatieren. Es wäre das sicher der beste Beweis für meine Behauptung über den Anfang der Besserung. Bitte, ich würde dieses Experiment allerdings nicht als Abschluß betrachten, wenn er es auch einmal durchführen würde.

Zum Budget wurde auch im Finanzausschusse die Forderung erhoben, daß die erste Post: „Lehrergehalte sowie Sonderentlohnungen und Wegentschädigungen für den Religionsunterricht“ getrennt werden möge. Es liegt diesbezüglich ein Beschlusantrag vor, er ist ausgegangen von meinem Kollegen im Finanzausschusse, und zwar von der Absicht, damit es möglich ist, die reinen Lehrergehalte kennen zu lernen, damit wir wissen, was an Gehältern der Lehrer und was an Honorar für die Religionsstunden und an Wegentschädigung für die Katecheten ausgegeben wird. (Aust: „Doppelhonorar!“) Wir wünschen in dieser Sache mehrere Ziffern zu sehen, denn es könnte sonst erscheinen, als ob man unter dem Titel „Gehalte“ die Gehalte der Religionslehrer zu verbergen trachtet, um nicht durch eine besondere Angabe über die Gebühren der Religionslehrer der Öffentlichkeit aufzuzeigen, daß die katholischen Priester, auch die Priester anderer Konfessionen natürlich, noch ganz besondere Honorare, außer ihren übrigen Gebühren, die sie vom Bunde erhalten, bekommen. Wir wollen die Höhe dieser Beiträge kennen lernen. Ich meine, die Bezahlung der

Geistlichkeit für den Religionsunterricht und für Wegentschädigung durch das Land gibt uns auch das Recht, hier in diesem Landtage über die Gebührlichkeit, über die Höhe und Notwendigkeit dieser Bezüge zu sprechen. Ich weiß, daß im übrigen die Bezüge der Geistlichkeit durch die Bundesregierung ihre Erledigung finden, aber die Berechtigung zur Aussprache über diese Dinge ist vorhanden, weil das Budget ja solche Ziffern aufzeigt. Ich will mir gestatten, den Herren der christlichsozialen Mehrheit dieses Hauses vorzuführen, daß unserer Meinung nach die Gebühren der Geistlichkeit übermäßig hoch sind, jedenfalls nicht in Einklang zu bringen sind mit den Bezügen der übrigen Beamtenschaft und übrigen arbeitenden Bevölkerung dieses Landes. Diese Worte werden nicht durch Mißgunst diktiert. Wir würden nicht anstehen, auch der Geistlichkeit ihr besseres Einkommen zu vergönnen, wenn wir nicht feststellen müßten, daß gleichzeitig die übrigen Bewohner des Staates unter drückenden wirtschaftlichen Sorgen zu leiden haben. Die Bezüge der Geistlichkeit setzen sich zusammen aus verschiedenen Posten, die unkontrollierbar sind, die sich aber in sehr respektabler Höhe halten. Sie haben ein Pfründeneinkommen, Pfarreinkünfte, die sich in den einzelnen Fällen in sehr respektabler Höhe halten. Es ist möglich, daß in einzelnen Fällen, wie in Obersteiermark, die Einkünfte geringere sind, wir wissen aber auch, daß es in Steiermark außerordentlich reiche Pfarren mit reichen Pfründen und Grundbesitz und großem Einkommen gibt, daß diese Pfründen lange vollständig hingereicht haben, um die Pfarargeistlichkeit des Ortes genügend und überreichlich zu versorgen. Weiters hat die Geistlichkeit noch die Einkünfte aus den Stolagegebühren, die ebenfalls nicht in bestimmter Höhe angegeben sind, Geschäfte, bei denen die Einkünfte nicht kontrollierbar sind. Auch diese Einkünfte dürfen nicht geradezu geringe sein: für Messopfer, Begräbnisse, Taufen, Vorsegnen, wenn jemand niederkommt, usw. Neben diesen unkontrollierbaren Einkünften beziehen sie noch Einkünfte, die kontrollierbar sind. In erster Linie sind dies die Einkünfte aus der Kongrua. Was uns das hier im Landtage kümmert, werden Sie fragen? Ich werde mich bemühen, Ihnen das begreiflich zu machen, damit wir uns nicht an unrechter Stelle Ihre Mißgunst zuziehen. Das kümmert uns deswegen, weil ich mich daran erinnere, daß bei der Erstellung der Kongrua durch die Bundesregierung in allen Zeitungen begründet wurde, daß der Staat deshalb die Honorierung der Geistlichkeit übernehme, weil die Geistlichkeit als wesentliche Arbeit den Religionsunterricht in den Schulen übernehmen müsse. (Prising: „Und die Matrikelführung!“) Und die Matrikelführung? Ich übersehe dieses zweite Argument nicht. Die wesentliche Arbeit eines Priesters besteht aber in der Übernahme des Religionsunterrichtes. Da leistet er wöchentlich 16, 18 oder 20 Stunden, eine immerhin respektable Leistung. Wenn Sie bei Begründung der Kongrua gesagt haben, daß Sie deshalb diese Bundesbezüge in Anspruch nehmen und wir nun sehen, daß Sie nach den Ziffern des Budgets auch aus Landesmitteln dafür noch eine Bezahlung hineinnehmen, so müssen wir Ihre erstmalige Begründung als unrichtig bezeichnen, so müssen



wir sagen, daß die Geistlichkeit für die gleiche Arbeit zweimal bezahlt wird. Das war Ihre eigene Begründung und deshalb will ich auch den Versuch machen, zu zeigen, daß das Einkommen des Geistlichen in keinem Verhältnis zu der Entlohnung der übrigen Beamtenchaft und der Angestellten in Bureaus und Werkstätten steht. Ich habe mir gestattet, eine Tabelle mitzubringen. Ein Landkaplan, eingeteilt in die I. Gruppe, bezieht bis 10 Dienstjahren einen Kongruabezug von 1.400.000 K. (Unverständlicher Zwischenruf Prisching.) Ich werde mich bemühen, Ihnen nichts vorzuenthalten, ich kann nicht auf einmal alles reden, ich werde das verlesen, dann reden wir weiter, die Zahlen werden vorläufig stimmen. Also ein Pfründenkaplan I. Gruppe 1.400.000 K, wovon er 330.000 K für Kost und Quartier zu bezahlen hat. Ein Stadtkaplan, II. Gruppe, bis 10 Dienstjahren 1.600.000 K, ein Landpfarrer, III. Gruppe, 2.300.000 K. Das Avancement der Geistlichkeit ist lediglich abhängig von seiner fürstbischöflichen Gnade, der Bund hat einfach zu bezahlen. Ein Beförderungsrrecht steht ihm nicht zu. Ein Stadtpfarrer, IV. Gruppe, hat 2.600.000 K, ein Dombherr, der leistet doch gar keinen Religionsunterricht, führt keine Matrikeln, hat ein Einkommen von 3.500.000 K, ein Domprobst, wir haben nicht nur einen, sondern mehrere Domprobste, bezieht in der VI. Gruppe 4.200.000 K und noch mehr, je nach dem Dienstalter. Dazu füge ich noch an, daß dazu noch die Pfründen- und Pfarrgebühren kommen, deren Höhe sehr verschieden und von der Frömmigkeit der Bevölkerung und anderen Imponderabilien abhängig ist. (Prisching: „Das wird ja doch alles abgezogen von der Kongrua!“) Ich bleibe bei der Sache, Herr Dechant, ich komme auf alles, ich komme schon noch dazu. Sie sind zum erstenmal nervös. Noch nie waren Sie nervös, bleiben Sie doch der immer lächelnde, liebenswürdige Herr, wir können uns ja auch vertragen. Sicher ist, daß der jüngste Kaplan bei allen Abzügen, die ihm gemacht werden, eine Einnahme von 2.000.000 K hat. (Prisching: „Im Jahr!“) Nein, im Monat! Dazu kommen noch die Stundenentschädigungen. Sie kommen zu den Kongruabezügen dazu und betragen im Semester 198.000 K pro Stunde, wenn der Religionslehrer 22 Stunden hält. Hält er weniger, so bekommt er einen Bruchteil davon, zum Beispiel 198.000 K : 22 × 16. Das ist die Aufstellung der Rechnungen, die durchzuführen sind. Das sind Ziffern, die schon richtig sind, pro Stunde etwa 9000 K im allgemeinen. Der Geistliche kommt, wenn er einen normalen Katechetenunterricht besorgt, wie an einer fünfklassigen Schule etwa 18 Stunden in der Woche, also auf eine besondere Entlohnung für diesen Unterricht von etwa 1 Million Kronen in runden Zahlen. Pfarrer Jenz rechnet mit. Es wird so stimmen. (Jenz: „Ich wundere mich bloß über Ihre Kinderei, Wegentschädigungen gibt es ja nur bei auswärtigen Schulen!“) Herr Pfarrer Jenz macht mich darauf aufmerksam, ich hätte über Wegentschädigungen falsche Ziffern angeführt. Ich stelle fest, daß ich bisher Ziffern für Wegentschädigungen überhaupt nicht angeführt habe. Ich habe lediglich die Kongruaabzüge und die Bezüge für den Religionsunterricht angeführt. Ich kann das aber be-

jorgen. Als Wegentschädigung erhält der Geistliche nur dann eine Gebühr, wenn er eine Schule besuchen muß, die über 1,8 Kilometer von seinem Pfarrorte entfernt liegt. Er bekommt dann pro Kilometer 1600 K, allerdings für den Weg hin und zurück, nicht für eine Wegstrecke. Natürlich ist damit eine Arbeitsleistung verbunden. Et wird dafür besonders bezahlt. Ich will diese Beträge für Wegentschädigungen ja nicht als hoch ansehen. Meine Herren, Sie müssen mich darauf nicht aufmerksam machen, ich werde mich bemühen, das Bild so klar wie möglich zu geben. Ich gebe zu, daß diese Gebühren für die Wegentschädigung nicht besonders hoch sind. Festhalten wollen wir, daß die Geistlichen als nicht kontrollierbare Gebühren beziehen: die Pfarrgebühren, die Stolagegebühren, als kontrollbare Gebühren die des Bundes, das sind die von Ihnen angeführten Bezüge der Kongrua, die Entschädigung für den Religionsunterricht und auch die Wegentschädigungen. Herr Finanzreferent, nun will ich das sagen, was Sie gewünscht haben. Dem Geistlichen werden ja Abzüge gemacht. Dabei will ich aber sagen, daß die Steuerfassionen der Pfarrhöfe den Umweg über die Landesregierung Burg machen und daß wir als Demokraten bei der jetzigen Zusammensetzung der Landesregierung und bei dem starken Einfluß, den Sie immerhin auf die von Ihnen geliebte Landesregierung Burg nehmen, annehmen, daß sich Ihr berühmter Einfluß auch dort für die Geistlichen geltend macht. Allerdings können Sie mir sagen: „Beweise! Das ist eine Vermutung!“ Aber ich würde sie nicht aussprechen, wenn ich sie nicht als ziemlich bestimmt ansehen würde. (Wagner: „Vermutung oder Verdächtigung!“) Diesen Eindruck haben Sie, die übrigen Mitglieder des Hauses dürften diesen Eindruck nach meinen Erklärungen nicht haben. Es kommt mir ja nicht darauf an, die Geistlichen im Lande zu verdächtigen, wir haben nur die Sorge um das Budget. (Zwischenrufe.) Die Herren dort werden nervös! Die Steuerfassionen werden durch die Landesregierung Burg eingereicht und es werden natürlich Abzüge gemacht. (Aust: „Da wird noch der alte Katastralkreinertrag abgezogen!“) Es wird mir gestattet sein, wenn ich meine, daß diese Einschätzung entsprechend den Bedürfnissen dieser Pfarrhöfe vorgenommen wird. Ich glaube, nach meinem Bilde, das ich mir ganz ernstlich darüber gemacht habe, daß so ein guter, alter Pfarrer in Steiermark, sagen wir in einer etwas ausgedehnteren Pfarre, ein Einkommen von monatlich 7 Millionen Kronen insgesamt, also so 7 bis 8 Millionen Kronen haben dürfte. (Prisching: „Nicht die Hälfte!“) Das werden Sie natürlich nicht zugeben, daß ein Geistlicher immerhin gut bezahlt ist. Ich meine, ganz umsonst hat doch Goethe im „Faust“ nicht gesagt:

„Die Kirche hat einen guten Magen,  
Sie kann auch unrecht Gut vertragen,  
Hat ganze Länder aufgefressen,  
Und doch noch nie sich überessen.“

(Großer Lärm. — Prisching: „Damals war noch keine Kongrua!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. Ich muß leider wieder feststellen, daß sich die Galerie in die Verhandlungen einmengt; wenn das



noch einmal geschieht, müßte ich die Galerie räumen lassen.

**Wolf** (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Ich führe diese Tatsachen hier nur an, damit wir genügend begründen, warum wir im Budget wünschen, daß die Ziffern für die Wegentschädigungen und die Entlohnungen der Religionslehrer besonders geführt werden. Ein Beschlusstrag wird diesem Bedürfnisse unserer Partei Rechnung tragen. Ich bin überzeugt, daß wir im nächsten Jahre auf einige Milliarden Kronen besonderer Entlohnung der Geistlichen im Schulwesen werden hinweisen können. Es ist notwendig, diese besonderen Bezüge der Geistlichkeit im Hause aufzuzeigen, damit die arbeitende Bevölkerung dieses Landes nicht den Eindruck hat, daß es den Geistlichen schlecht geht. Wir wollen dazu beitragen, daß die Bevölkerung sich beruhigen kann über das Schicksal der Geistlichen, und aufzeigen, daß es nur einen Stand in der Steiermark gibt, der der Not des Tages enthoben ist. (**Prißing**: „Ob die Leute Ihnen das glauben werden, das ist eine andere Frage!“) Wir sind natürlich in der Lage, das zu tun, wir wissen, daß das Volk im Lande Steiermark darbt, es geht ihm schlecht. Es kann aber sagen: „Die Geistlichen, die sind satt, die sind überfett, Herr Dechant, denen geht es gut, die wünschen sich nur den weiteren Bestand der jetzigen Verhältnisse, geschehen kann den Geistlichen ja nichts mehr. Dort und da nehmen sie, man hat einen großen Magen, da geht alles hinein, da fragt man nicht, woher es kommt.“ Ich meine, wir haben die Sorgen des Budgets, und wenn wir wissen, daß einige Milliarden dort hingegeben werden, wo es nicht notwendig ist, so empört uns das. (**Jenz**: „Sie haben eine gute Upanage von Bela Kun!“ — **Wallich**: „Der träumt jede Nacht von Bela Kun!“ — **Leichin**: „Der Jenz träumt vom Erös!“ — **Anfuhe**.)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Herr Abg. **Wolf** hat das Wort. Ich bitte, fortzufahren.

**Wolf** (fortfahrend): Hoher Landtag! Der Landtag ist berufen, das Gewissen zu schärfen, es ist dies auch eine Aufgabe, die wir zu übernehmen haben. Wir würden die großen Gebühren der geistlichen Herren noch verstehen können, wenn sie ganz in diesem Staate aufgehen würden, wenn sie sich mit aller Leidenschaft für diesen Staat und seine demokratischen Einrichtungen, für seine Gesetze, begeistern könnten. Wenn wir aber wahrnehmen, daß der Stand der Geistlichkeit, trotzdem er übervalorisiert ist, trotzdem der Pfarrhof Not nicht kennt und Mangel, wenn wir sehen, daß trotz der übermäßigen Fürsorge des Staates für die Geistlichen die Geistlichen sich noch immer gegen die Gesetze dieses Staates stellen, wenn wir feststellen müssen, daß sie auch als Religionslehrer ihre Befugnisse übertreten und gegen Verordnungen und gesetzliche Maßnahmen dieser Republik sich wehren, dann müssen wir sagen, es ist um jeden Heller zu viel. Wir können nicht ruhig anschauen, daß man Gelder empfängt und für dieses Honorar Gegnern Dienste leistet, daß man den nötigen Respekt vor der Geistlichkeit in der Republik nicht besitzt. Die Geistlichen, die als Religionslehrer tätig sind, nehmen nicht

Kenntnis davon, daß es nicht mehr gestattet ist, einen Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen auszuüben. Der Erlaß des Unterstaatssekretärs **Glöckel**, der im Jahre 1919 erschienen ist, der soviel Unruhe erzeugt hat, besteht doch noch zu Recht. (**Dr. Enge**: „Es war eine Verordnung, die gegen das Gesetz war!“) Herr **Dr. Enge**, Sie wissen doch, daß es in Osterreich einen Verfassungsgerichtshof gibt. Sie kennen den Wert und den Sinn der Demokratie, Sie wissen, daß die Demokratie da ist, um persönliche Konflikte aus der Welt zu schaffen, denn sonst müßten wir uns erschlagen und das wollen wir ja nicht. Sie wissen, daß wir als höchste Instanz, wenn Sie sich benachteiligt fühlen, wenn Sie glauben, daß Ihnen Unrecht geschieht, den Verwaltungsgerichtshof haben. Dort haben Sie keine Klage eingebracht oder sie wurde eben abgewiesen. Jedenfalls besteht der Erlaß noch zu Recht in diesem Staate. Aber ich verstehe Sie, Sie haben daneben noch ein anderes Recht, und das ist Ihre Begründung. Sie sagen, es gibt neben dem Rechte des Staates ein göttliches und geistliches Recht, und Sie wissen dieses Recht dem Priester aufzuerlegen, seinem Gewissen zu verpflichten. Auch dann, wenn der Staat den Zwang nicht gestattet, muß er diesen Zwang ausüben, weil die Gewissenspflicht ihm das vorschreibt. Dafür dürfen Sie bei uns kein Verständnis erwarten, wir stehen auf dem Boden der republikanischen Gesetze, und wenn wir wahrnehmen, daß diese Verordnung wegen des unstatthafter Zwanges zu religiösen Übungen von den Geistlichen nicht beachtet wird, müssen wir Klage erheben, müssen wir von den Schulbehörden dieses Landes verlangen, daß sie auch in dieser Hinsicht Ordnung schaffen mögen. Sie wünschen vielleicht nicht, daß ich Beispiele anführe. Ich meine, Sie glauben es auch so. Ich stehe davon ab, aber es kommt mir nicht darauf an, Namen zu nennen. Ich würde natürlich bereit sein dazu, so sehr ich mich freuen würde, sie unterdrücken zu können. Es geschieht auch nach anderer Hinsicht Zwang. Zum Beispiel habe ich in der Freitagzeitung des „Tagblattes“ gelesen, daß in der Grabenkirche am Sonntag ein musikalisches Amt aufgeführt wird und daß bei dieser Messe die Zöglinge der Lehrerinnenbildungsanstalt mitwirken. Diese untersteht dem steiermärkischen Landeschulrate. Ich glaube, es ist nicht angebracht, nach unserer Auffassung, ich weiß, daß ich Sie zu einer anderen Ansicht nicht bekehren werde, daß man Jahrgänge der Lehrerinnenbildungsanstalt zu kirchlichen Zwecken verwendet (**Aust**: „Das ist ein Mißbrauch!“), daß man die Zöglinge der Lehrerinnenbildungsanstalt in die Grabenkirche führt, damit sie dort ein Amt singen. (**Jenz**: „Am 1. Mai dürfen sie aber bei Ihrem Umzuge mitgehen!“) Herr Pfarrer **Jenz**, das geschieht nicht durch die Schule, das ist eine freiwillige Sache der Eltern. Wir hindern niemanden, zu Fronleichnamsprozessionen zu gehen. Halten Sie das auseinander! (**Kaufmann**: „Die sind auch nicht gezwungen worden. Sie sind freiwillig gegangen!“) Ich komme noch darauf zurück, ich habe noch nicht fertig gesprochen; ich stelle fest, Frau Abg. **Kaufmann**, daß dort nicht etwa die Praxis geübt wurde, daß die Zöglinge der Lehrerinnenbildungsanstalt verhalten wurden, als gesamte Klasse in die Grabenkirche zum Singunterricht



zu gehen. Ich stelle fest, daß das nicht erfolgt ist, sondern daß der Musiklehrer der Anstalt eine Einladung an die Kandidatinnen gegeben hat und sie ersucht und eingeladen hat, in der Kirche zu singen. Kommen Sie mir nicht mit Künstlerei! Ich verstehe, daß Kirchenmusik Kunst ist. Wir werden nicht dagegen sein, daß man in einer Lehrerinnenbildungsanstalt auch Kirchenmusik lehrt. Es dreht sich lediglich nur darum, ob man berechtigt ist (K a u f m a n n: „Daß man eine Messe auch in der Kirche singt!“), daß man durch die Aufforderung in einer Schule, in einer Lehrerbildungsanstalt, immerhin einen Zwang ausübt, daß der Lehrer die Schulstube dazu benützt, um das Studium der Messe zu betreiben, so daß es wohl selbstverständlich ist, daß die stimmbegabten Musikschülerinnen hingehen werden, weil sie ja einem gewissen Zwang unterliegen und diesem Lehrer in der Beurteilung unterstehen. Das ist nicht bei den Haaren herbeigezogen. Geehrte Frau K a u f m a n n, Ich erinnere daran, daß auch einmal Zöglinge der Lehrerinnenbildungsanstalt im Leoaal gesungen haben. (R i e m e l m o s e r: „Sie haben auch im Stephaniensaal gesungen!“ — K a u f m a n n: „Sollen sie nur in der Mariengasse singen?“) Aber, Herr Kollege R i e m e l m o s e r, stellen Sie nicht zwischen Leoaal und Stephaniensaal Vergleiche an! (R i e m e l m o s e r: „Kunst ist Kunst!“) Mit dieser Meinung bleiben Sie im hohen Hause allein. Ich glaube, das müssen Sie doch erfassen, Herr Kollege R i e m e l m o s e r! Das sind Zustände, die wir nicht dulden. Wir meinen, ein derartiger Zwang ist unstatthaft, eine derartige Mitwirkung in einer Kirche ist ein Mißbrauch des Schulrechtes. Das weiß ich allerdings, daß ich Sie nicht überzeugen werde, ich stelle lediglich fest: bei diesen Dingen werden wir uns nie finden, da reden wir aneinander vorbei, das ist gerade so, wie wenn zwischen uns eine Wand stünde. Wir reden von der gleichen Wand, ich sehe sie rot und Sie sehen sie schwarz. (D r. E n g e: „Wir können nichts dafür, daß Sie farbenblind sind!“ — W ä l l i s c h: „Bei Ihnen ist alles schwarz!“ — K a u f m a n n: „Bei Ihnen ist alles rot!“) Da werden wir uns nie treffen. (K a u f m a n n: „Kinderfreunde!“) Darüber können wir auch reden, Frau Abg. K a u f m a n n, denn jetzt haben wir ja die Möglichkeit, über alles zu sprechen. (K a u f m a n n: „Ich werde mich zum Worte melden!“) Das wird interessant sein. Wenn Sie hier immer wieder das Beispiel der Kinderfreunde anführen, so will ich es unterlassen, darüber lange zu reden, weil ich Sekretär des Vereines bin und nicht als besonderer Vertreter des Vereines auftreten will. Ich will nur sagen, daß er ein Elternverein ist und daß es den Eltern zusteht, über ihre Kinder das volle Recht auszuüben. Dieses Recht werden wir den Eltern auch auf Ihrer Seite nie bestreiten, das fällt uns gar nicht ein, wir wollen nur gleiches Recht auf allen Seiten. Und wenn die Eltern lieber ihre Kinder zum sozialdemokratischen Verein „Freie Schule“ — „Kinderfreunde“ schicken, so müssen Sie eben die Eltern bei Ihnen festbinden, aber Sie dürfen den Verein nicht anklagen. Durch Ihre Zwischenrufe vor einigen Tagen bin ich aufmerksam gemacht worden, daß ich Ihnen diese Sache noch einmal erklären muß. Ich tue es kurz. Sollte es nicht genügen, sollten Sie es

nicht verstehen, dann etwas breiter, dann werde ich den Nachweis erbringen, wie die christlichsoziale Partei das oberste Elternrecht respektiert. Ich erinnere an den Hirtenbrief. Der spricht so schön vom Elternrecht, das heißt die Eltern haben das Recht, aber die Eltern unterstehen natürlich der höchsten, der göttlichen Gewalt, und der Verwalter der göttlichen Gewalt ist der Geistliche. Also der Geistliche schafft an und dann ist alles in besserer Ordnung. Gestatten Sie es, wenn wir diesen Umweg nicht mitmachen, wenn wir lieber gleich sagen: der Geistliche ist der Gott. Machen Sie nicht den Umweg über den Himmel wieder zur Erde. Die Zeit, einen solchen Hirtenbrief, solche Pläne zu verwirklichen, ist endgültig vorbei. Die Zeit zur Schaffung einer konfessionellen Schule ist wirklich vorüber. Sie werden doch nicht glauben, daß in einem Staate wie Österreich, in dem sich über 40 Prozent der Bevölkerung zur sozialdemokratischen Partei bekennen, daß es in diesem Staate möglich sein würde, eine konfessionelle Schule durchzusetzen. (P r i s c h i n g: „Warum nicht?“) Sie glauben das? Das würde Ihnen übel bekommen, Herr Dechant; das ist eine Verkenning. Die Konkordatszeit ist vorbei, wo die Lehrer Mesnerdienste machten, die Kirche kehren, den Strick ziehen mußten und dann mußten sie noch bei den Gräbern singen. (R i e m e l m o s e r: „Das ist ja nicht wahr, Sie müssen zuerst den Unterschied zwischen konfessioneller und Konkordatschule kennen. Wenn Sie das bis heute noch nicht wissen, dann reden Sie nicht über eine solche Sache!“) Herr Kollege R i e m e l m o s e r, ich bin bereit, wenn mir diese Tagung noch Gelegenheit gibt, zum Worte zu kommen, den Beweis zu liefern, daß in der Konkordatszeit diese Zustände wahrhaft bestanden haben, daß Verhältnisse, wo der Lehrer Mesnerdienste gemacht hat, wo er an dem Glockenstränge ziehen mußte, hinter jedem Begräbnis hergegangen ist, am Samstag den Pfarrer rasieren und den Schnee ausschaufeln mußte, tatsächlich bestanden haben. Sie würden das ja nicht tun. Sie werden im hohen Hause die Lehrerinteressen vertreten nach wie vor. Da kommen Sie nicht in die Gelegenheit, den Pfarrer von Hartberg zu rasieren. (R i e m e l m o s e r: „Etwas lächerlich machen, da ist nichts dabei, lernen Sie zuerst, was das Konkordat und was die konfessionelle Schule ist!“) Melden Sie sich doch zum Wort und nehmen Sie Gelegenheit, Ihre Gedanken zusammenhängend vorzutragen. Aus einer schreienden Erklärung — das werden Sie mir gestatten — bin ich nicht imstande, die ganze Tiefe Ihres Gedankens zu erfassen. So rasch laufen meine Gedankenbahnen nicht, 60 Meter in der Sekunde ist das Normalmaß. Bei Ihnen geht es rascher.

Aus dem Budget wollten wir beweisen, daß die Fürsorge der christlichsozialen Partei für das Schulwesen dieses Landes nicht genügend ist. Wir wollten den Schluß ableiten, daß es in der Struktur dieser Partei liegt, dem Schulwesen eine untergeordnete Stellung zuzuwenden. Wir meinen, daß die christlichsoziale Partei — ich sage das sehr euphemistisch, ich will die Sache nicht zu deutlich herauschälen —, daß die christlichsoziale Partei nicht interessiert ist an der Entwicklung des Schulwesens. Ich will das noch illustrieren: Sie kennen die Geschichte unlängst vom Unterrichtsausschuß



wegen der Bürgerschule in Johnsdorf. Gestatten Sie, daß ich im hohen Hause diese für uns immerhin wichtige Angelegenheit zur Sprache bringe. (Riemelmoser: „Parteiache!“) Herr Kollege Riemelmoser, wenn Sie solche Zwischenrufe machen, so will ich meinen, daß ich mit meiner Behauptung von Prostituiertung recht habe, weil der Herr Abg. Riemelmoser auch den ablehnenden Antrag in dieser Sache glatt an sich gerissen hatte, den Vertagungsantrag. Die Sache war folgendermaßen: In Johnsdorf besteht die Notwendigkeit zur Errichtung einer Bürgerschule für Knaben und einer Bürgerschule für Mädchen. (Doktor Enge: „Unsere Kinder am Lande gehen 2 Stunden weit in die Schule!“) Johnsdorf besitzt etwa 1600 Kinder in den beiden Schulen in Johnsdorf und in der Schule Kumpitz. Johnsdorf hat insgesamt zwei fünfte Klassen für Knaben, zwei fünfte Klassen für Mädchen, Kumpitz eine gemeinsame, gemischte fünfte Klasse, insgesamt fünf fünfte Klassen, die zumindest eine Zahl von je 40 Schülern beherbergen. Es sind also die fünften Klassen dieses Gebietes zumindest von fünfmal 40, das sind 200 Kindern, besucht. Das sind die Kinder, die alljährlich bürgerschulreif und bürgerschulfähig werden. Nehmen wir an, daß nicht alle 200 Kinder in die Bürgerschule kommen, sondern daß nur etwa zwei Drittel dieser Kinder in die Bürgerschule übertreten wollen, also daß jährlich 140 oder 130 Kinder das Bedürfnis haben, die Bürgerschule zu besuchen, und der Wille der Eltern geht selbstverständlich auch dahin. In drei Jahren sind es 390 Kinder. Die Bürgerschule in Judenburg hat im vergangenen Jahre aus diesem Gebiete Johnsdorf-Kumpitz 40 Knaben und 49 Mädchen aufnehmen können, das sind 89 Kinder. Es ist nicht möglich, mehr Kinder in diese Bürgerschule zu bringen, weil sie nicht genug Raum bietet. Es handelt sich zunächst nicht um den Weg, sondern um die Möglichkeit des Schulunterrichtes. Der Zustand ist so, daß die Kinder aus Johnsdorf mit sehr guten Zeugnissen gegenwärtig in Judenburg nicht aufgenommen werden können. Die Bevölkerung in Johnsdorf wünscht aber ein über die Volksschule hinausgehendes Bildungsmaß, sie wünscht also die Pflichtbürgerschule, die Verpflichtung für die Kinder, ein erhöhtes Wissen in sich aufzunehmen. In Anerkennung dieser Gründe hat der Landtag einmal beschlossen, einen solchen Gesetzentwurf einzubringen. (Dr. Enge: „Das ist falsch, das habe ich inzwischen erhoben, da käuschen Sie sich!“) Am 16. Mai 1923 wurde in diesem hohen Hause unter Zustimmung sämtlicher Parteien beschlossen, eine solche Gesetzesvorlage zu veranlassen. (Dr. Enge: „Nein, dem Ausschusse zuzuweisen!“) Damit sind natürlich die Parteien noch nicht gebunden, und ich stelle fest, daß lediglich der Beschluß gefaßt wurde, man möge unter Anerkennung dieser Gründe einen Gesetzentwurf in Vorlage bringen. Gelegentlich der Verhandlungen mit dem Bunde wurde von diesem gegen die Errichtung der Doppelbürgerschule in Johnsdorf keine Einwendung erhoben und er hat sich bereit erklärt, das Bundesgesetz zu erlassen und die Personallasten zu dem Teile, der ihm zukommt, zu übernehmen. Beim Bund ist also alles in Ordnung. Der Unterrichtsausschuß hat nun am 28. April 1924 Gelegenheit gehabt, zu diesem Gesetzentwurfe Stellung

zu nehmen. Ich war nun der Meinung, als ich in den Ausschuß gekommen bin, über diese Sache gibt es nichts zu reden, und war wirklich ganz unvorbereitet, einen Widerstand zu finden, und ich war überrascht, auf einmal einen Vertagungsantrag des Herrn Abg. Riemelmoser zu vernehmen. Die Ursache dieses Vertagungsantrages war, daß es inzwischen der Alpiner Montangesellschaft eingefallen war, gegen die Errichtung der Bürgerschule in Johnsdorf Protest zu erheben. (Wichl: „Eine Gemeinheit sondergleichen!“) Gestatten Sie mir, daß ich dieses Protestschreiben zur Kenntnis des hohen Hauses bringe, weil schon die Form und Art dieses Protestes interessant genug ist. Die Alpine Montangesellschaft trägt Sorge, daß die Schulauslagen und Gemeindeumlagen beträchtlich erhöht werden könnten, so ähnlich wie dies bei der Gemeinde Donawitz der Fall ist, und die Alpine Montangesellschaft hat gehört, daß in Johnsdorf ein Schulpalast errichtet werden soll und wendet sich nun mit folgendem Schreiben an die Landesregierung (liest):

„Österreichisch-alpine Montangesellschaft, Generaldirektion, Wien, I., Friedrichstraße 4. Wien, am 12. März 1924. An die steiermärkische Landesregierung, Graz.

Nr. 242/H. Betrifft: Bürgerschule Johnsdorf.

Unsere Bergverwaltung Johnsdorf bringt uns zur Kenntnis, daß die dortige Gemeinde die Errichtung einer Bürgerschule plane, für deren Kosten neuerliche Umlagen und Darlehen notwendig wären. Demgegenüber erlauben wir uns zu bemerken, daß wir schon heute auf das Entschiedenste gegen diesen Plan Stellung nehmen, da die Errichtung der Bürgerschule überflüssig und eine weitere Belastung der Industrie einfach undenkbar ist.

Sachlich sei angeführt, daß die Johnsdorfer Kinder, die die Bürgerschule besuchen wollen, in der Bürgerschule in Judenburg Aufnahme finden. Daß dieser Ort eine halbe Stunde von Johnsdorf entfernt liegt, rechtfertigt den Wunsch der Gemeinde nicht. In größeren Städten müssen viele Kinder viel weiter zu ihrer Bürger- und Fachschule gehen und am flachen Lande legen die „kleinen“ Kinder oft einen Weg von einer Stunde zur Schule zurück. Der Standpunkt, daß jedes Krähwinkel eine Bürgerschule, womöglich Fachschulen haben müsse, läßt sich in einem so verarmten Staate wie Österreich nicht rechtfertigen.

Wir bitten die geehrte Landesregierung — da eine sachliche Notwendigkeit, eine Bürgerschule in Johnsdorf zu errichten und hiefür viele Milliarden, die der Volkswirtschaft entzogen werden würden, aufzuwenden, nicht besteht, einen dahin abzielenden Antrag der Gemeinde die Genehmigung zu versagen.

Es mag sein, daß politische Erwägungen oder private Ambitionen die Angelegenheit gerne rasch gefördert wissen wollen, aber dafür kann und darf in dem armen Staate, der überall abzubauen und sich auf das „Notwendigste“ einzuschränken gezwungen ist, kein Raum sein.

Wir zeichnen Generaldirektion der österreichisch-alpiner Montangesellschaft.“



Zu diesem Briefe möchte ich bemerken, daß er dem Inhalte nach unrichtig ist. Das ist vorweg festzustellen aus der Beilage, wie sie uns vorliegt. Der Weg von Johnsdorf nach Judenburg beträgt eineinhalb Stunden, es ist eine tatsächliche Wegentfernung von 5 bis 7 km, eine Strecke, die man in einer halben Stunde nicht zurücklegen kann. Jeder, der das Gebiet kennt, wird bestätigen müssen, daß die angegebene Streckenentfernung von einer halben Stunde falsch ist. Es ist auch falsch, daß in Judenburg Platz wäre und das muß auch Dr. Enge bestätigen. Es ist eine Annäherung, wenn die Alpine Montangesellschaft in ihrer Eingabe an die Landesregierung sich herausnimmt, zu sagen, Johnsdorf sei ein Krähwinkel. Das mag vielleicht ein persönlicher Geschmack des Herrn Generaldirektors sein und ich gebe ja zu, daß der Aufenthalt zum Beispiel in Gastein zukünftlicher ist, als der Aufenthalt in Johnsdorf. Ich glaube auch, daß ein Bergort wie Johnsdorf keinen einladenden Eindruck macht, und ich gebe auch zu, daß ich mich auf die Schönheit Johnsdorfs nicht versteifen würde, wenn ich die Wahl des Aufenthaltes hätte. Aber Johnsdorf hat immerhin 8000 und Kumpitz 3000 Einwohner und es geht daher nicht an, es deshalb als Krähwinkel zu bezeichnen, weil dort Arbeiter ihr Domizil aufgeschlagen haben (Wallich: „Das war aber maßgebend!“), Bergarbeiter wohnen, die ihr Leben für die Alpine Montangesellschaft zu Markte tragen und in ihrer Gesundheit schwer leiden. Ich habe Bergarbeiter gesehen, die bereits mit 40 Jahren Greise sind, so herabgekommen sind, daß deren Lebensdauer bedeutend verkürzt wird wegen ihrer Arbeit unter Tag in einer Tiefe von 600 bis 700 m. Diesen Ort nun als Krähwinkel zu bezeichnen, empfinde ich als Annäherung, und es ist merkwürdig, daß nicht schon aus diesem Grunde, aus Gründen des Ansehens der Landesregierung, dieses Schriftstück zurückgewiesen worden ist. Das ist nicht nur eine Beschimpfung der Bevölkerung in Johnsdorf, sondern auch der Landesregierung. Die Alpine Montangesellschaft scheint wenig Achtung vor der Landesregierung zu haben, wenn sie ohneweiters das Wort „Krähwinkel“ in ihrem Proteste gebraucht. Ich meine, hätten Arbeiter den Protest an die Landesregierung in dieser Form eingebracht, sich dieser Ausdrücke bedient, ich überlasse es Ihrem Urteil, ob Sie nicht überhaupt an dieser Tertierung Anstoß genommen hätten und ich meine berechtigten Anstand. Soweit geht die Sache doch nicht. Ich glaube, es ist daraus zu ersehen, daß die Empfindlichkeit geringe ist und daß man ein sehr geringes Ehrgefühl hat, wenn es sich um die Alpine handelt und daß man dann gar nicht hochorganisierte Kerne hat, wenn die Alpine Montangesellschaft mit Ausdrücken, wie „Krähwinkel“ und dergleichen herumwirft . . .

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich möchte den Herrn Redner ersuchen, seine Rede zu unterbrechen.

Ich bringe nunmehr die dringlichen Anfragen zur Verhandlung, und zwar zuerst die der Abg. Hartleb, Winkler, Schreckenthal und Genossen an den Landeshauptmann wegen Belästigung bäuerlicher Besitzer durch Wiener Bankfirmen und den Versuch, durch übermäßig hohe Einlagezinsen Kapital aus den Ländern nach Wien zu ziehen. Zur Begründung

dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. Hartleb das Wort.

**Hartleb**: Hoher Landtag! In den letzten Wochen bin ich schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß bäuerliche Besitzer in Obersteiermark, selbst in den entlegensten Gräben, Leute, um die sich Wiener Bankfirmen bisher nicht gekümmert haben, mit Zuschriften gewisser Wiener Bankfirmen beehrt worden sind, und vor einigen Tagen habe ich selbst eine solche Zuschrift erhalten. Ich möchte, damit Sie genau über den Inhalt dieser Zuschrift unterrichtet sind, dieselbe vorlesen, sie stammt von der Wiener Firma Ludwig Podwinek & Co., und lautet (liest):

„Nach dem großen Kursrückgang der letzten Wochen hat sich die Börse, dank der großen Stützung der Regierung und der Großbanken, wieder befestigt und auch das Publikum hat sich wieder eingefunden, um die billigen Kurse zum Einkauf auszunützen.

Wir stehen knapp vor der Veröffentlichung der Bilanzen unserer größten Bank- und Industrieunternehmen und werden dieselben heuer Rekordziffern aufweisen und Dividenden ausschütten, die den Aktienbesitzern nach den heutigen Kursen eine ganz bedeutende Verzinsung bringen.

Da die Kursrückgänge durch rein börsentechnische Vorgänge hervorgerufen wurden und nicht wirtschaftliche Ursachen mitgewirkt haben, ist es als beinahe bestimmt anzunehmen, daß schon in der allernächsten Zeit eine kräftige Aufwärtsbewegung kommen muß, um so mehr, als die Effektenkurse einen derartigen Tiefstand erreicht haben, der ihrem wahren Wert nicht entspricht.

Wir können Ihnen derzeit einige Effekten empfehlen, durch deren Ankauf voraussichtlich schon in aller kürzester Zeit ein schöner Nutzen zu erzielen ist und erbitten Ihre geschätzten umgehenden Nachrichten, damit Sie noch rechtzeitig Ihre Kaufaufträge erteilen können. Hochachtungsvoll.“

Dann ist noch ein Zettel aufgeklebt, auf dem steht weiter geschrieben „Wir vergüten für Bareinlagen Wochengeld: den jeweiligen offiziellen Reportfuß der Wiener Börse  $3\frac{1}{2}$  Prozent. Auf längere Zeit gebundene Einlagen kulanteste, separate Abmachungen.“ Dann liest man heute häufig in den Grazer Zeitungen Inserate, ich habe mir eines vor der Sitzung noch besorgt, welches lautet (liest): „Hypothekarkredite auf Stadt- und Provinzhäuser und Landwirtschaften vergibt in jeder Höhe bei prompter Durchführung zu  $2\frac{1}{4}$  Prozent per Monat, Ablöse von bestehenden Hauszinsen. Kapitalien werden bei vollster Sicherheit mit  $2\frac{1}{4}$  Prozent bis 7 Prozent per Monat placiert im protokollierten Bank- und Kommissionsgeschäft „Mercur“, Graz, Steyrergasse 87.“

$2\frac{1}{4}$  Prozent ist ein Darlehenszinsfuß, mit dem man manchen in Not befindlichen Geschäftsmann verleiten kann, ein solches Darlehen zu nehmen. Es kommt auf 30 Prozent. Wie man den Menschen später behandelt, wenn er das Darlehen hat, das ist eine andere Sache. Auch diesbezüglich möchte ich dem hohen Landtage eine kleine Kostprobe aus den letzten Tagen bekanntgeben. Es handelt sich da um die Depositenbank, die schon seit einem Jahr den soliden Geldinstituten im Lande die



Einlagen wegzunehmen trachtet durch Überbieten des Einlagezinsfußes, und auch mit allerhöchsten Versprechungen den Kredit an sich zu ziehen trachtet. Diese Depositenbank hat an einen Besitzer in der Gemeinde Hall bei Admont folgendes Schreiben gerichtet (liest): „Wegen eines unliebsamen Vorfalles bei einer unserer Zweigniederlassungen hat uns unsere Direktion in Wien beauftragt, sämtliche Kredite an Nichtkaufleute zur Einziehung zu bringen, d. h. in erster Linie die Kredite, die die Bauern bekommen haben, zur Einziehung zu bringen. So leid es uns tut, müssen wir diese Weisung unserer Zentrale Ihnen zur Kenntnis bringen und Sie höflichst ersuchen, die bei uns entliehenen 15 Millionen Kronen innerhalb 10 Tagen zurückzuzahlen. Das seinerzeit übergebene Akzept wird Ihnen ausgefolgt. Zu Ihrer Orientierung erlauben wir uns darauf hinzuweisen, daß es Ihnen ein leichtes sein wird, bei der Sparkasse in Rottenmann diesen Kredit zu erhalten. Es empfiehlt sich hochachtend Allg. Depositenbank Expositur Rottenmann.“ Auf einer Seite bietet man Einlagezinsen, die es unmöglich machen, die Gelder billiger hinauszugeben, und die man als Wucherzinsen bezeichnen muß, auf der anderen Seite bietet man den Leuten Kredite an, die ihnen in Wirklichkeit viel teurer kommen. Man geht her, kündigt dem Manne den Kredit, entzieht durch Überbieten den soliden Geldanstalten die Einlagen, und wenn man in irgend welche Verlegenheit durch unvorhergesehene Verhältnisse kommt, dann verweist man die Bevölkerung auf die soliden Geldinstitute. Hoher Landtag! Dahinter ist auch noch etwas. Wir haben hier im Landtag schon darüber gesprochen, daß der Frankenschurz und die Frankenspekulation und alles, was vor sich gegangen ist, ein Verbrechen an unserer Volkswirtschaft ist. Es ist mir, der ich kein Finanzmann bin, sondern ein einfacher Bauer, nicht recht klar, warum diese große Geheimnistuerei besteht, warum man die Bevölkerung nicht aufklärt, welches sind die Institute, denen der Sparer in Zukunft kein Geld anvertrauen darf, weil sie nicht nur ihren eigenen Bestand verloren haben, sondern weil auch Gefahr besteht, daß, wenn nicht die Regierung eingreift, auch das Geld derjenigen verloren geht, die ihr ehrlich erworbenes Geld dieser Firma anvertraut haben. Ich weiß nicht, welche Gründe maßgebend sind, daß man die Öffentlichkeit nicht informiert. Die Gerüchte schwirren in der Luft. Überall hört man sprechen, daß ungeheure Verluste sind, daß dieselben so groß sind, daß wir in unserem ganzen Fortschritte auf 5, 6 Jahre zurückgeworfen sind, daß die Verluste größer sind, als der Schaden, den der Krieg verursacht hat, aber keine Klarstellung von Seite der Regierung, keine Warnung für die Bevölkerung, wem darfst du dich anvertrauen, vor wem mußt du dich hüten! Dazu kommt noch eines. Man kann ruhig annehmen, daß gerade die Firmen, die mit solchen Zuschriften an die Bevölkerung herantreten, wahrscheinlich in dem Zeitpunkte, wo sie die Zuschriften an die Leute richten, sich bereits im Zustande der Krida befinden. (Winkler: „Schon längst bankerott ist!“) Solche Leute wollen das ehrlich erworbene Geld oder Vermögen anderer übernehmen (Winkler: „Auf die Dummheit der Bevölkerung spekulieren!“), das ist

meiner bescheidenen Ansicht als Bauer nach ein verführter Betrug, und ich habe das Gefühl, daß es Aufgabe unserer Regierungsstellen sein müsse, die Bevölkerung aufzuklären, zu warnen, daß sie diesen Leuten nicht hineinfällt, und daß diese Angelegenheit auch ein Schrei nach dem Staatsanwalt ist. Hoher Landtag! Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß der Staatsanwalt zur Stelle ist, wenn eine Keuschlerin oder ein Bäuerlein für den Liter Milch um ein paar tausend Kronen zuviel verlangt. Wenn aber eine Börsenfirma Milliarden und Hunderte von Milliarden Kronen auf verbrecherische Art dem ganzen Volk geraubt hat, gestohlen hat und neuerliche Versuche macht, anstatt ihr eigenes Vermögen in die Schanze zu werfen, die Lücken dadurch auszufüllen, daß sie Unschuldige hineinzuziehen trachtet, um die auch noch ins Unglück zu bringe, da hört und sieht man nichts vom Staatsanwalt. Eine weitere Begründung ist nicht notwendig. Wir stellen daher an den Herrn Landeshauptmann die dringliche Anfrage:

„Was gedenkt der Herr Landeshauptmann bei der Bundesregierung in Wien zu unternehmen, um die Bevölkerung vor Schädigungen durch diese Bankfirmen zu bewahren?“

Ich möchte noch hinzufügen, daß es wünschenswert wäre, wenn von der Regierung auch jene Firmen der Bevölkerung bekanntgegeben werden würden, vor denen man sich hüten muß.

**Dr. Rinfelen:** Hohes Haus! Ich bin zwar persönlich der Ansicht, daß in der in Rede stehenden Angelegenheit zunächst eine unmittelbare Belehrung der Bevölkerung durch die Abgeordneten, Bürgermeister, die heimischen Kreditinstitute usw. einzugreifen hat, werde aber nicht ermangeln, dem Wunsche der Herren Anfragesteller zu entsprechen, die Bundesregierung in Wien von dem Inhalt der Anfrage ehestens in Kenntnis zu setzen und ihr ein Einschreiten im Sinne der Anfrage nahezu legen.

**Ing. Wihany:** Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Wechsellrede.

**Präsident:** Ich stelle die Unterstüßungsfrage. (Die Unterstüßung wird gegeben.)

**Schreckenthal:** Hohes Haus! Es hat bereits zur Begründung unserer dringlichen Anfrage der Herr Abg. Hartleb eine Reihe von Momenten angeführt, die uns veranlaßt haben an den Landeshauptmann die Bitte zu richten, im Wege der steirischen Landesregierung bei der Bundesregierung das Notwendige zu veranlassen. Es ist keine Frage, daß wir in diesen Zirkularen, von denen sich eines im Original im Besitze des Kollegen Hartleb befindet, ein System sehen. Es wird der Bevölkerung unter Vorpiegelung, eine außerordentlich große Zinsenvergütung zu geben, Kapital herausgelockt, das sie nicht zurückerhält. Mir selbst ist vom Wiener Bankhaus Brunner ein Offert zugekommen, worin mir für täglich kündbares Geld eine 50prozentige Verzinsung pro Jahr versprochen wird. Wenn diese Zirkulare in die Bevölkerung hineingebracht werden, so besteht die Gefahr, daß einer oder der andere auf diesen Leim geht. Wir können heute sehen, daß eine Reihe von kleinen Firmen sich in großen Schwierigkeiten be-



findet, und daß jedenfalls die Einleger, die durch die hohen Zinsenversprechungen verlockt, ihr Kapital hergegeben haben, weder die Zinsen noch das Kapital zurückbekommen werden. Es ist in früheren Zeiten Regel gewesen, daß man sich die Frage vorgelegt hat, was will man mit seinem Kapital machen, will man gut essen, so legt man es in Aktien an, will man gut schlafen, so legt man es in mündelsicheren Papieren an. Heute legt man sich wieder die Frage vor, was ist die Verzinsung bei diesen oder jenen Papieren. Gerade durch diese völlige Umkehrung in der Verzinsungsfrage wird es wieder möglich sein, daß Anleihen gegeben werden können. Die Bevölkerung wird sich sagen, mir sind sichere 6 oder 7 Prozent lieber als, weiß Gott, wie viele Prozent, die in der Luft hängen. Wir müssen unterscheiden zwischen Bankinstituten, Bankhäusern und Börsekomptoirs. Das Zirkular, das mir zugekommen ist, entstammt einem Börsenkomptoir, welche wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Wir müssen sehen, daß die Inhaber dieser Börsekomptoirs meistens eingewanderte Offiziere sind. Wir haben gesehen, wie im Laufe der Zeit, insbesondere in Wien, aber auch in Provinzstädten ein Geschäftshaus, ein Kaffeehaus nach dem andern verschwunden ist und in Bankhäuser umgewandelt wurden. Das erste was geschah, war, daß die Fenster vergittert wurden, damit die Direktoren sich leichter daran gewöhnt haben. (Heiterkeit.) Nun tritt der Rückschlagsprozeß ein. Wir sehen, daß die Bankfirmen die Geschäfte aufgeben, und daß wieder Kaffeehäuser oder ähnliches in diese Lokale hineinkommen. Wir befinden uns wieder in einer Übergangszeit. Es ist fraglos, daß es traurig ist, daß die gesamte Volkswirtschaft in Österreich durch die Frankenspekulation in Mitleidenschaft gezogen wird. Man darf sich von Schlagworten nicht leiten lassen. Die Stützungsaktion der Regierung ist vollauf begründet, denn sie soll die Auswirkung der Börsenkrise mildern. Das vermögen viele nicht entsprechend einzuschätzen. Es geht auch Handel und Gewerbe und Landwirtschaft an. Die verminderte Kaufkraft wird eine Krise hervorrufen, wie wir sie heute nicht absehen können. Es ist traurig, wenn man sieht, daß diejenigen Leute, welche aus der Verarmung des Mittelstandes reich geworden sind, ihr Geld nicht an den Staat zurückverloren haben, sondern an Amerika, weil die Amerikaner Schwänze gemacht haben, wie man an der Börse sagt, wie sie in der Welt bisher noch nicht vorgekommen ist. Sie haben die Frankenspekulation eingewängt, so daß die Frankenspekulanten nicht nur in Österreich, sondern in allen Ländern um ihr Vermögen gebracht wurden. Man kann sagen, daß sich an der Frankenspekulation nur diejenigen Kreise beteiligt haben, welche seinerzeit an der Kronenentwertung und Marktentwertung profitiert haben.

Es ist keine Veranlassung für die Bevölkerung, gegen die alten soliden Banken eine Mißtrauen zu hegen. Es ist aber an der Zeit, daß von Regierung wegen eingegriffen wird, daß die Bevölkerung aufgeklärt wird, sei es durch die Regierung oder durch ihre Vertreter, daß sie diesen Offerten der Wiener Bankfirmen nicht aufsißt. Ich möchte den Herrn Lan-

deshauptmann nochmals bitten, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit die Bundesregierung in der kürzesten Zeit energisch diesen Unfug abstellt.

**Winkler:** Hohes Haus! Als bekannt wurde, daß viele Milliarden durch die Frankenspekulation in Österreich verloren gegangen sind, wurde die Öffentlichkeit sofort beschwichtigt, daß das nicht so arg sei. Wir ersehen aber aus den Mitteilungen der letzten Tage und der letzten Woche, daß es viel ärger ist als wir uns vorzustellen vermögen. Daß es viel ärger sein muß, ergibt die Tatsache, daß österreichische Großbanken, so die Allgemeine Depositenbank, die doch zu den großen Banken zählt, selbst ins Wanken kommt, so daß ein Syndikat gebildet werden muß, bestehend aus den fünf anderen Großbanken, um diese Bank über Wasser zu halten. Daraus ergibt sich eine wenig tröstliche Klärung der wirtschaftlichen Lage in Österreich. Wir hören, daß die Deutsche Bodenbank in Schwierigkeiten geraten sei, sie ist von jemand anderen übernommen worden, daß die Allgemeine Industriebank kaputt gegangen ist, ebenso Kalmar & Co., die Austro-Polnische Bank, und wir wissen nicht, wie viele andere Banken auch noch davon betroffen sind. Die ganze Stützungsaktion hält sich in ein ungeheures Schweigen, weil nur jene publizistischen Mitteilungen erlassen werden, über die die Stützungsaktion nichts mehr verheimlichen konnte. Wir müssen feststellen, daß diese Frankenspekulation und der Börsenkrach naturgemäß auf die wirtschaftliche Lage von ungeheurem Einfluß war, und daß wir die Auswirkungen für die schaffenden Stände in diesem Staate erst fühlen werden. Denn durch die Spekulation sind nicht nur reiche Leute arm geworden. Um die braucht uns nicht leid zu sein, wenn auch unser Finanzminister den Steuerentgang zu beklagen haben wird. Wir sind der Meinung, daß diese großen Spekulanten es sehr gut verstanden haben, die Steuern zu hinterziehen, daß diese Hochverräter an Österreich instände waren, den Staat um Milliarden an Steuern zu betrügen. Es braucht uns daher nicht leid zu sein darum, daß diese Leute um einige Milliarden ärmer geworden sind. Etwas anderes ist es aber, wie die schaffenden Stände, der Gewerbestand, die Kaufleute, die Landwirte, das Publikum sich zu dieser Frage verhalten werden, und da finden wir, daß dieser Börsenkrach, diese Frankenspekulation von ungeheurem Schaden für alle Berufe war. Es ist von meinem Parteigenossen Hartleb ganz richtig hervorgehoben worden, daß es nicht nur notwendig sei das Preistreibergesetz anzuwenden, sondern daß Wuchergesetze geschaffen werden müßten. Es muß aber bei dieser Gelegenheit auch auf die Tätigkeit und die Funktionen der Nationalbank in Österreich hingewiesen werden. Diese als Nachfolgerin der Österreichischen-ungarischen Bank übt tatsächlich die Funktionen einer Notenbank aus. Sie hat den Zinsfuß zu regeln. Diese Tätigkeit der Nationalbank, die heute Privatbank ist, aber das Privilegium besitzt, Noten zu drucken, die kann uns nicht gleichgültig sein. Wir hören, daß auch diese beteiligt ist an der Stützungsaktion. Ich meine, daß man dadurch, daß die Nationalbank den Finanzkapitalisten und dem Spekulationskapital immer wieder die Mittel



vorgeschossen hat, mit billigem Gelde spekulieren zu können, auf der anderen Seite aber für Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft zugeknöpfte Taschen hatte, erst jetzt den Ernst der Situation erkennt. Die Krise, die aus der verunglückten Spekulation, aus dem Börsenkrach und aus der Arbeit dieser Elemente entsteht, welche bedeutenden Schwierigkeiten dadurch in der Kreditbeschaffung für die wirklich schaffenden Stände im Staate eingetreten sind, kann gar nicht abgeschätzt werden. Was werden die kleinen Geschäftsleute, die Industrie und die Gewerbetreibenden machen, die bei der Depositenbank ihre Kredite gekündigt bekommen, weil diese nichts anderes war als eine Spekulationsbank, an deren Spitze Juden gestanden sind, die sich ausschließlich mit Spekulationen beschäftigt haben? Wo werden diese Geschäftsleute ihren Kredit nunmehr bekommen, nachdem sie hier die Kredite gekündigt erhalten? Aber auch vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Bevölkerung, ich habe das bereits in meiner Budgetrede ausgeführt, ist die Kreditfrage von großer Bedeutung. Wenn Gelder verwendet werden müssen für diese Stützungsaktion und wenn wir wissen, daß die Nationalbank für Hypothekarkredite nichts übrig hat, so erkennen wir die große Gefahr, in der wir uns heute befinden, eine katastrophale wirtschaftliche Schädigung, die diese Hochverräter an unserer Wirtschaft betrieben haben. Es ist schließlich unsere Sache als freigewählte Volksvertreter in diesem Landtage unsere mahnende Stimme zu erheben und den Herrn Landeshauptmann zu bitten, die Bundesregierung aufmerksam zu machen, daß sich der Landtag mit diesen Dingen beschäftigt, daß der Landtag den Ernst der Stunde erkennt, und daß man endlich damit Schluß machen müsse in Österreich, die Großkapitalisten in Österreich immer zu protegieren. Andererseits raten wir als Vertreter der Bauernschaft, daß diesen Spekulanten endlich einmal bei den Steuervorschreibungen andere Ziffern vorgeschrieben werden. (Leichin: „Sehr richtig!“) Es geht nicht an, daß die arbeitenden Klassen heute zahlen bis zum Weißbluten, während auf der anderen Seite es möglich ist, daß zum Beispiel B o s e l, der vor 4 Jahren noch Kommiss war, der mit Kleidern handelte, Kleidergeschäfte für das Ministerium für Heerwesen machte, heute ja vielleicht nicht mehr zu den reichsten Leuten gehört, aber vor einigen Wochen noch zu den Reichsten gehört hat. Wir müssen uns da fragen, wie viele Milliarden an Steuerhinterziehungen mag sich der zu Schulden haben kommen lassen. Österreich ist das Paradies der Spekulanten auf der einen Seite, während auf der anderen Seite, die anderen Stände, die schwer arbeiten, die ungeheuren Steuerlasten, die Grundsteuer, die Einkommensteuer nicht mehr zu ertragen vermögen. Es wird sehr gut und gesund sein, daß sich die Öffentlichkeit mit diesen Dingen beschäftigt, daß wir endlich einmal aus diesem Sumpf der Spekulation herauskommen, daß die Bevölkerung diesen Spekulationsbanken endlich den Rücken kehrt und den heimischen Instituten ihre Einlagen anvertraut, damit nicht, wie wir es bei der Depositenbank gesehen haben, die Raiffeisenkassen gezwungen werden, den Zinsfuß des-

halb hinaufzusetzen, weil die Depositenbankfilialen einen schweren Schaden durch das Hinauslizitieren des Zinsfußes angerichtet haben. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann bitten, in energischer Weise der Bundesregierung unseren Standpunkt klarzumachen. (Beifall.)

**Oberzaucher**: Hohes Haus! Ich möchte auch im Namen unserer Partei zu dieser dringlichen Anfrage des Bauernbundes einige Worte sagen und meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, daß man erst jetzt, nachdem diese Frankenspekulation verunglückt ist, besonderes Aufheben von der Sache macht. Man hätte eigentlich die Spekulation schon viel früher bekämpfen sollen, denn es ist doch bekannt, daß seit dem Jahre 1918, seit verschiedene Währungen gepurzelt sind, von den Banken fortwährend spekuliert wird; es ist bisher nur immer ziemlich glücklich spekuliert worden und die Banken haben damit schweres Geld verdient. Die Folge dieses Verdienstes war allerdings, daß der Zinsfuß für Kredite, für Industrie- und Handelskredite, ganz unerschwinglich geworden ist. Wir müssen darauf verweisen, daß trotz des Bewußtseins, daß durch diese Spekulationen der Zinsfuß in den letzten Jahren unerträglich geworden ist, niemand Schritte gegen die Spekulationen unternommen hat, weil die Spekulationen immer glücklich und zum Vortheile der Banken geendet haben. Ich erinnere daran, daß vor gar nicht so langer Zeit eine Enquete stattgefunden hat wegen Herabsetzung des Kreditzinsfußes. Diese Enquete ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen, man hat einige Tage herumgeredet, nichts sagende Beschlüsse gefaßt, aber der Zinsfuß wurde nicht heruntergesetzt. Bei diesen Beratungen haben auch die Vertreter der Industrien eine gewisse Rolle gespielt. Diese hätten Ursache gehabt, bei den Verhandlungen auf eine Herabsetzung des Zinsfußes zu dringen. Wir haben aber das Schauspiel erlebt, daß sie den Standpunkt eingenommen haben, es sei nichts zu machen. Diese Haltung ist damit begründet, weil die Vertreter der Industrien zum allergrößten Teile gleichzeitig maßgebende Aktionäre der Großbanken sind. Das Industrie- und Bankkapital ist so innig verknüpft, daß es an einem Herabsetzen des Zinsfußes scheinbar nicht interessiert war. Diese ganze Aktion ist deswegen gescheitert. Die Banken haben in der letzten Zeit, in den letzten Jahren, ihre volkswirtschaftliche Aufgabe schlecht erfüllt, durch Spekulationen ungeheure Gewinne gehabt, das war allgemein bekannt und man hat trotzdem dagegen nichts unternommen. Jetzt ist die Sache einmal zum Unglück der Spekulanten und der Banken ausgegangen und nun kommt man darauf zurück, daß diese Spekulationen volkswirtschaftlich sehr schädlich und ein Verbrechen seien, was sie auch wirklich sind. Wir erklären im Namen unserer Partei, daß wir die heutige Stellungnahme gegen die Spekulation der Banken nur begrüßen und daß wir deswegen die dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann nur wärmstens unterstützen können.

**Steiner**: Hohes Haus! Auch ich möchte namens der Großdeutschen zu dieser Angelegenheit mit einigen Worten Stellung nehmen. Wir haben die Anfrage,



die von Seite des Bauernbundes in dieser Angelegenheit gestellt wurde, auf das wärmste begrüßt. Wir alle sehen, wie außerordentlich die Schwierigkeiten sind, die sich für Handel und Gewerbe aus dem Mangel an Geldflüssigkeit ergeben und wir sehen, daß die Kreditansprüche fortgesetzt zurückgehen, weil Gewerbe und Industrie unmöglich imstande sind, diese außerordentlich hohen Zinsen zu bezahlen und sie in ihre Kalkulation hineinzunehmen, die von den Banken verlangt werden. Wir müssen zu dem Zustande zurückkommen, daß wieder normale Zinsverhältnisse im Staate Österreich Eingang finden. Ich glaube aber, daß die wesentlichste Schuld an diesem außerordentlichen Geldmangel und an den hohen Zinssätzen gerade in dem liegt, daß die Spekulation in Österreich Formen angenommen hat, die das wirtschaftliche Leben auf das alleräußerste gefährden. Es ist heute gewiß mit allem Recht Kritik geübt worden an jenen Elementen, die am Volksleben saugen und sich in ganz unberechtigter Weise durch ungeheure Spekulationen maßlos bereichern. Es darf aber nicht übersehen werden, daß das spekulative Moment in Österreich weit über jene Kreise hinausgegriffen hat und daß weite Schichten der österreichischen Bevölkerung aus allen Gesellschaftskreisen sich an den Spekulationen beteiligten, was mir im Interesse unseres Volkswohlstandes außerordentlich gefährlich erscheint. Wenn es möglich wäre, die Auswirkungen der verfehlten Frankenspekulation zu verfolgen, so würden wir vielleicht bemerken, daß auch ein Teil der Beamenschaft, des Gewerbes und der Industrie in Mitleidenschaft gezogen worden sind, und wenn wir fragen, wieso es so weit kommen konnte, dann, sehr verehrt, hohes Haus, dann dürfen wir eines nicht übersehen, daß diese Hypertrophie an Banken, unter der wir zu leiden haben, ungeheuer viel zu diesem beklagenswerten Zustande beiträgt. Wir alle wissen, welchen ungeheuren Aufschwung das Bankwesen auch in Graz genommen hat. Vor wenig Jahren noch, in den Jahren vor dem Kriegsbeginn, haben wir in Graz drei oder vier Bankinstitute gehabt und heute finden Sie in jedem vierten und fünften Haus in der inneren Stadt eine Bankfiliale. Es ist natürlich, daß diese ihre bedeutende Spesenlast auf dem ordentlichen Wege der Kreditgewährung beziehungsweise auf dem einfachen Wege des Geldverkehrs unmöglich bestreiten können und nach der spekulativen Richtung arbeiten müssen und das Publikum gleichfalls zum Spekulieren animieren. Aus den Mitteilungen des Herrn Abg. Hartleb ist hervorgegangen, mit welcher verwerflichen Mitteln man versucht, das Publikum in diese Spekulationen hineinzutreiben. Und ich meine, verehrtes Haus, daß gerade in diesem Umstande, daß der Finanzausschuß bei der Behandlung der Lohn- und Gehaltsabgabe eine gewisse Staffelung zwischen einheimischen und fremden Instituten in Vorschlag gebracht hat, gewissermaßen ein Wegweiser gezeigt wurde, wie das Land etwas beitragen soll und kann, damit diese Überfälle an Geldinstituten langsam abgebaut werde. Ich betone, auch hier soll endlich einmal mit dem Abbau begonnen werden. Wir haben einheimische, reelle und anständige Institute genug,

wir benötigen nicht jene Anzahl fremder Bankfilialen, die das Publikum in die Spekulation hineintreiben. Auch wir Großdeutsche werden es dankbar empfinden, wenn der Herr Landeshauptmann da energische Schritte unternimmt, wenn er eingreift und dafür sorgt, daß die Hereinziehung des Publikums in die Spekulation und damit die wirtschaftliche Gefährdung weiter Schichten der Bevölkerung möglichst hintangehalten wird.

**Reisel:** Hohes Haus! Der Herr Abg. Hartleb hat eine dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann in Angelegenheit der Banken gerichtet; er hat darauf verwiesen, daß die Banken jetzt frachten, Gelder zu bekommen und daß sie einerseits dazu einladen, Einlagen zu machen, daß sie aber andererseits auch Kredite, die sie hinausgegeben haben, jetzt einziehen. Er hat den Herrn Landeshauptmann gefragt, ob er bereit ist, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die Bevölkerung gewarnt wird, den Banken unter solchen Umständen Geld zu geben, da, wie der Herr Kollege Landesrat Winkler erklärt hat, sonst die Gefahr vorhanden ist, daß Banken, die bereits bankerott sind, Spareinlagen entgegennehmen. Unmittelbar sind die Angehörigen meiner Partei an der Sache nicht interessiert. Bei uns besteht weder die Gefahr, daß wir besondere Einlagen in den Banken machen, noch die Gefahr, daß uns die Darlehen seitens der Banken gekündigt werden, soweit es uns persönlich betrifft. Allerdings sind auch die Körperschaften, die wir verwalten, auf Bankkredite angewiesen. Die Banken haben ursprünglich die Aufgabe der Geldvermittlung gehabt, soviel ich mich erinnere. Ich war nie ein besonderer Bankfachmann, obwohl ja von der Gegenseite behauptet werden kann, daß ich im Vorstande einer Bank sitze; aber die Geschäfte der Bank, der ich angehöre, wickeln sich innerhalb sehr bestimmter Grenzen ab und haben mit dem allgemeinen Bankwesen absolut nichts zu tun. Die Bank, die wir haben, der wir angehören, ist eine Genossenschaftsbank und besorgt nur den Geldverkehr innerhalb ganz bestimmter Kreise. Der ursprüngliche Zweck der Banken war, aus der Bevölkerung das Geld herauszusaugen und es wieder der Industrie, dem Gewerbe usw. zur Verfügung zu stellen, das heißt, die Volkswirtschaft zu befruchten. Mit der Zeit sind aber die Banken, und besonders in den letzten Jahren, nicht mehr die Volkswirtschaft befruchtende Körperschaften geblieben, sondern sie sind Körperschaften, die mitunter die wüßteste Spekulation treiben. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, daß ein großer Teil unserer Industriellen zugleich Mitglieder von Bankverwaltungen sind und daß es heute schwer fällt, zu unterscheiden, wo fängt der Industrielle an und wo hört der Bankenvertreter auf, oder wo fängt nach dem Industriellen der Bankenvertreter an. Aus den verschiedenen Erfahrungen in Körperschaften, in welchen wir das Interesse der Allgemeinheit zu vertreten haben, können wir feststellen, daß es sehr schwer ist, zu unterscheiden, ob das Interesse eines Industriellen an einer Bank oder an seiner industriellen Unternehmung das größere ist. Die Banken können heute ihre ursprüngliche Aufgabe nicht er-



füllen, weil es ganz undenkbar ist, daß Industrie, Handel und Gewerbe, rechnen wir dazu auch noch den Verkehr, so ungeheure Summen für Zinsen aufbringen, als verlangt werden. Was müßte beispielsweise die Industrie abwerfen, wenn sie Kredite aufnimmt, um Investitionen zu machen oder um Rohmaterial einzukaufen, wo sich das Geld nicht innerhalb ganz kurzer Zeit umsetzt, wenn sie für solche Kredite 40, 50, ja bis zu 60 Prozent bezahlen muß? Was müßte ein Handelsmann verdienen, der sich sein Warenlager auf Grund von Bankkrediten anlegt, das er ja auch nicht gleich umsetzt, wenn er Bankzinsen bis 40 und 60 Prozent zu leisten hätte? Oder was müßte der Kleingewerbetreibende verdienen, wenn er auf Grund von Bankkredit sein Geschäft einigermaßen vergrößert oder Werkzeug und Rohmaterial einkauft? Es ist merkwürdig, daß erst jetzt einigermaßen gegen die Banken vorgegangen wird, daß in der Öffentlichkeit etwas gegen die Banken Stimmung gemacht wird oder sich eine Stimmung gegen die Banken ergibt. Der Zustand dauert schon ziemlich geraume Zeit. Wenn die Arbeiter nur ein paar Prozent Lohnerhöhung von der Industrie verlangen, gibt es immer einen großen Krieg. Bisher ist aber kein Krieg entstanden zwischen der Industrie und den Banken wegen der hohen Zinsensätze. Es ist ein vollständig arbeitsloses Einkommen, das die Banken haben. Die Banken hatten auch bis vor kurzem einen großen Teil der Industripapiere in der Hand, in ihrem Besitze. Augenblicklich wird natürlich sehr viel von den Banken gesprochen, weil sie sich zum Teil in Nöten befinden. Die Frankenspekulation war eine Spekulation, die leider nicht die Vermögen innerhalb der Grenzen Österreichs verschoben hat, sondern die österreichischen Vermögen nach dem Ausland verschoben hat. Wenn die Frankenspekulation sich innerhalb der Grenzen Österreichs abgepielt hätte, wenn nur ein Österreicher den andern bei dieser Frankenspekulation über das Ohr gehaut hätte, so wäre das Geld im Lande geblieben, so wäre zu hoffen gewesen, daß dieses Geld wieder der Volkswirtschaft zugeführt wird. Es hatten sich vor der Frankenspekulation sehr starke Ansätze gezeigt, daß die Bevölkerung wieder beginnt, ihr Geld in die Sparinstitute zu legen. Nun aber gerade durch die jetzigen Vorkommnisse wird die Bevölkerung alarmiert. Es handelt sich im einzelnen nicht immer um ungeheure Summen, denn auch kleine Beträge machen eine Masse. Jetzt, wo die Bevölkerung alarmiert ist, ist sie mit ihren Spareinlagen sehr vorsichtig. Es ist allerdings richtig, daß auch heute noch einzelne Banken durch besondere Angebote von hohen Zinsen noch Spareinlagen bekommen. Im allgemeinen aber steht die Bevölkerung den Banken jetzt sehr mißtrauisch gegenüber. Kollege **Oberzauer** hat vollständig mit Recht erklärt, daß es jetzt schon ein bißchen spät sein dürfte; warum hat man keine Schritte dagegen unternommen, wie die Frankenspekulation eingeseht hat, warum hat man sie damals schrankenlos gewähren lassen? Mag sein, daß man auch gehofft hat, daß bei der Frankenspekulation für die österreichischen Schieberkapitalisten ein großer Gewinn heraussehen würde, aber ebenso wie bei jeder Speku-

lation, hatte man auch das Recht, anzunehmen, daß dies bei dieser Spekulation fehlgehen kann. Kollege **Schreckenthal** hat gesagt, ob es so arg sei, er glaube es nicht, es werde viel mehr geredet, als wahr sei. Verehrte Damen und Herren! Das eine dünkt mir, ich kann es natürlich nicht eidlich behaupten, es liegen nach der Richtung keine Ziffern vor, daß die österreichischen Schieberkapitalisten bei dieser Frankenspekulation mehr verloren haben, als die Sanierungskredite betragen, die wir vom Auslande bekommen haben. (Zwischenruf: „Bedeutend mehr!“) Uns ist, wie die Sanierung eingeleitet wurde, gesagt worden, daß wir ohne besondere Schädigung unserer Industrie unmöglich im Lande die Summe des Sanierungskredites aufbringen könnten. Nun, wir sind seit der Sanierung nicht reicher geworden, denn mit der Sanierung hat zugleich auch eine Geschäftskrise in Österreich eingeseht und wir können nicht behaupten, daß innerhalb dieser Zeit in Österreich soviel mehr produziert wurde, daß wir einen solchen Überschuß aufzuweisen gehabt hätten, wie er jetzt bei der Frankenspekulation zum Vorschein gekommen und wie er leider auch verloren gegangen ist. Es sagt uns unsere Handelsbilanz, daß wir nicht reicher, sondern ärmer geworden sind, und es zeigt sich, welch schädlicher Art von Wirken sich die Banken in der letzten Zeit hingegeben haben. Es liegt uns ferne, diese ganze Frage aufzurollen, es sind ja unsere Parteigenossen in Wien in der letzten Zeit wiederholt Sturm gelaufen, auch glaube ich nicht, daß diese Frage im steirischen Landtage gelöst werden wird. Aber eines ist sicher, diese Erscheinungen sind Erscheinungen der Gesellschaftsordnung, die Sie verteidigen, das sind Auswüchse der kapitalistischen Ordnung. Sie sind freilich eher geneigt, für die Schäden, die da aufscheinen, die Sozialdemokraten verantwortlich zu machen. Wir aber müssen darauf verweisen, daß gerade diese Art der Ordnung solche Auswüchse zeitigen kann. Die Regierung ist den Banken in Bezug auf die Besteuerung und in sonstigen Dingen sehr entgegengekommen, ohne sich einigermaßen durch unser Einwirken beeinflussen zu lassen, gegen dieses schädliche Treiben der Banken aufzutreten und die Bevölkerung vor Übervorteilungen zu schützen. Bezeichnend ist, daß der Herr Generalkommissär, der erklärt, daß er keinen Heller hergibt, ohne eine Bedeckung zu haben, sich ungemein für die Stützungsaktion der Banken eingeseht hat. Hier hatte er also Geld zur Verfügung, man sieht daraus, die Banken sind Fleisch von Ihrem Fleische.

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, damit erscheint dieser Punkt erledigt.

Unvorhergesehenerweise hat sich die Debatte in die Länge gezogen, so daß die fünfte Tagesstunde überschritten ist. Ich möchte aber trotzdem, wenn keine Einsprache erhoben wird, die nächste dringliche Anfrage zur Behandlung bringen, und zwar die dringliche Anfrage der Abg. **Wallisch** und Genossen an den Landeshauptmann wegen der von einer Reihe von Wählern der Gemeinde Breitenau bei der Landesregierung eingebrachten und bisher noch nicht erledigten Beschwerde gegen den Bürgermeister Johann



Koller in Breitenau. Zur Begründung der Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. Wallisch das Wort.

**Wallisch:** Hohes Haus! Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei haben schon vor einer Woche jene Mißstände zur Sprache gebracht, die in der Gemeinde Breitenau herrschen. Sie waren der Meinung, daß der Herr Landeshauptmann oder einer der zuständigen Herren Landesräte auf diese, unsere Beschwerde antworten werde. Es ist in dieser Angelegenheit schon vor zwei Monaten eine Beschwerdeschrift an die Landesregierung vorgelegt worden und was beinhaltet diese Beschwerdeschrift? Es ist ja allgemein bekannt, daß zu Beginn des Monats Februar die Bürgerlisten aufgelegt werden mußten, die Bürgerliste, die nach der neuen Wohlordnung nicht Wähler-, sondern Bürgerliste heißt. Diese Bürgerliste wurde mit dem Datum vom 31. Jänner erst am 7. oder 8. Februar endgültig abgeschlossen, das Einspruchsrecht war bereits am 14. Februar abgelaufen, so daß also die Leute in ihrem Rechte verkürzt waren, es war ihnen nicht möglich, die gesetzlich vorgeschriebene Zeit auszunützen. Auf einen Einspruch der sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderates hat der Herr Bürgermeister selbstherrlich geantwortet, es ist alles in Ordnung, er wird gar nichts mehr machen. Es wurde also, da die Liste erst am 7. Februar aufgelegt, aber auf den 31. Jänner zurückdatiert wurde, offenbar eine Urkundenfälschung vorgenommen. Darüber wurde nun eine Anzeige erstattet, es wurden die Personen namhaft gemacht, und die Leute haben sich bereit erklärt, festzustellen, daß hier etwas nicht in Ordnung ist. Die Landesregierung hat absolut nichts getan, denn uns ist nicht bekannt, daß in der Angelegenheit etwas geschehen wäre. Aber damit ist noch nicht genug; in dieser Gemeinde haben die Bürgerlichen die Mehrheit und man sollte meinen, da ja die Bürgerlichen immer so auf die Ordnung schauen, daß die Mehrheit in der Gemeinde zumindest bestrebt sein werde, die bestehenden Gesetze einzuhalten.

Im Sinne des Gesetzes muß der Bürgermeister im letzten Monate des Vorjahres für das kommende Jahr einen Voranschlag ausarbeiten, der Bürgermeister muß also den Jahresvoranschlag dem Gemeinderate vorlegen. Es ist das die einzige Gelegenheit, wo eine Minderheit mit der herrschenden Mehrheit des Gemeinderates eine gründliche Aussprache pflegen, wo sie ihre Meinungsverschiedenheiten und Wünsche zum Ausdruck bringen und versuchen kann, irgend welche Wünsche durchzusetzen. In jeder öffentlichen Körperschaft tut man das und wir sehen es ja auch hier, daß wir uns schon über eine Woche mit dieser Frage beschäftigen. Der Herr Finanzreferent des Landes Steiermark — wir haben zwar kein besonderes Vertrauen zu ihm —, aber das eine müssen wir feststellen, er hat jedenfalls das Gesetz eingehalten und hat sich rechtzeitig für einige Monate ein Provisorium beschließen lassen, wir haben dem zugestimmt, später wurde dieses Provisorium einen Monat verlängert und heute nehmen wir Stellung zum Voranschlag. Die Gemeinde Graz hat ihren Voranschlag für 1924 schon längst unter Dach, die meisten Industriegemeinden, die von Sozialdemokraten verwaltet

werden, haben entweder bereits den Voranschlag oder ein Provisorium beschlossen. Die bürgerlichen Parteien, besonders die Wirtschaftspartei, in den von Sozialdemokraten verwalteten Gemeinden, sind eifrig bemüht, strenge darauf zu achten, daß der sozialdemokratische Bürgermeister alle diese Vorschriften genau einhält. In Breitenau ist nun ein großdeutscher Bürgermeister und heute noch — wir befinden uns schon im Mai — hat er für das Jahr 1924 noch keinen Voranschlag und auch kein Budgetprovisorium der Gemeindevertretung vorgelegt, er wirtschaftet und arbeitet, wie er will, er sagt niemanden, wieviel Einnahmen und Ausgaben sind, und das ist ja viel angenehmer, als wenn Gegner da sitzen, die genau aufpassen, daß im Sinne des Gesetzes vorgegangen und kein Teil der Bevölkerung benachteiligt wird. Nach dem Gesetze ist kein Mensch verpflichtet, diesem Bürgermeister auch nur einen Heller abzuführen, weil er kein Recht hat, Gelder einzuheben. Auch unsere Herren in der Gemeindevertretung haben immer die Einhaltung des Gesetzes verlangt, es ist ihnen aber immer von den Bürgerlichen geantwortet worden, so etwas sei nicht notwendig. Der Vertreter der Großdeutschen, Herr Hornik, hat sogar behauptet und gesagt, ich soll nachweisen, wo vorgeschrieben ist, daß eine Gemeinde ein Provisorium beschließen muß. Aber wo steht es denn vorgeschrieben, daß der Bürgermeister ohne Beschluß des Gemeinderates Gelder ausgeben darf? Es steht doch im Gesetze genau niedergeschrieben, daß der Bürgermeister sich die Ausgaben vorher bewilligen lassen muß. Wir sind daher gezwungen, weil wir schon seit zwei Monaten auf eine Erledigung dieser Angelegenheit warten, weil die Herren Bürger im Gemeinderate von Breitenau glauben, daß die Sozialdemokraten vogelfrei sind, weil sie glauben, daß die christlichsoziale Mehrheit der Landesregierung ihnen alles erlauben wird und weil wir nicht wollen, daß eine Anarchie einreißen soll, deshalb sind wir gezwungen, an die Landesregierung die dringliche Anfrage zu richten (liest):

„1. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, gegen den Bürgermeister Johann Koller in Breitenau sofort eine strenge Untersuchung auf Grund der von einer Reihe von Wählern in der Gemeinde Breitenau bei der Landesregierung eingebrachten Beschwerde vom 25. Februar 1924 einzuleiten?“

2. Heißt es der Herr Landeshauptmann gut, daß sich Johann Koller kein Budgetprovisorium bewilligen ließ, trotzdem er bis heute einen Voranschlag für das Jahr 1924 nicht aufgestellt hat?

3. Ist der Herr Landeshauptmann bereit, dafür zu sorgen, daß die Erledigung der Beschwerde derart beschleunigt wird, daß die Gemeinderatswahlen in der Gemeinde Breitenau keine Verzögerung erleiden?“

Ich bitte, auf diese Anfrage eine richtige Antwort zu erteilen.

**Dr. Rintelen:** Auf die dringliche Anfrage der Abgeordneten Wallisch und Genossen wegen der von einer Reihe von Wählern in der Gemeinde Breitenau bei der Landesregierung eingebrachten Beschwerde



gegen den Bürgermeister Johann Koller in Breitenau, bin ich in der Lage, folgendes zu antworten:

Die genannte Beschwerde mußte selbstverständlich dem genannten Bürgermeister zur Äußerung und Rechtfertigung zugemittelt werden und auf Grund seiner Äußerung ist es auch notwendig geworden, unbedingt Erhebungen in der Gemeinde durchzuführen. Diese Erhebungen wurden in den letzten Tagen durch den Bezirkshauptmann von Bruck an Ort und Stelle vorgenommen und es ist sofort nach Einlangen des Berichtes der Bezirkshauptmannschaft die Angelegenheit der Landesregierung vorgelegt worden. Von irgend einem Versäumnis oder Verschleppung kann keine Rede sein. In der heutigen Regierungssitzung wurde vom Herrn Referenten, Landesrat Riegler, die Angelegenheit vorgetragen, doch konnte es noch nicht zur Beschlussfassung kommen. Ich möchte einer Beschlussfassung der Landesregierung im Gegenstande in keiner Richtung vorgehen, muß aber betonen, daß es nicht üblich ist, in den Gemeinden Budgetprovisionen, zumal in Landgemeinden, besonders zu bewilligen. Die Aufstellung der Voranschläge der Gemeinden sind im heurigen Jahre leider dadurch bisher nicht möglich geworden, weil der Landtag das so dringende Landesrealsteuergesetz noch nicht beschlossen hat. Dadurch ist keine Gemeinde in der Lage, die Zuschläge für den Gemeindehaushalt zu beschließen. Was den in der Beschwerde angeführten zweiten Beschwerdepunkt betrifft, wegen angeblicher Versäumnis der Auflegung der Wählerliste, so berichtet der Bezirkshauptmann, daß diese Beschwerde vollständig gegenstandslos sei. Wie ich höre, soll auch beim Kreisgericht in Leoben die Angelegenheit angezeigt worden sein, doch soll kein Grund zu einem Einschreiten vorgelegen haben. Ich will nicht unerwähnt lassen, daß Bürgermeister Koller in der Erfüllung seiner Pflichten bisher stets pünktlich und genau gewesen ist und sich als Bürgermeister des besten Rufes erfreut. Ich werde jedenfalls Sorge tragen, daß in der nächsten Regierungssitzung die Angelegenheit endgültig erledigt wird, so daß nach keiner Richtung eine Befürchtung für die Durchführung der Gemeinderatswahl in Breitenau begründet ist. (Beifall.)

**Präsident:** Somit erscheint dieser Punkt erledigt.

Ich erteile zur Fortsetzung seiner Rede in der Generaldebatte zum Landesvoranschlag Herrn Abg. Wolf das Wort.

**Wolf (Fortsetzung):** Hohes Haus! Ich habe mir vorhin gestattet, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, in Fohnsdorf eine Knaben- und Mädchenbürgerschule zu errichten und habe dabei auf die Schülerzahl verwiesen. Diese Zahl sagt, daß es notwendig ist, solche Bürgerschulen zu errichten, weil es unmöglich ist, daß die Schüler von Fohnsdorf und Kumpitz die Bürgerschule in Judenburg besuchen, weil die Bürgerschule in Judenburg nicht imstande ist, diese große Anzahl von Schülern aufzunehmen. Ich habe darauf verwiesen, daß es der Wunsch der Bevölkerung von Fohnsdorf und Kumpitz ist, eine Pflichtbürgerschule zu erhalten, um endlich das Wissen der Jugend zu heben, ich habe

darauf verwiesen, daß in einer Sitzung des Landtages im Mai 1923 im Einvernehmen mit allen Parteien der Beschluß gefaßt wurde, ein solches Gesetz vorzulegen, möchte aber zur Begründung dieser Angelegenheit noch erwähnen, daß die Landesregierung sich ebenfalls der Notwendigkeit der Errichtung dieser Doppelbürgerschule nicht verschließen konnte, und daß in der Landesregierungssitzung auf Antrag des Landesrates Paul, des Schulkreferenten des Landes, ein Beschluß gefaßt wurde, dieses Gesetz vor das hohe Haus zu bringen. In der Sitzung des Unterrichtsausschusses am 26. April ist nun auch der von mir vorher verlesene Protest der Alpinen Montangesellschaft vorgelegen. Dieser Protest ist nicht nur unrichtig in manchen Teilen, er ist auch im Tone unter der Würde gehalten und es ist verwunderlich, wieso der Referent für das Schulwesen diesen Protest wegen seiner Ungehörigkeit nicht an die Generaldirektion der Alpine zurückverwiesen hat. Ich meine, wenn hier von einem Krähwinkel geredet wird, so drückt sich darin die Mißachtung vor der Arbeiterbevölkerung in Fohnsdorf aus und es ist verwunderlich, daß die „Alpine“ die ihr Vermögen aus den Knochen der Bergarbeiter zieht, die Raubbau treibt, sich gestattet, von einem Krähwinkel zu reden, und daß die Landesregierung hiezu schweigt und sich gar nicht bemüht fühlt, in Ansehung der eigenen Würde das Schriftstück zurückzuweisen. Wenn weiter darin steht, daß in Fohnsdorf nur ein kleiner Teil der Bevölkerung die Angelegenheit gefördert wissen will, so möchte ich darauf verweisen, daß in Fohnsdorf eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit besteht und daß man doch nicht zu erwähnen braucht, daß das Bedürfnis nach einer Schule nicht eine politische Ambition darstellt, sondern eine Selbstverständlichkeit in einer Gemeinde mit sozialdemokratischer Mehrheit und also auch mit einer bildungsfreundlichen und bildungsbedürftigen Bevölkerung ist. Eine solche Verdrehung ist unangebracht und unwahr. Wenn von Privatambition gesprochen wird, so glauben wir, daß damit unser Parteigenosse und mein persönlicher Freund, Genosse Horvatek, gemeint ist. Es würde mir nicht zukommen, meinem Kollegen und Freund Horvatek ein Zeugnis auszustellen, dazu bin ich nicht berechtigt. Aber ich möchte sagen, daß der größte Teil der Bevölkerung dieses Gebietes in der Person des Herrn Lehrers Horvatek wirklich einen Führer des Volkes im besten Sinne des Wortes erblickt, soweit es sich um Sozialdemokraten in Fohnsdorf handelt und die sozialdemokratische Bevölkerung in Fohnsdorf ist doch der weitüberwiegende Teil der Bevölkerung dieses Gebietes. Ich möchte weiter darauf verweisen, daß Kollege Horvatek auch in der „Tagespost“ vom April v. J., also in einer Zeitung, die sicherlich nicht für uns schreibt und sicherlich nicht herausstreicht, was Sozialdemokraten leisten und wünschen, daß sogar die „Tagespost“, dieses uns feindliche bürgerliche Blatt, in einem längeren Artikel den Lehrer Horvatek lobend und rühmend erwähnt hat, wie er sich um die Weiterbildung der Kinder und der Bevölkerung in Fohnsdorf mit Erfolg bemüht hat und bemüht. Wenn man das Bemühen hat, diesen geistigen Antrieb, diesen



geistigen Motor, den ein Mensch darstellt, als lächerliche Privatambition hinzustellen, so ist damit die Feindseligkeit der „Alpinen Montangesellschaft“ dargestellt und bewiesen. Ich möchte es aber nicht unterlassen, wegen Errichtung der Bürgerschulen in Johnsdorf noch darauf zu verweisen, daß in der Sitzung des Unterrichtsausschusses am 26. April der Abgeordnete Zingl — nicht wahr, Herr Kollege? — ein Schreiben bei sich hatte, das er wahrscheinlich vom Herrn Siebenböck in Johnsdorf erhalten hatte, oder auf einem Umwege, der in dieser Sache der Führer ist, jedenfalls von dem Kreis um Herrn Siebenböck in Johnsdorf. (Dr. Enge: „Der Kreis scheint aber sehr zahlreich zu sein, nach den Unterschriften!“) Ich gebe zu, daß dort 60 Unterschriften darauf sind, ich sage sogar mehr, aber das bedeutet doch nichts in einem Gebiete mit einer Einwohnerzahl von 11.000 Menschen. Nehmen wir an, daß es 60 sind oder 100, 400 oder 1000, das ist zwar nicht der Fall, aber ich würde es ruhig zugestehen, denn das würde nichts beweisen, das ist eine lächerliche Minorität. (Zingl: „Wahrscheinlich sind das Steuerzahler!“) Sie sind auch der Meinung, daß immer derjenige, der das Geld zum Steueramt trägt, der Steuerzahler ist, nicht aber der Arbeiter und Verbraucher. (Dr. Enge: „Von uns wird doch auch Arbeit geleistet!“) Auch der Bauer zahlt Steuern, selbstverständlich, aber zu dieser Meinung müssen Sie sich doch auch einmal aufraffen, Sie dürfen doch nicht glauben, daß der Bergmann nicht in demselben Ausmaße seine Steuern zahlt, denn in demselben Ausmaße werden doch Ihre Produkte wieder austariert. (Doktor Enge: „Über die Schule wird ja von den Gemeindeumlagen erhalten!“) Ich komme auch darauf noch zu reden. Ich meine nun, die Bevölkerung von Johnsdorf wünscht die Schule und es würde über kurz oder lang, wenigstens im nächsten Jahr oder in zwei Jahren die Möglichkeit gegeben sein, tatsächlich mit dem Schulbau vorgehen zu können. Nun besteht aber schon das Projekt eines Schulhausbaues in Wasendorf. Man will also aus Gründen der Zerstückelung und aus dem Bedürfnisse, die Massen der Arbeiter auseinander zu halten, parzellieren, man will nicht das Schulwesen fördern, sondern Wasendorf abriegeln und dort wieder eine niederorganisierte Schule errichten. Es ist falsch, wenn die Herren sagen würden, ein Schulhausbau könne vermieden werden, ein solcher sei nicht notwendig. Die Herren, die den Protest einbringen, sind selbst dafür, daß eine Schule erbaut wird. Es dreht sich nur entweder um eine niederorganisierte Schule in Wasendorf oder um eine gemeinsame Bürgerschule in Johnsdorf und da gestatten Sie mir, daß ich meine, daß die ganze Bevölkerung, besonders die Arbeiterschaft dieser Gebiete, ganz allgemein der Meinung ist, man müsse eine Bürgerschule errichten und soll nicht Volksschulen ausbauen. Ein ganz selbstverständliches Verlangen! Man will das Bildungsniveau von Ihrer Seite herabsetzen oder bewirken, daß es gleich bleibt, während die Sozialdemokraten das Bedürfnis haben, das Bildungsniveau zu heben. Also diese Motivierung des Schulhausbaues stimmt nicht. In der Begründung des Protestes wird

auch gesagt, man sei daran, einen Lurusbau aufzuführen, einen Schulpalast usw. Tatsache ist, daß die Absicht besteht, 11 Klassenräume in einem Gebäude zu errichten, einen Zeichensaal, Nebenräume, die notwendigen Kabinette und eine Direktorenwohnung. Das wäre eine Wohnungsvermehrung auch in Ihrem Sinne. Die Kosten würden etwa 4 Milliarden Kronen betragen, wodurch dann die Steuerumlage höchstens 200 Prozent betragen würde, was immerhin als Belastung zu ertragen ist, weil in anderen Gemeinden die Belastungen viel höher sind und weil wir damit rechnen müssen, daß wir Kulturgüter ohne Geld nicht bekommen werden. Das ist der Gegensatz zwischen dem blanken Geldsackinteresse auf der einen Seite und dem Kulturbedürfnis auf der anderen Seite. Jetzt gegenwärtig wird in Johnsdorf überhaupt keine Umlage eingehoben. Es wäre auch notwendig, für Johnsdorf einen Baukredit zu bekommen. Es ist gar nicht Aufgabe des Unterrichtsausschusses, zur Frage des Schulhausbaues Stellung zu nehmen, weil das erst dann in Erwägung zu ziehen wäre, wenn die Gemeinde Johnsdorf von der Landesregierung die Einhebung der Gemeindeumlage bewilligt erhält, wie das in Donawitz tatsächlich der Fall war. Der Unterrichtsausschuß hat meiner Meinung nach die Aufgabe, zu der Frage der Notwendigkeit der Schullerrichtung Stellung zu nehmen. Das haben wir vorgebracht, diese Ansicht konnten wir aber nicht durchsetzen. Man ist steuerscheu, man fürchtet diesen Schulpalast, der nur in einem Gebäude besteht, also imaginär ist, man glaubt da an großzügige Bauten, man fürchtet glänzende Bauführung. Aber man will doch nur eine einfache Bürgerschule errichten. Wenn das Geseß zustandekommen würde, bestünde für ein, zwei Jahre die Möglichkeit, die Bürgerschule provisorisch unterzubringen. Es ist die Frage des Schulbaues nicht in erster Linie, die eine Rolle spielt, sondern in erster Linie steht die Bewilligung der Errichtung der Schule durch das Geseß. Wir können beifügen, daß der Beschluß bezüglich der Errichtung der Bürgerschule in Johnsdorf in der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen wurde, daß sich auch die Bürgerlichen in der Gemeindefube für die Schullerrichtung ausgesprochen haben. Die Gemeinden Johnsdorf und Kumpitz, beide Gemeindevertretungen, haben sich dafür ausgesprochen. Ich kann dem beifügen: Es ist dies wieder einmal ein Fall, wie er im Laufe dieser Debatte festgestellt, wiederholt festgestellt werden mußte, daß trotz einstimmiger Beschlüsse der Gemeindevertretungen nachträglich es irgend jemanden Außenstehenden einfällt, dagegen Protest zu erheben, und daß die bürgerlichen Parteien ohneweiters bereit sind, diesem einstimmigen Beschlüsse die Zustimmung zu versagen. Interessant ist die Tatsache, daß Herr Landesrat Paul in der Landesregierung der Errichtung der Bürgerschule zustimmt, und daß im Unterrichtsausschuße am 28. April seine eigenen Parteifreunde gegen den Antrag gestimmt haben. Man nennt dies eine Bloßstellung. (Regner: „Über Auftrag der Alpinen Montane!“) Das kann man nicht machen. Man kann nicht einmal „Hütt“ und einmal „Hott“ sagen, man kann nicht einmal so und einmal so arbeiten.



Landesrat Paul anerkennt die Notwendigkeit, begrüßt sie in der Landesregierungssitzung, stimmt zu, und seine Parteifreunde gehen in der Sitzung des Unterrichtsausschusses nicht mit, trotzdem eine wesentlich andere Lage gar nicht vorliegt. Wir müssen natürlich den Wunsch aussprechen und die Forderung erheben, daß das Schulhaus in Johnsdorf ebefstens gebaut wird. Wir würden es als Einseitigkeit empfinden, als eine absichtliche Hintanzetzung der Interessen des Arbeitergebietes, wenn trotz ausgesprochenen Bedürfnisses und trotz des einstimmigen Beschlusses einer solchen Gemeindevertretung die Herren der Gegenseite nur aus Gründen ihres Machtbewußtseins, sich Geltung verschaffen zu können, einem solchen Beschlusse die Zustimmung versagen.

Wenn ich mich besonders mit dem Schulbudget beschäftigt habe, so möchte ich noch einmal anführen, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei in diesem Landtage so wie in allen übrigen Ländern und in allen übrigen Vertretungskörpern strenge und gewissenhaft darüber wachen wird, daß dem Schulwesen des Landes kein Abbruch getan wird. Wir sind für den Fortschritt der Schule, wir kennen die Schule als ein außerordentliches Gut unseres Landes und wir werden trachten und mit Aufmerksamkeit darüber wachen müssen, daß sie sich weiterhin entwickeln kann nach den Bedürfnissen unserer Partei. Wir wollen deshalb die Schaffung eines demokratischen Schulaufsichtsgesetzes. Wenn hier in diesem Hause Landesrat Winkler gemeint hat, daß die Schule politisiert werde durch das Zusammengehen der Sozialdemokraten und Christlichsozialen in manchen Fragen bei Lehrerernennungen, so möchte ich sagen, daß eine solche Koalition nicht besteht, daß es aber vorkommen kann, daß beide Parteien die Stimme einem Bewerber geben. Ich möchte sagen, daß es nach meiner Meinung Demagogie ist, wenn ein Politiker hier behauptet, daß die Politisierung der Schule den Ruin derselben bedeuten würde. Dann lassen wir jede Demokratie ausgeschaltet. Denn bei dem Wesen der Demokratie ist es selbstverständlich, daß sich politische Parteien in jedem Verwaltungs- und Vertretungskörper nach ihrer Stärke betätigen werden. Wir rufen die Bevölkerung zur Zeit der Wahlen auf, sie gibt ihre Stimme ab, und es ist klar, daß die gewählten Vertreter nach dem Gewichte ihrer Partei in allen Körperschaften stimmen werden. Das scheint mir als das innerste Wesen jeder Demokratie. Wir haben keine Ursache, zu verschweigen, daß wir ein undemokratisches Schulaufsichtsgesetz haben und die Sozialdemokraten ein demokratisches Gesetz anstreben, durch welches den Parteien nach ihrer Stärke ein voller Einfluß auf das Schulwesen gewahrt bleibt. Es ist unrichtig, wenn über das Schulwesen nur Beamte zu urteilen haben. Gewiß, die Arbeit der Beamten ist wertvoll; selbstverständlich ist auch die Mitarbeit der Lehrer wertvoll, denn sie sind ein wichtiger Teil der Schule; aber die Schule selbst ist eine Einrichtung des Volkes. Es ist daher begreiflich, daß darüber die berufenen Vertreter des Volkes in erster Linie zu entscheiden haben. Die Schule besteht nicht nur aus Lehrern, sie besteht auch aus Kindern und die Lehrer sind nicht der oberste

Zweck, sondern die Schüler. Damit will ich nicht sagen, daß die Lehrer nicht hervorragend zur Mitarbeit im Schulwesen berufen seien. Wir bekennen uns zu einer solchen Politisierung der Schule, wir bekennen uns zu dieser, weil wir glauben, daß aus dem Wesen der Demokratie die größte Kraftquelle für dieses Schulwesen erfließen wird. Wenn nun Landesrat Winkler es für notwendig befunden hat, in der letzten Landtagsitzung zu warnen vor dieser Politisierung des Schulwesens, so muß ich das, wenn es ein Politiker behauptet, der einer kleinen Partei vorsteht, etwas kritisieren und muß meiner Meinung Ausdruck geben, daß die Worte des Herrn Landesrates Winkler nur deshalb gesprochen worden sind, weil er den bisherigen Zustand im Landes-schulrat als Minderheitspartei angenehmer empfindet als den demokratischen Zustand. Wenn uns hier weiter von Seite des Herrn Landesrates Winkler der Vorwurf gemacht wurde, daß durch die Politisierung des Schulwesens die Lehrerschaft in eine geistige Bedrängnis komme, so möchte ich Herrn Landesrat Winkler mitteilen, daß es uns ferne liegt, wegen einer Stellenvergebung einen Gefinnungskauf zu betreiben. (Winkler: „Das ist nichts anderes als ein Gefinnungskauf!“) Wieso denn? Wer kommt denn zur sozialdemokratischen Partei wegen einer Stelle? Von uns werden Sie das nicht sagen können, Herr Landesrat Winkler! (Winkler: „Das werden Sie mir nicht einreden, daß die Politisierung der Schule von Vorteil ist für die Schule!“ — Große Unruhe. — Winkler: „Das heißt, daß die Lehrer ernannt werden der politischen Partei nach und nicht nach der Fähigkeit!“) Meiner Meinung nach sorgt dafür, daß bei Lehrerernennungen nicht ein politischer Gefinnungskauf, daß keine Lumperei betrieben wird, das Widerspiel der politischen Kräfte. (Winkler: „Daß sich Rückl mit Riemelmoser zusammensetzt!“ — Auf: „Riemelmoser setzt sich mit Dr. Hübler zusammen!“) Herr Landesrat Winkler, Ihre Meinung resultiert aus der verhältnismäßig geringen Zahl der Mitglieder, die Sie hier besitzen. Ich möchte sagen, meiner Meinung nach haben die Bauernbündler sich hier nicht sehr viel über die Politisierung des Schulwesens zu beklagen, weil sie ja ihr Mandat im Landes-schulrate der großdeutschen Partei überlassen haben. Wie ich Ihnen bereits mitgeteilt habe, kommt nach der Ziffernstärke nicht den Großdeutschen, sondern Ihnen das Mandat zu. (Winkler: „Darauf werden wir auch noch zu sprechen kommen bei der Spezialdebatte!“) Jedenfalls ist es nicht in der Absicht gelegen und auch nicht richtig, daß die sozialdemokratische Partei bei Verleihung von Stellen die Korruption unter der Lehrerschaft fördert. (Winkler: „Man soll nicht den Oberlehrer nach seiner politischen Gesinnung beurteilen!“ — Auf: „Das tun wir nicht!“ — Winkler: „Sie nicht, aber der Rückl!“) Es ist doch so, meine Herren, daß die Herren, die in der Mitte des Hauses sitzen, bisher in der Lage waren, im Landes-schulrate die sozialdemokratischen Lehrer bei allen Stellenbewerbungen hintanzusetzen. (Winkler: „Wir waren nicht drinnen!“) Sie geben den anderen das Mandat, Sie sind mit-



verantwortlich. (Winkler: „Über wo?“ — Hartleb: „Sie holen Ihre Mandate von Ungarn!“ — Rosenwirth: „Der Hartleb hat auch schon angezogen von den Christlichsozialen!“ — Hartleb: „Sie gehen mich gar nichts an da drüben!“) Unsere Schulpolitik ist klar. Die Sozialdemokraten brauchen in diesem Hause nicht neuerlich ihre Grundsätze bezüglich des Schulwesens zu entwickeln. An diese Bestrebungen knüpft sich Tradition, es sind die primitivsten Forderungen, die wir aufstellen. Wir werden auch nach diesen Grundsätzen handeln und wünschen, dem Schulwesen zum Aufstieg zu verhelfen. Auf dem Gebiete des Schulwesens würden wir, wenn wir die Mehrheit des hohen Hauses inne hätten, nicht bei dem jetzigen Zustande stehen bleiben, wir würden die Schulreformbestrebungen mehr fördern, als dies bisher der Fall ist. Ich verweise auf die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung und auf deren Bestrebungen nach einer Einheitschule. Es ist eine hochbedeutsame Sache, wenn wir bestrebt sind, das Alter der Schüler möglichst empor zu setzen. Heute ist es so, daß die Jugend schon in ihrem 10. Lebensjahre zur Entscheidung über ihren zukünftigen Beruf gezwungen ist, wo doch ein junger Mensch mit 10 Jahren weder selbst seine Fähigkeiten entsprechend erkennt, noch er seinen Eltern oder Erziehern verraten kann, welche besondere Eignung er im späteren Leben haben wird. Wir glauben, daß viel Lebenselend, in späteren Jahren, vieler Berufstausch und viel Unzufriedenheit im Leben nur deshalb entstanden sind, weil sich die Jugend im 10. Lebensjahre entscheiden muß, welchem Berufe und welcher Ausbildung sie sich zuwenden wird. Wir wünschen deshalb nach dem Plan des Unterrichtsministeriums eine vierjährige Grundschule, eine allgemeine Mittelschule bis zum 14. Lebensjahre und dann Fachschulen, Technik und Universität daran anschließend. Wir bekennen uns auch zum Unterschied von der christlichsozialen Partei zur neutralen Schule. Die Schule ist eine Stätte für das gesamte Volk und wir müssen uns mit allen Mitteln zur Wehr setzen, wenn versucht werden sollte, diese neutrale Schule zu zerstören. Wir verlangen, daß das Schulwesen für die gesamte Jugend, ob da oder dort, den Unterricht in gleicher Weise bieten soll. Jede Beeinflussung der Jugend nach irgend einer Richtung wünschen wir ferne gehalten, denn wir wissen, daß nur dann die Schule gedeihen kann, wenn sie vollständig neutral ist, wenn sie der Jugend aller Konfessionen und aller Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich ist. Heute ist es im Schulwesen noch nicht so. Wenn der Herr Abg. Dr. Oberegger heute vormittags in seiner Rede (Aust: „Oder Vorlesung!“) behauptet hat, daß man sich nur vom Nationalismus fitigen kann, nur vom Nationalgedanken aus, sich Staat und Volk ausreifen läßt, wenn er uns das Ruhrabenteuer in die Schuhe geschoben hat, daß ein Mädchen aus einem Garten herausgeprügelt worden ist, so verstehe ich nicht, wieso der Herr Kollege Dr. Oberegger sich einem solchen Gedanken hingeben kann, wieso er die internationale Sozialdemokratie, die für den Pazifismus eintritt, gegen das Militär aufgetreten ist, dafür verantwortlich machen kann, daß ein französischer

Offizier einem Kinde im Ruhrgebiete Ohrfeigen gibt. Das ist unverständlich. (Zwischenruf Resel.) Herr Landesrat Resel hat ganz richtig heute vormittags behauptet, das nächstemal wird der Herr Abg. Dr. Oberegger uns Sozialdemokraten zwei oder drei tote Kinder hinlegen und sagen: „Ja, da habts es, das habt ihr angerichtet!“ Das ist ein weiter Weg, um das herauszukristallisieren. Herr Kollege Doktor Oberegger hat in seiner Rede Fragen gestellt und hat selbst gesagt, er wolle diese Fragen mit folgenden Fragen beantworten und hat dann anschließend in diese Frage Gedanken entwickelt, das sind talmudistische Methoden. (Dobersaucher: „Das kommt von der Interessengemeinschaft!“) Wir haben nur noch nicht gewußt, daß die auch bei den Herren der anderen Seite vorkommen. Wir müssen es natürlich ablehnen, derartige unklare Redensarten hier besonders auszuwerfen, ich glaube, dazu haben wir kein Bedürfnis. Wir wissen, daß diese Rede im Tone eines Südmärkflugblattes abgefaßt war, auf daß sie Wirkung in der Öffentlichkeit machen soll. Wir müssen uns darauf verlassen, daß die Öffentlichkeit wirklich urteilsfähiger ist, als Dr. Oberegger hier in diesem hohen Hause. Warum ich das anführe? Weil ich zur Schulfrage zurückkommen will und es uns bekannt ist, daß dieser Geist des Nationalismus, der höchsten Kriegsbegeisterung, auch in unseren Schulen bei einzelnen Lehrern einen breiten Platz einnimmt. Ich habe ein Buch, das verfaßt ist von dem Bürgerschullehrer Dr. Ato v. Melzer, einem Grazer Lehrer. Dieses Buch ist ein Dokument der Kriegsbegeisterung und Kriegsentflammung, es soll beitragen, das deutsche Volk wehrhaft zu machen. Es schwelgt förmlich in Worten und Ausdrücken der Barbarei. Ich werde mir gestatten, aus diesem Buche hier nur einige Stellen vorzulesen. (Dr. Enge: „Sagen Sie, das stand im ‚Arbeiterwille‘, Nummer so und so viel, dann können wir es nachlesen!“) Hohes Haus! Unter dem Titel „Die Vorbereitung der Freiheitskriege“ steht das schöne Gedicht von Heinrich v. Kleist, der in seinem „Katechismus aller Deutschen“ zum Kampfe rief und in wilden Liedern Rache an den Franzosen forderte (lies): „Alle Triften, alle Stätten färbt mit ihren Knochen weiß! Welchen Rab' und Fuchs verschmähen, gebet ihn den Fischen preis! Dämmt den Rhein mit ihren Leichen! Laßt, gestäubt von ihrem Bein, schäumend um die Pfalz ihn weichen und ihn dann die Grenze sein!“ Gewiß, sicherlich geeignet für die Jugend! (Dr. Enge: „Der Arbeiterdichter Pehold hat das viel besser getroffen!“ — Resel: „Sie kennen ja Pehold gar nicht, Sie verlassen sich auf den Herrn Landesrat Dr. Hübler, da sind Sie schon verlassen!“) Aus dem Buche König Wilhelm I. (lies): „Er war ein Mann strengster Pflichterfüllung, ein Soldat durch und durch, fromm, schlicht und leutselig.“ Sicher Tugenden, die dem preussischen und österreichischen Offizier gewiß außerordentlich charakterisieren: Leutseligkeit, fromme Schlichtheit und so fort. (Doktor Enge: „Sie haben ja doch selbst eine Reihe von Reserveoffizieren bei Ihnen drüben!“ — Dichter: „Aber nicht von dem Kaliber!“) Es fragt sich, ob das für die Schule geeignet ist. Wenn er von Bismarck



schreibt (liest): „Auch er war überzeugt, daß der Staat der Macht bedürfe; nur der dürfe etwas verlangen, der auch die Macht habe, es durchzusetzen.“ Meine Herren, dann müßten hier drei Parteien verschwinden und ich wüßte nicht, was die Großdeutschen hier noch zu suchen hätten. Wir wissen aber, daß es sich nicht um die Zahl dreht, sondern um das Recht, um die Begründung einer Sache, daß nicht die Zahl entscheidend ist. Wenn wir derartige Erkenntnisse der Jugend hingeben, so ist das eine merkwürdige Demokratie. Ich könnte noch verschiedene Stellen vorlesen, glaube aber, daß ich mich damit begnügen kann, durch einige kleine Beispiele, die merkwürdige Weise, in der dieses Geschichtsbuch geschrieben ist, zu illustrieren. Es genügt die Stellungnahme des Verfassers zum neuen deutschen Kaiserreich oder zur österreich-ungarischen Revolution vom Mai 1848, um die Ansichten des Verfassers ins rechte Licht zu stellen. Er ist dagegen, daß die Magyaren die magyarische Staatsprache oktroyiert haben. Im selben Kapitel aber schreibt er (liest): „Man erhob nicht einmal die deutsche Sprache zur Staatsprache in Österreich.“ Das, was er in Ungarn verabscheut, hält er nämlich in Österreich unter den gleichen Voraussetzungen für eine Notwendigkeit. Meine Herren, in diesem Sinne ist das ganze Buch gehalten. Ich werde mir erlauben, einiges über den Krieg in diesem Buche vorzulesen, wenn die Herren es gestatten. (Zenz: „Jetzt fängt der Wolf an als Sozi zu heulen!“ — Wallisch: „Das war sehr schlecht, Herr Kaplan!“) Unter dem Kapitel „Ursache und Veranlassung des Weltkrieges“ wird hier geschrieben (liest): „Deutschland unternahm nichts gegen die Einkreisungspolitik. Kaiser Wilhelm und seine Ratgeber ließen sich durch ein paar höfliche, friedliche Worte der englischen Staatsmänner in Sicherheit wiegen, und während die feindlichen Staaten zum Losschlagen gerüftet waren, hatte Deutschland weder ein genügend großes Heer, noch genug Waffen.“ Das ist Geschichte. „Die Franzosen und Engländer planten, durch Belgien, das auf ihrer Seite stand, in Deutschland einzufallen und das rheinische Gebiet mit seinen großen Werken für Kriegsbedarf zu erobern oder wenigstens zum Kriegsschauplatz zu machen. Um es zu schützen und den Krieg in Frankreich zu führen, mußten die Deutschen ebenfalls durch Belgien ziehen. Denn der Teil Frankreichs, der unmittelbar an das Deutsche Reich grenzte, war durch starke Festungen geschützt. Die deutsche Regierung verständigte Belgien davon, versprach, jeden Schaden gutzumachen und er suchte um freundliche Haltung. Aber Belgien zeigte sich sofort als Feind und forderte sogar die Bevölkerung auf, sich am Kampfe zu beteiligen.“ Wie unhöflich von diesem Belgien, daß es sich nicht einfach auf Einladung des Herrn Melzer zum Kriegsschauplatz hergegeben hat! (Hartleb: „Wenn Sie nichts Besseres wissen, genießen Sie sich, Sie haben das nicht notwendig!“ — Resel: „Ihre Präpotenz wird, glaube ich, unerträglich!“ — Gföller: „Sie können mich nennen, wie Sie wollen!“ — Dr. Oberegger: „Schämen Sie sich denn nicht, das eigene Nest so zu beschmutzen!“ — Große Unruhe, Zwischenrufe. — Dr. Oberegger: „Ihre Flegelien werden mir

genau so wenig imponieren, so geschicklich wie Sie, sind wir alle noch!“) (liest): „Die Leichen der Franzosen kürmten sich zu Bergen auf, ihre Heeresmassen gerieten in Verwirrung, der große Ansturm löste sich in Einzelkämpfe auf. Auf Kraftwagen brachten die Deutschen Verstärkungen an die bedrohten Stellen, auch hier mußte, nach mehr als einmonatigen Kämpfen wieder der Stellungskrieg fortgesetzt werden. Franzosen und Engländer hatten ein paar Gräben genommen, aber 190.000 Mann verloren und eine schwere Niederlage erlitten. Der gesamte Verlust der Deutschen betrug 40.000 Mann, ihr Heldenmut, ihre Todesverachtung waren fast übermenschlich.“ In einem Kriegsberichte sind wir gewohnt, derartiges zu lesen, wenn man aber Kindern eine solche Lektüre in die Hand gibt, und man soll ihnen eine solche empfehlen, so müssen wir das als widerlich und ungeeignet empfinden. Wir sind doch dazu berufen, derartige Angehörigkeiten hier in diesem hohen Hause aufzuzeigen, wir sind vermutlich da, daß diesem Beginnen doch ein Kiegel vorgeschoben wird. Und wir tun dies wahrlich nicht aus dem Grunde, den der Herr Abg. Hartleb angegeben hat, nur aus dem Bedürfnisse, die Zeit auszufüllen. (Hartleb: „Sondern dazu, alles, was deutsch ist, herunterzusetzen. Internationalae Gesellschaft!“ — Lebhafter Widerspruch auf Seite der Sozialdemokraten. — Zwischenrufe Leichin, Pichler. Ing. Witzany: „Sie haben zu reden vom Deutschtum, Sie Bela-Kuhn-Mann!“ — Große Unruhe.) Hohes Haus! Wenn der Herr Kollege Hartleb diese Stellen des Buches mit dem Deutschtum in Verbindung bringt, dann sind wir zur Wahrung der Ehre des Deutschtums gezwungen, dagegen Einspruch zu erheben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir stellen uns das Deutschtum nicht in einer solchen Gestalt dar. Wir glauben, daß die deutsche Nation Kulturaufgaben zu erfüllen hat, aber nicht die Aufgabe hat, Menschenmorde in den Elementarschulen Österreichs zu verherrlichen. Ich glaube, es trennt uns ein zu weiter Abgrund in dieser Sache und wir würden uns schwer an der Sache veründigen. (Hartleb: „Wir würden schon noch darüber reden!“) Aber die Ausführungen in diesem Buche steigern sich bis zum Schlusse, es scheint, als habe sich der Verfasser während des Schreibens immer mehr in die Begeisterung für Menschenmord hineingelebt, denn sonst ist es nicht erklärlich, wie man derartige Ausführungen in einem Schulbuche machen kann (liest): „Neue Kampfweisen wurden geübt. Das Maschinengewehr wurde die Hauptwaffe der Infanterie, leichte Minenwerfer und Flammenwerfer und leichte Geschütze mußten sie beim Vorgehen begleiten, das nicht in dichten Massen, sondern geöffnet, in Gruppen erfolgen sollte, damit das feindliche Feuer weniger wirke. Die Schlachtflieger wurden in Geschwader zusammengefaßt, die sich auf die feindliche Infanterie und Artillerie, namentlich auf ihre rückwärtigen Unterstützungen (Reserven) zu stürzen hatten. Die Artillerie wurde geschult, der vorgehenden Infanterie die sogenannte Feuerwalze vorzulegen, das heißt den jeweiligen Raum vor ihr so zu beschießen, daß der Feind nicht aus den Stellungen konnte. Oft war die Feuerwalze zweifach: die



Splitterwalze lief dicht vor den vorgehenden Truppen, alles zertrümmernd und niedermähend, die Gaswalze erfüllte die Räume weiter voraus mit tobbringenden Gasen." (Gartner: „Ihr habt in Rußland Tausende hingestellt und niedergeschossen!" — Unruhe.) Ich wollte dem hohen Hause nur vorführen, in welcher widerlicher Weise . . . (Fortwährende Zwischenrufe. — Lebhaftige Unruhe.)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich ersuche, den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen und ersuche weiters die Herren Abgeordneten, sich sofort auf ihre Plätze zu begeben, sonst müßte ich die Sitzung unterbrechen. Ich bitte, meinen Anordnungen zu folgen.

**Wolf** (fortfahrend): Wenn ich diese ungeheure Darstellung des Weltkrieges hier im hohen Hause erwähnt habe, so ist dies aus Sorge um unsere Jugend geschehen. Ich betone nochmals, eine Schule ist nicht der Ort, um Kriegsbegeisterung in dieser ekelhaften Form in die Jugend zu bringen. Nach dem Unglück eines vierjährigen Krieges, nach dem Friedensschluß, müssen unsere Bemühungen dahingehen, den Kriegszustand zu überwinden, um zu einer ordentlichen Wirtschaft zu kommen, uns es ist unbegreiflich, daß die Jugend als Ablagerung derartigen geistigen Unrates mißbraucht wird. Wir wissen auch, daß dieses Geschichtsbuch in nicht wenigen Schulen von Steiermark in Verwendung genommen wurde. Wir haben es zwar erreicht, daß dieses Buch, welches die Buchhandlung „Südmark" verlegt hat, aus den Bürgerschulen in Graz sofort zurückgezogen wurde; trotzdem aber im „Arbeiterwille" darüber geschrieben wurde, wurde das Buch von der Landesschulbehörde als für die Schulen ungeeignet nicht hingestellt. Unseren Bemühungen ist es gelungen, diesem Buche die Approbation zu versagen. Ich meine, der Herr Landeshauptmann oder die amtlichen Organe, die damit zu tun haben, wären gewiß bemüht gewesen, dieses Buch aus den Schulen zurückzuziehen und ich möchte das Ersuchen stellen, daß dieses Versäumnis ebenfalls nachgetragen wird. Damit sehen Sie, daß die Schule gar kein neutraler Boden ist. Dieses Buch sagt uns, daß der nationalstische Geist (Oberzaucher: „In schlimmster Form!") weiterhin in den Köpfen vieler Lehrpersonen vorhanden ist, daß die Lehrer diese Weisheiten nicht nur sich aneignen, sondern sogar mit allen Mitteln bestrebt sind, diesen Geist, den wir ablehnen müssen, in die Jugend hineinzubringen. (Gartner: „Wozu marschierst denn die Wehrmacht mit Maschinengewehren umeinander?" — Oberzaucher: „Ihnen ist nicht zu helfen!" — Zwischenrufe.)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Hat der Herr Redner schon geschlossen? Wenn nicht, bitte ich in der Rede fortzufahren.

**Wolf** (fortfahrend): Wir meinen auch, daß die Schule nicht der neutrale Boden für die Jugend ist, den wir wünschen, weil in der Schule auch gegenwärtig noch immer der Religionsunterricht als obligater Unterrichtsgegenstand betrieben wird, und wir wissen, daß dieser Religionsunterricht nicht zur Vermittlung moralischer und ethischer Grundsätze benützt wird, sondern vor allem zur politischen Agitation, zur Erziehung der

Jugend, zur Unterwürfigkeit, die die aufstrebende Menschheit als untauglich verwirft. Wir meinen, daß wir in der Generaldebatte die programmatischen Forderungen unserer Partei nach Trennung von Schule und Kirche neuerlich deutlich und vernehmlich erheben müssen. Ich kann Ihnen mitteilen, daß, wenn wir die Mehrheit dieses Landes für uns erobern haben werden, wir dann darangehen werden, vor allem diesen programmatischen Punkt der sozialdemokratischen Partei durchzusetzen, nicht aus politischer Feindseligkeit, sondern aus der Sorge um unsere Jugend und mit größter ethischer Begründung. Ich werde mir gestatten, die Begründung unseres Verlangens der Trennung von Schule und Kirche vorzuführen. Der Zustand der Verquickung der Schule mit dem Religionsunterricht besteht im gesamten europäisch-amerikanischen Kulturkreise nicht mehr. In Amerika ist diese Loslösung des Religionsunterrichtes aus der Schule bereits vor mehr als hundert Jahren als eine Selbstverständlichkeit erfolgt. Die Klerikalen selbst haben in manchen Ländern, wie Kanada, Genf und Irland, die Trennung der Schule von der Kirche vorgenommen. In Deutschland wurde durch die Mehrheit der Sozialisten und des Zentrums in der Weimarer Verfassung ein einstimmiger Beschluß über die Trennung der Kirche von der Schule vorgenommen. Bei uns in Österreich gilt jedes Verlangen nach Trennung der Kirche von der Schule als Ungeheuerlichkeit, als etwas Umstürzlerisches, als etwas Unsitliches, wir rauben den Kindern die Seele. Der Zustand, der in allen Kulturstaaten herrscht, ohne üble Folgen verspüren zu lassen, dieser Zustand wird bei uns als unsittlich hingestellt. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Wir werden in Österreich einen zähen und hartnäckigen Kampf führen, damit diese Trennung endlich herbeigeführt werden kann. Er genügt uns nicht der Hinweis auf diese Trennung in anderen Ländern, wir müssen auch die Zusammenhänge erkennen, mit dem Hinweis allein kann dies nicht abgetan werden. Wenn wir diesen Kampf um die Trennung der Kirche von der Schule mit Erfolg führen wollen, so sind wir uns dessen sehr wohl bewußt, daß wir beweisen müssen, daß es eine hohe, sittliche Tat ist, diese Trennung durchzuführen. Wir müssen den Beweis erbringen, daß wir aus der größten inneren Verantwortlichkeit diese Trennung anstreben, den Nachweis, in welcher Form der Religionsunterricht in der Schule gegenwärtig erteilt wird, was er gegenwärtig bedeutet, und wie wir allenfalls einen Ersatz für diesen Religionsunterricht schaffen können. Wir müssen die Tatsache anerkennen, daß die christlichsoziale Partei in Österreich die Grundsätze der sittlich-religiösen Erziehung, welche im Reichsvolksschulgesetze festgelegt sind, vertritt und daß wir mit dieser Partei, welche einen namhaften Teil der Wählerschaft umschließt, also auch politisch mit einem zähen Gegner, zu rechnen haben werden. Wir müssen weiters auch die Tatsache anerkennen, daß wir etwa nicht nur mit den Mitgliedern der ultramontanen Partei als Gegner zu rechnen, sondern sogar im Lager des bürgerlichen Freisinns, soweit er noch vorhanden ist, Gegner haben werden, welche der Meinung sind, daß es wohl bei Erwach-



senen nicht notwendig sei, sich religiösen Gebräuchen hinzugeben, daß es aber für die Erziehung der Jugend notwendig ist, ihr Religionsunterricht in der Schule geben zu lassen, weil der Religionsunterricht Gewähr dafür bietet, daß die höchsten sittlichen Normen der Jugend vermittelt werden können. „Ich brauche es ja nicht, aber für die Jugend ist es notwendig!“ Durch die Menschen, die so denken, erhalten die Christlich-sozialen in dem Kampfe gegen die Trennung eine gewaltige Unterstützung. Wir müssen uns aber vorerst ansehen, wenn wir von der sittlich-religiösen Erziehung reden, was bedeutet das Wort im allgemeinen? Nach unserer Meinung nicht etwa, daß man durch äußerliche Belehrungen zu Sittlichkeit, Moral und Ethik führen kann. Ich bin der Meinung, daß die sozialen Zusammenhänge in jeder Bevölkerungsklasse, in den kulturell Hochstehenden eines Volkes in erster Linie, für die Moral entscheidend sind und nicht das Übernommene. Als Sozialisten, als Anhänger der materialistischen Weltanschauung huldigen wir der Ansicht, daß jedes Volk auf einer gewissen Kulturhöhe eine gewisse Ethik hat. Wir sind der Meinung, daß die Wirtschaftsform entscheidend ist für die Ethik des Volkes und nicht umgekehrt, daß die Moral, der Geist nicht von obenher in die Menschen gebracht werden kann, daß sie das Resultat der materiellen Unterlagen ist, daß jedes Volk im primitiven Zustand eine andere Religion haben wird, daß die Religion nichts Unabänderliches ist, und daß die Ethik und die Moral das Spiegelbild der jeweiligen Kulturstufe eines Volkes darstellt, und deshalb auch die katholische Religion im Wandel der Zeiten eine Änderung erfahren mußte. Ich verweise darauf, daß man für die Lehre des Kopernikus ursprünglich Scheiterhaufen aufgerichtet hat und doch schließlich die katholische Kirche die Lehre des Kopernikus in sich aufgenommen hat, als eine Tatsache, die nicht mehr wegzuleugnen war. Ich verweise darauf, daß die katholische Kirche seinerzeit den Kampf gegen die Lehre Darwins, gegen seine Entwicklungstheorie aufgenommen hat, und daß wir trotzdem heute schon eine katholische Entwicklungstheorie, eine Darwinlehre, haben. Und damit will ich den Nachweis liefern, daß jede Religion gezwungen ist, immer Rücksicht zu nehmen auf den jeweiligen Forschungsstand. Jede Religion hat selbstverständlich aus Gründen der Tradition, ihrer inneren Festigung, weit hinten zurückbleiben müssen, aber selbst die katholische Religion hat dem Rechnung tragen und Dinge aufnehmen müssen, die sie seinerzeit entschiedenst abgestoßen hat. Wir können heute weiters sagen, daß die Moral der katholischen Kirche, wenn sie so eingehalten wird, wie sie von den Evangelien rein und vielfach noch von Priestern gelehrt wird, in ihren Haupttheorien geradezu eine nihilistische Religion ist. Das oberste Prinzip derselben bedeutet Geschlechtslosigkeit und Ehelosigkeit. Als höchste Entwicklung im religiösen Sinne gilt es, jemanden als Geschlechtswesen auszuschneiden und abseits zu stellen. Dieses Prinzip, als oberstes Prinzip der katholischen Religion durchgesetzt — Herr Landesrat Prisching, Sie nehme ich aus — würde natürlich die volle Auflösung der menschlichen Gesellschaft bedeuten, Bar-

bari, Aussterben, Verbrechen. Daneben hat die katholische Kirche mit Rücksicht auf die Gebundenheit an die ungesügte menschliche Materie erkennen müssen, daß der Mensch sich als Mensch mit voller Kraft nach seiner natürlichen Anlage betätigt. Sie stellt die Ehe nur als Konzession an die Menschen hin, als das Erstrebenswerteste erscheint ihr gegenwärtig noch die Ehelosigkeit. Zwei Prinzipien: Das eine als die höchste Form der Ethik und daneben die geduldete Form der menschlichen Gesellschaft. Ich glaube, daß die katholische Religion in ihrer Auswirkung nihilistisch ist. Nicht nur die Entsagung auf dem Gebiete des Sexuallebens, sondern auch freiwillige Armut, Bedürfnislosigkeit, Nachfolgerschaft, Jüngerschaft des Nazareners, sind oberstes Prinzip der Kirche. Wohin mit der Kultur? Zerstörung, Auflösung wären die Folgen, wenn dieses oberste Prinzip sich durchzusetzen vermöchte. (Prisching: „Im Mittelalter waren die Klöster die Träger der Kultur, wie war das möglich?“ — Oberzaucher: „Die Konservatoren höchstens, die Träger nicht!“) Die christliche Moral ist gar nicht durchführbar nach dem ersten kirchlichen Prinzip und nur dieser Undurchführbarkeit ist es zuzuschreiben, wenn sie gezwungenermaßen mit Rücksicht auf die Anlagen des Menschen genötigt war, das zweite Prinzip, neben dem Gelübde der Keuschheit und Armut, in sich einzuschließen. Man läßt den Menschen gelten, duldet aber das zweite Prinzip daneben. Das ist die schwerste sittliche Gefahr für die heranwachsende Menschheit. Keine Regung, kein Aufbäumen der Menschen gegen das Unrecht, kein Selbstvertrauen, sondern ein Entsagen, ein Verneinen. Wir meinen, der Mensch mußte selbst mit voller Verantwortlichkeit beladen werden, für alle seine Taten einstehen. Die übrigen Konfessionen, beziehungsweise Religionen gehen mit der Erstellung dieses Prinzipes nicht so weit. Die Protestanten haben in ihren vorgeschobenen Gebieten sich losgelöst von der wirklichen Religionslehre, losgelöst von der Bibel und losgelöst von den Evangelien. Viele Pastoren lehren nur allgemeine Ethik. Dem streng katholischen Menschen wird jede Selbstbestimmung und Selbstverantwortung abgenommen. Für ihn gibt es nicht einmal eine direkte Auseinandersetzung mit seinem Gewissen. Ich stelle mich immer auf den Standpunkt eines gläubigen Katholiken — ich möchte die gläubigen Mitglieder dieses hohen Hauses erfragen, zu glauben, daß ich gar nicht die Absicht habe, ihre Religionseinrichtungen zu verhöhnen. Ich werde es vermeiden, denn ich begreife und weiß es, daß es viele gläubige Menschen gibt, und ich meine, daß man davor Respekt haben muß. — Tatsache aber ist es, daß der streng katholische Mensch von aller Verantwortung vor sich selbst und dem Gotte entbunden ist. Die direkte Auseinandersetzung ist ihm unterjagt, zwischen ihm und sein Gewissen schiebt sich ein Gott, der sich durch den Priester vertreten läßt. Der Gott ist der Priester und die Beichte ist das oberste Zeichen der Verantwortungslosigkeit des Menschen. Er kann dorthin gehen, ohne sich zu belasten, ohne sich mit dem Gewissen auseinanderzusetzen zu müssen, er kann sich dort einfach vom Priester eine Bescheinigung für seine Tugendhaftigkeit ausstellen lassen. (Riemel-



moser: „Das ist nicht wahr, Sie wissen nichts von der Reue!“ — Leichin: „Sie wissen davon? Sie schauen so aus!“ Herr Riemelmoser, weil Sie das tun! Weil Sie diesen Zwischenruf gemacht haben, kann ich mich zu Ihnen gesellen, aber auch nur in diesem Augenblick. Auch ich habe, wie Sie, leicht über die Beichte hinweggelebt. Es war mir nie eine tiefe Bedeutung, ich habe nicht gelitten unter der Beichte, und deshalb geselle ich mich zu Ihnen. Aber es gibt viele Menschen, denen die Beichte ein tief inneres Aufwühlen bedeutet, es gibt Menschen mit einer ausgesprochenen, tief religiösen Veranlagung, solche Menschen gibt es. Für diese ist es eine Gefahr, Sie aber, Herr Riemelmoser, leiden unter der Religion nicht. (Heiterkeit. — Riemelmoser: „Im Gegenteil, es ist etwas Erhebendes!“) Ich verstehe solche Menschen, die Erlösung wünschen, die sich mit ihrer Gotttheit auseinandersetzen wollen, und ich verstehe es, wie aufgewühlt diese Menschen sein können. Der Priester hat ihn loszusprechen, der diesen Leidenden, der vor ihm kniet, kaum kennt, der seine Verhältnisse, seine Beziehungen nicht kennt. Der Richter, der prüft, der Zeugen vorladet, um die Beweggründe kennen zu lernen, ist mit einer schweren Verantwortung belastet, wenn er das Urteil zu fällen hat. Der Priester aber im Beichtstuhl ist gezwungen, ohne Kenntnis aller dieser Tatsachen, ohne die geheimen Schwörungen dieser vor ihm knieenden zerknirschten Seele erfassen zu können, ein Urteil zu sprechen. Wir meinen, das sind schwerste sittliche Gefahren, das führt zu einer völligen Auflösung der Moral. Der Priester kann nur aus eigenem Erleben urteilen. Er kann sich nicht in die Lage der andern hineinversetzen. Dadurch entsteht eine Entwertung des Gewissens. Die katholische Moral bringt die Sittlichkeit nicht von innen, die hohe Sittlichkeit, die Verantwortung in sich birgt, sondern oberflächliche Sittlichkeit, eine Sittlichkeit von außen, vom Beichtstuhl. Wir meinen, es ist eine schwere Belastung, wenn jede Seele äußerlich abgetan wird, wenn sie nicht innerlich in ihrem letzten Streben erfasst werden kann. Die katholische Kirche kann sich von dieser Moral nicht lossagen: Sie kennen das Schullesestück von dem Kinde, das die Apfel mit dem Schwefelstein stehlen will. Das Kind tut es aber nicht, weil die Nachbarin herüberschauen kann, und da gehen die Geschwister weg; und die Kinder nehmen auch keine Nüsse, weil die Mutter es sehen könnte, und dann gehen sie in den Keller und da liegen Apfel, aber auch diese können sie nicht nehmen, weil der kleine Bub sagt: „Da schaut der liebe Gott herab!“ Sie getrauen sich nicht, eine solche Untat zu begehen. Aber ich frage, was ist denn, wenn diesen Menschen eines Tages der Begriff „Gotttheit“ ins Schwanken gerät? Wenn der Mensch nur mit Lohn und Strafe, mit Zuckerl und Peitsche zu einer Moral verhalten werden kann? Wozu braucht dann der Mensch Himmel und Hölle, wenn er nicht auf sich selbst gestellt ist, wenn er nicht selbst als Mensch für sich entscheiden kann? Wir brauchen keine Moral, die sich an einen Polizeimann wendet, wir brauchen keine Menschen, die dann über sich herfallen und sich zerfleischen werden, wenn die äußeren

Strafmittel fehlen? Ich möchte fragen, was nützt Ihre christliche Moral, die Sie jahrhundertlang getrieben haben, wenn heute ein Zustand einer dreitägigen Gesetzlosigkeit eintreten würde? Drei Tage soll die Menschheit machen können was sie will, und nach drei Tagen haben Sie mit Ihrer Moral von Zuckerl und Peitsche, Mord, Totschlag und Vernichtung in das Land gebracht. (Widerspruch auf der rechten Seite. — Leichin: „Herr Riemelmoser, Sie machen dann vielleicht den Räuberhauptmann!“ — Riemelmoser: „Zu Ihnen werde ich stehlen gehen!“ — Leichin: „Bei mir werden Sie nichts finden, keine Apfel, keine Birnen, höchstens Nüsse!“) Hohes Haus! Unserer Meinung nach, ist tatsächlich die jetzige Moral der katholischen Kirche wenig geeignet, die menschliche Verantwortlichkeit in dem einzelnen Individuum zu festigen, die Furcht vor der Todesstrafe, Himmel und Hölle, sind nicht die Mittel, die Menschen zur vollen Verantwortung zu erziehen. Wir sehen zusammenfassend, daß es in der Moral der katholischen Kirche Widersprüche gibt, die nicht zu erfüllen sind: einerseits der Grundsatz der Askese, die Entsagung, andererseits die mangelhafte Ausbildung der Sittlichkeit durch die öffentliche Einrichtung der Beichte, durch die den Menschen die Verantwortung abgenommen, der Mensch ohne soziale Gebundenheit in die Welt gestellt werden kann. Aber abgesehen davon, der Religionsunterricht, wie er in unseren Volks- und Bürgerschulen betrieben wird, geht nicht einmal so sehr darauf aus, Moral und Sittlichkeit den Kindern zu vermitteln aus den Lehren der Bibel, die uns so schön in der Literatur entgegentreten. Die katholische Religion ist aufgebaut auf der Mythologie. Sie sucht sich äußerlich zu entfalten, den Kern außer acht zu lassen. Der Kirchenglaube scheint meiner Ansicht nach aufgebaut auf liturgischen Gebräuchen der Kirche und die Religionslehre, die Sittlichkeit und die Moral, erscheint meiner Ansicht nach nur als Anhang. Die Religionsstunden erziehen nicht so sehr sittliche Menschen als vielmehr Kultusdiener der Kirche, der katholischen Religion. Der Priester der katholischen Kirche versteht durch den Aufwand der Magie zu wirken. Sie, von der Gegenseite haben es zum Beispiel verstanden, den Marienkult in der katholischen Kirche auszubilden durch solche Mittel, die schwer dem menschlichen Denken begreiflich sind. Gerade durch das Heranziehen solcher Dinge sind Sie auf das stärkste bemüht, die Mystik des Denkens zu fördern, den Glauben vom Wesen der Welt, von der normalen Linie der Welt abzuziehen, auf das Übernatürliche, auf den Wunderglauben, überzuführen, ihn für Ihre Zwecke auszunützen, in den Vordergrund zu schieben. Ich verweise darauf, wie Sie zum Beispiel durch den Wunderglauben, wie außerordentlich Sie durch diesen Glauben wirken, wie Sie ihn hegen, ihn pflegen und es verstehen, ihn als stärksten Antrieb Ihrer Lehre hinzustellen. Ich verweise auf Lourdes und unsere zahlreichen steirischen Wallfahrtsorte. Ich verweise darauf, wie es Ihnen im vergangenen Jahre gelungen ist, in der Nähe von Graz in Ulrichsbrunn eine Art Wunderkapelle von Lourdes zu erbauen, wie es der Mystik der katholischen Kirche gelungen ist, die Ge-



birne zu fassen und dahinzuführen. Denken Sie an Ihr Amulettwesen, das Sie haben, wie Sie das mit Zauber zu umgeben verstehen. Kunstvoll wird das dargestellt. Ich will aufzeigen, wie die katholische Kirche nicht in erster Linie auf die Vermittlung von Moralbegriffen und ethischen Grundsätzen Bedacht genommen hat, sondern alles darauf ankommt, eine Mystik, eine Magie den Menschen beizubringen. Was Sie alles brauchen zur Lehre vom katholischen Religionsunterricht! Wie herrlich Sie Ihre Feste zu gestalten vermögen! Wie Sie bei sinkender Glaubenskraft immer mehr Glocken und Schellen gebrauchen, immer mehr prunkvolle Brokatgewänder zur Schau tragen, immer mehr Fahnen flattern lassen, wie Sie das auszufassen verstehen, wie äußerlich Ihr ganzer Kult geworden ist, wie Sie verstehen, die Menschen durch diese Außerlichkeiten an diesen Kult der katholischen Kirche zu fesseln. Wie stark wirksam die große Organisation, die katholische Kirche ist, wie wunderbar ausgebildet die Hierarchie ist, eine demokratische Hierarchie, die es ermöglicht, daß der kleine Mann zu hohen Posten aufsteigen kann, zu hohen Würden. Ich verweise auf den Legaten Frühwirth, einen steirischen Bauernsohn, der Kardinal geworden ist. Ich verstehe, wie viel Blendwerk in dieser katholischen Kirche liegt, wie sie kraft Ihrer Organisation vieles, auch das Mittel der Magie in die Wagschale werfen, mit der Sie die Machtfülle zu erhalten bestrebt sind. Ich glaube aber, Sie haben schon eine polytheistische Religion. Sie haben aus der Religion etwas anderes gemacht. Sie haben den Götterkult als etwas Heiliges hineingezogen, der einzige Gott besteht nur im Kathizismus, in Wirklichkeit haben Sie für jedes Bedürfnis schon einen Gott, Sie nennen sie Heilige . . . . . (Erregte Zwischenrufe seitens der Christlichsozialen und Sozialdemokraten. — Riemelmoser: „Schämen Sie sich, so etwas zu sagen!“ — Schiffko: „So einem Lehrer soll man die Kinder anvertrauen!“ — Großer Lärm.)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich unterbreche die Sitzung auf eine halbe Stunde.

(Die Sitzung wird am 6. Mai um 7 Uhr 10 Min. abends unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl um 8 Uhr 35 Min. abends wieder aufgenommen.)

**Präsident**: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder.

Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer das Wort.

**Dr. Uhrer**: Hohes Haus! Namens meines Klubs habe ich folgende Erklärung abzugeben. Ich habe bereits in meiner letzten Rede hier im hohen Hause darauf hingewiesen, daß der gute Ton hier in diesen Räumen erhalten bleiben möge. Der hier eingerissene Ton ist dem Ansehen des Hauses und dem demokratischen Geist abträglich. Für die Partei, die christlich-germanischen Kulturidealen folgen will, ist die Rede des Abg. Wolf ihrem Inhalt und ihrer Form nach unerträglich. Wir wissen sehr wohl, daß die orthodoxe Sozialdemokratie in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnimmt, als die Novembersozialisten, wir wissen auch, daß Abg. Wolf noch wenig Gelegen-

heit gehabt hat, die parlamentarischen Verhandlungsformen kennen zu lernen, trotzdem können wir dergleichen Beschimpfungen unserer Ideale nicht hinnehmen. Wir erklären auch, daß unsere Parteifreunde im Landeschulrat nicht mehr für die Bestellung von Lehrern stimmen werden, die ähnliche Tendenzen verfolgen wie der Lehrer Wolf. Meine Klubgenossen sind nach den heutigen Vorfällen nicht mehr in der Lage, an den Beratungen heute weiter teilzunehmen.

**Winkler**: Namens meiner Partei erkläre ich, daß wir als Vertreter der freiheitlichen Bauernbündler mit den Ausführungen des Abg. Wolf über Religion und Kirche nicht einverstanden sind, da wir darin eine Verletzung der Empfindungen der Mehrzahl der Bevölkerung erblicken.

**Dr. Hübler**: Im Namen des großdeutschen Landtagsklubs erkläre ich, daß ich mich der Auffassung meiner beiden Herren Vorredner anschließe, da die Großdeutschen bei Einstellung auf ein freiheitliches Kulturprogramm die Achtung der nationalen und auch religiösen Überzeugung unserer Volksgenossen fordern und eine Verletzung desselben auf das schärfste mißbilligen. (Regner: „Die Großdeutschen werden eine Freude haben!“)

**Wolf**: Hohes Haus! Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich bei der Betonung der sozialdemokratischen Grundsätze über die Trennung der Kirche und Schule, weil sie zu zu Mißverständnissen führte, diese Mißverständnisse bedauere. Ich habe eingangs meiner Rede deutlich erklärt, daß es mir ferne liegt, die religiösen Gefühle zu verletzen. Ich konstatiere, daß dies nach den Ausführungen der Herren der verschiedenen Parteien doch der Fall gewesen sein dürfte. Ich wiederhole diese von mir anfangs meiner Ausführungen bereits abgegebene Erklärung.

**Präsident**: Die Fortsetzung der Sitzung findet morgen, den 7. Mai um 11 Uhr vormittags statt. (Die Sitzung wird am 6. Mai um 8 Uhr 40 Min. abends unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl am 7. Mai um 11 Uhr 30 Min. vormittags wieder aufgenommen.)

**Präsident**: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder und erteile zur Geschäftsbehandlung dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraf das Wort.

**Pongraf**: Hohes Haus! Ich bin gezwungen, auf den gestrigen Zwischenfall zurückzukommen und namens meines Klubs folgende Erklärung abzugeben:

In der Annahme, daß die Ausführungen unseres Klubkollegen Wolf, wenn auch aus mißverständlicher Auffassung, einen Teil der Mitglieder dieses hohen Hauses verletzt haben, ermächtigen wir ihn, zu seiner Erklärung.

Hätten wir vorausgesetzt, daß die Mehrheitsparteien den erwähnten Zwischenfall zu einer politischen Aktion auszuwerten versuchen und sich dazu mit den uns gegnerischen Parteien verbünden werden, so hätten wir unseren Klubkollegen zu dieser Erklärung nicht ermächtigt.

Zugleich bin ich von meinem Klub beauftragt, mich gegen die Unterteilung unserer Partei in orthodoxe und Novembersozialisten entschieden zu verwahren.



Der unqualifizierbaren Drohung des Vertreters der christlichsozialen Partei gegenüber, freidenkende Lehrer nicht mehr anzustellen, habe ich zu erklären, daß wir mit allen Mitteln zu verhindern wissen werden, daß diese Drohung wirksam werde. Für uns haben für Lehreranstellungen die Schulgesetze, die Schul- und Unterrichtsordnung und sonst nichts zu gelten. Im übrigen wird für uns, nachdem unsere Loyalität mißbraucht wurde, nur mehr der Grundsatz, die Redefreiheit zu wahren, maßgebend sein. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten.)

**Präsident:** Wir schreiten nunmehr in der Tagesordnung weiter. Zur Fortsetzung seiner Rede erteile ich Herrn Abg. Wolf das Wort.

**Wolf:** Hohes Haus! Ich habe mich in meinen gestrigen Ausführungen bemüht, die Ziffern des Budgets zu beleuchten, die auf das Schulwesen Bezug haben. Ich habe mich bemüht, zu zeigen, daß die Ziffern des Budgets für das Schulwesen nicht die Höhe haben, welche andere Kapitel aufweisen. Ich will nun versuchen, darzustellen, daß Steiermark seinen Verpflichtungen gegenüber dem Schulwesen des Landes auch in anderer Hinsicht nicht vollkommen nachkommt. In erster Linie verweise ich auf das, was mein Kollege Wallisch bereits in der Debatte vorgebracht hat, daß das gewerbliche Fortbildungsschulwesen dieses Landes einen Ausbau erfahren muß. Der jetzige Zustand ist nicht haltbar. In vielen großen Orten bestehen überhaupt keine gewerblichen Fortbildungsschulen, in einigen Orten sind sie wieder so überfüllt, daß sie kaum fähig sind, ihre eigentliche Aufgabe zu erfüllen. Außerdem kommt als besonderer Mangel die Geldknappheit für die gewerblichen Fortbildungsschulen in Betracht, nachdem für die Erhaltung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens einerseits die Gemeinden, das Land, die Kammer für Handel und Gewerbe, andererseits aber auch der Bund beizusteuern hat. Dieser Zustand bringt es mit sich, daß wegen der langwierigen Verhandlungen zwischen diesen beteiligten Stellen die Mittel nicht rechtzeitig aufgebracht werden können und immer von Monat zu Monat die Gefahr der Schließung der Schulen besteht. Wir finden, daß darunter der Unterricht sehr leidet. Im vergangenen Schuljahre ist es erst im November, Dezember, ja auch erst im Februar zur Eröffnung der Schulen gekommen. Wenn der Schulbetrieb eingeseßt hat, so war immer von Monat zu Monat, von 14 Tagen zu 14 Tagen die Gefahr der Schließung wegen Mangels der Mittel vorhanden. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß verlangen, daß diesem wichtigen Zweige im Schulwesen alles Augenmerk zugewendet wird. Wir begreifen, daß das Budget bedeutende Ziffern aufweist für die landwirtschaftlichen Schulen, wir begrüßen es, weil wir alle Bildungsbestrebungen fördern, wir müssen aber verlangen, daß auch das gewerbliche Fortbildungsschulwesen mit derselben Sorgfalt behandelt wird. Gegenwärtig liegt ein Gesetzentwurf, betreffend das gewerbliche Fortbildungsschulwesen auf. Ich möchte nochmals sagen, daß wir an dieser Vorlage sehr interessiert sind, und daß unsere Partei versuchen wird, diesen Entwurf ebensowenig zum Gesetze zu erheben. Ich möchte an die Parteien des

hohen Hauses die Aufforderung und das Ersuchen richten, mit gutem Willen in die Verhandlungen des Gesetzes einzutreten, damit endlich die finanziellen Unterlagen gegeben werden und damit das gewerbliche Fortbildungsschulwesen, das gegenwärtig nur auf Grund bloßer Verordnungen geführt wird, in ein System gebracht werde. Alle übrigen Bundesländer, Wien, Oberösterreich, Niederösterreich, Salzburg, Kärnten besitzen bereits solche Gesetze. Das Land Steiermark ist hinten an. Es ist geradezu beschämend, daß dieses Land, mit einer so starken gewerblichen Bevölkerung noch immer eines solchen Gesetzes entbehrt. Es sind gewiß bei Beratung des Gesetzes viele sachliche Hindernisse, Gegensätze in der Auffassung, hinwegzuschaffen. Wir haben unsere Stellung zu diesem Gesetze bereits im Ausschusse bekanntgegeben und wir möchten nur den Wunsch aussprechen, daß wir ehe baldigst zur Verabschiedung dieses notwendigen Gesetzes kommen. Die Lehrlinge müssen eine bessere Ausbildung erfahren, sie sind in der üblen Lage, daß sie im Gewerbe nicht genügend ausgebildet werden können, weil die Gewerbetreibenden durch die Konkurrenz der Industrie gezwungen sind, sich immer mehr und mehr zu spezialisieren, so daß zum Beispiel ein Mechanikerlehrling gar nicht in die Lage kommt, alle Arbeiten, die ehemals ein Mechaniker verrichtet hat, zu erlernen, weil da nur Fahrräder gepickt oder einzelne Mechanikerarbeiten besorgt werden. Ebenso ist es beim Schuhmacher und beim Schneider. Wenn wir wünschen, daß wir eine hochqualifizierte, gewerbliche Arbeiterchaft erhalten, dann müssen wir auf Errichtung von Lehrwerkstätten dringen, wie solche in Deutschland bestehen, wie sie aber auch die Gemeinde Wien eingerichtet hat. Wir wissen genau, daß die gegenwärtige Zeit Schwierigkeiten schafft, die es kaum ermöglichen werden, schon in nächster Zeit an die Errichtung mustergültiger, gut eingerichteter Lehrwerkstätten zu schreiten. Wir meinen aber, daß gegenwärtig schon die Möglichkeit besteht, den Unterricht, der jetzt nur in Schulräumen betrieben wird, zum Teil in Werkstätten zu verlegen, so daß den Lehrlingen Gelegenheit geboten ist, praktisch unter Anweisung von Fachleuten das Gewerbe und seine Arbeiten zu erlernen, und nicht nur die Arbeit sondern auch die Kenntnisse sich zu verschaffen über Wesen und Zusammenhang zwischen Gewerbe und Industrie und der ganzen Volkswirtschaft. Die Erfahrungen und Erfolge, die bei uns in Österreich zum Beispiel bei Puch in Graz gemacht wurden, können uns nur aneifern, das gegebene Beispiel nachzuahmen. Wenn wir das gewerbliche Fortbildungswesen einer Prüfung unterziehen, so können nicht nur wir feststellen, daß es nicht entsprechend ist, sondern diese unsere Meinung ist auch die Meinung aller Menschen, die damit zu tun haben. Die Gewerkschaft der gewerblichen Fortbildungsschullehrer ist der Ansicht, daß dieser Unterricht, wie er gegenwärtig betrieben wird, ein wenig Fruchtbringender ist. Wir wissen, daß heute in den gewerblichen Fortbildungsschulen die heterogensten Berufe zusammengefaßt sind, der Zuckerbäcker sitzt neben dem Mechaniker, der Friseur neben dem Bäcker oder Schneider. Es ist ausgeschloffen, einen Unterricht ein-



zurichten, der auf die verschiedenen Gewerbe Rücksicht nimmt. Es wird nicht von praktischem Nutzen sein, wenn ein Friseur ein Kastanienblatt zeichnet. Wir müssen also den jetzigen Zustand abstellen und müssen darauf dringen, daß eine bessere, vernünftige Methode angewendet und daß eine bessere Einteilung des Unterrichtes vorgenommen wird. Wir meinen, daß wir das gewerbliche Bildungswesen nicht verneinen dürfen, sondern, entgegen dem jetzigen Zustand, einen besseren Zustand, einen besseren Unterricht anstreben müssen. Ich möchte hier erwähnen, daß nach unserer Meinung der Referent für das gewerbliche Bildungswesen, Herr Landesrat Gaß, eine Animosität gegen das gewerbliche Bildungswesen an den Tag legt, die der Beratung des Gesetzes und der Durchführung des Gesetzes wenig zuträglich sein wird. Herr Landesrat Gaß hat auch die Öffentlichkeit über seine Meinung informiert und hat zum Beispiel gefunden, daß es seiner Meinung nach notwendig wäre, die Lehrlinge in erster Linie zu fleißiger Arbeit anzuhalten, was ich selbstverständlich unterstütze. Er hat aber in einem Artikel der „Montagszeitung“ auch gemeint, die Lehrlinge müßten ihre Bedürfnisse für die Schule aus den ihnen zukommenden Wochengeldern, die äußerst gering sind, bestreiten. Die Lehrlinge sollten weniger rauchen und dafür sich die nötigen Schulbehelfe anschaffen. Er hat die Öffentlichkeit wissen lassen, daß es seiner Meinung nach übersflüssig ist, wenn Lehrlinge etwas über Shakespeare lernen. Ich will das nur aufzeigen, um unsere Vermutung zu unterstützen, daß der Herr Landesrat Gaß mit wenig Freude dieses Amt verwaltet, daß er mit wenig Lust sich mit den Fragen des gewerblichen Fortbildungsschulwesens beschäftigt. Wenn ich darauf verweise, daß in der Kammer für Arbeiter und Angestellte der Parteigenosse des Herrn Gaß, Herr Bundesrat Christian Fischer, den Antrag unterstützt hat, daß man für Arbeiterbildungsmöglichkeiten in erhöhtem Ausmaße sorgen soll, sich mit Literatur und Kunst im allgemeinen zu beschäftigen, und wenn man auf der andern Seite nun feststellen muß, daß der Herr Landesrat Gaß der Meinung ist, die Lehrlinge dürften von Shakespeare nichts wissen, so meinen wir, daß der Herr Gaß an einer bedeutenden Animosität gegen das gewerbliche Fortbildungsschulwesen krankt. Akademisch gesprochen, um gewisse Irrtümer abzustellen. Es ist nicht Aufgabe der gewerblichen Fortbildungsschulen, in erster Linie Shakespeare oder Musik von Beethoven oder Architektur vorzuführen, also die Kunst zu pflegen; das erste ist, den Lehrling einzuführen in seinen Beruf, ihm die Verbindung der einzelnen Gewerbe vor Augen zu führen, ihn zu praktischen Arbeiten anzuleiten, ihm Kenntnisse auf allen Gebieten zu verschaffen. Wenn aber der Lehrer in der gewerblichen Fortbildungsschule in geeigneter Stunde schöne, freudige Worte über unsere großen Künstler findet, so muß es auch dem jungen Handwerker gestattet sein, das Weben eines großen Geistes in einer solchen Stunde zu spüren. Wenn Herr Landesrat Gaß in seinem Aufsatz über die gewerblichen Fortbildungsschulen schreibt, Shakespeare gehöre nicht in diese Schulen, so wird dies den Eindruck erwecken,

als ob jetzt in den Fortbildungsschulen nichts anderes geschieht, als daß man Shakespeare oder andere Dinge vorbringt, die nicht in erster Linie dorthin gehören. Es ist dies aber eine Irreführung und wir müssen diese zurückweisen, damit nicht die gewerblichen Fortbildungsschulen in Mißkredit kommen.

Wenn wir hoffentlich in kurzer Zeit auch mit Freude feststellen werden können, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen endlich durch das Gesetz in ihrem Bestand und weiteren Entwicklung sichergestellt sind, so sind wir als sozialdemokratische Arbeiterpartei noch nicht zufrieden gestellt, da außer den gewerblichen Fortbildungsschülern in Steiermark noch ein großer Prozentsatz von jugendlichen Hilfsarbeitern vorhanden ist. Wir haben statistische Tabellen für Österreich hierfür nicht zur Verfügung, aber im letzten Heft des Handwörterbuches für Staatswissenschaften sind statistische Mitteilungen über Feststellungen, die in Deutschland gemacht worden sind, enthalten. Es ist ausgewiesen, daß in Deutschland in einzelnen Gebieten etwa 46 Prozent aller im Handel, Verkehr, Gewerbe und Industrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter ohne Lehrzeit einen Beruf ergreifen, daß sie also jugendliche Hilfsarbeiter sind. Und dieses Verhältnis für Deutschland dürfte auch für Österreich im allgemeinen stimmen. Wir dürfen also unsere Sorge nicht nur den Lehrlingen zuwenden, sondern müssen vielmehr trachten, auch das Bildungswesen der industriellen jungen Arbeiterschaft zu fördern. Wenn wir anerkennen, daß der bäuerlichen Jugend nach ihrer Volks- und Bürgerschulzeit noch von Landes wegen eine Fortbildungsmöglichkeit geschaffen wird, wenn wir sehen, daß für die gewerbliche Jugend eine Fortbildungsmöglichkeit nach der allgemeinen Volksschulpflicht geschaffen wird, dann darf auch der dritte Teil der Jugend, die industrielle Jungarbeiterschaft, die ohne Lehrzeit in das Leben tritt, nicht außer acht gelassen werden, da ja dieser ebenfalls das gleiche Recht auf Fortbildung zusteht. Deshalb hat sich die sozialdemokratische Fraktion des hohen Hauses mit einem Entwurfe zur Schaffung von Bildungsmöglichkeiten für die Jungarbeiterschaft beschäftigt. Wir wissen, daß der Betrag, der für die gewerblichen Fortbildungsschulen ursprünglich im Budget ausgeworfen war, über Antrag der sozialdemokratischen Partei von 300 auf 600 Millionen Kronen erhöht worden ist, so daß im allgemeinen der Fortbestand dieser Schulen gesichert sein wird, und wir haben auch den Antrag gestellt, welcher jedoch nicht angenommen wurde, 466 Millionen Kronen zur Errichtung von Schulen und Kursen für die industrielle Jungarbeiterschaft einzusetzen. Ich glaube, ohne besondere Kenntnis hierüber zu besitzen, daß sich das bäuerliche Fortbildungswesen, wie es Herr Direktor Steinberger auf St. Martin eingerichtet hat, im allgemeinen bewährt hat, da es auf vielen Gebieten der Jugend die Möglichkeit gibt, sich praktische Kenntnisse für ihren Beruf zu verschaffen, Kenntnisse, die sie sich vermöge ihres Alters in den Volks- und Bürgerschulen nicht verschaffen kann: Verfassungskunde, Bürgerkunde zum Beispiel sind Gegenstände, die einem 14jährigen Schüler nicht vermittelt werden können, weil er die Reise nicht